

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

## Nostalgie – gut oder schlecht?

Zu den am häufigsten benutzten Kampf-begriffen derer, die sich dessen rühmen, politisch „andere“ geworden zu sein, zählt das Wort Nostalgie (oder Ostalgie). Wer sich treu geliebt ist und seine Gesinnung nicht zu Markte getragen hat, wird von ihnen mit der abwertenden Vokabel „Nostalgiker“ oder „Betonkopf“ etikettiert. Gerne spricht man in solchem Zusammenhang auch von „Stalinisten“, was immer das sein mag. Damit sollen alle getroffen werden, deren Denken so „antiquiert“ ist, daß es bis ins 19. Jahrhundert, zu Marx und Engels, oder bis ins beginnende 20. Jahrhundert, zu Lenin, zurückreicht. Wer sich zu diesen politischen „Dinosauriern“ bekenne, habe jedes Recht verwirrt, in heutigen und künftigen Angelegenheiten mitzureden, verkünden gewisse Leute, die sich als große Geister der „Moderne“ ausgeben. Sie wollen damit von der Tatsache ablenken, daß sie selbst zur Prinzipienlosigkeit mutiert sind. Schon der erste Windhauch der Konterrevolution hat ihren eingeübten und jahrelang zur Schau gestellten „Marxismus“ wie einen federleichten Löwenzahnsamen hinweggetragen.

Das aus dem Griechischen stammende Wort Nostalgie bedeutet die in der Regel verklärte Hinwendung zu Ereignissen früherer Zeiten. Diese ist häufig reaktionär – man denke nur an Platzecks pauschale Preußen-Nostalgie. Jede ideelle Identifizierung späterer Generationen mit schlimmen Phasen oder Erscheinungen der Vergangenheit ist ein Ausdruck rückwärtsgewandten Verhaltens.

Doch jene politischen Chamäleons, die Kommunisten und Sozialisten ihr revolutionäres Beharrungsvermögen zum Vorwurf machen, meinen natürlich etwas ganz anderes, wenn sie deren Festhalten an den guten Seiten der deutschen Geschichte und vor allem an 40 Jahren DDR attackieren. Sie greifen diese bejahende Einstellung zu positivem Geschehen vergangener Zeitläufte an, um die Weitergabe von Erfahrungen zu behindern.

Wir wissen sehr gut, daß jede neue Generation – ob sie sich dessen bewußt ist oder nicht – immer auf den Schultern der vorangegangenen steht, daß die menschliche Fortentwicklung ein ewiger Prozeß der Überlieferung von Wissen ist. Aufgabe der vorwärtsdrängenden Kräfte der Gesellschaft ist die Bewahrung alles Wertvollen und Verteidigenswerten aus Wissenschaft und Kultur, aber auch aus der Gesamtheit der Historie. Als konsequente Marxisten sind wir Hüter der

besten Traditionen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung.

Das ist etwas völlig anderes als der Verzehr tauber Nüsse der Nostalgie, das Sich-Einmauern in einer leblosen und überlebten Vorstellungswelt. Jene falschen Propheten, die uns unterstellen, wir wären Parteigänger längst zerronnener Ideale und würden Histörchen von gestern propagieren, führen die Menschen bewußt irre. Selbst schnell davonfliegende Spreu, erklären sie sich großspurig zum Weizen. Und sie geben anderen das Prädikat: gewogen und zu leicht befunden. Dabei wissen sie natürlich ganz genau, daß nur der im Heute bestehen und Brücken in die Zukunft bauen kann, der unausreißbare Wurzeln in der Vergangenheit besitzt. Aber es sind ja gerade diese Wurzeln – nicht etwa wurzellose Stiele wie Bernstein und Kautsky, Schumachers, Ollenhauers und Brandts „demokratischer Sozialismus“ oder der „dritte Weg“, sondern Marx, Engels und Lenin, Thälmann, Pieck und Reimann –, an denen wir festhalten. Weil sie sich bewußt sind, auf morastigem Grund zu stehen, bezichtigen sie alle des Realitätsverlusts, die festen Boden unter den Füßen haben.

Wir sind keine weltfremden Spinner, die ausgeträumten Träumen hinterherjagen, sondern hellwache politische Kämpfer, die einmal Erkanntes nicht preisgeben, auch wenn sie eine furchtbare Niederlage erlitten haben. Für die Kapitulantinnen und Übergelaufenen heißt die Schlußfolgerung: Nie wieder! Für uns gilt die Devise: Das nächste Mal besser. In uns lebt das Vermächtnis der Märzgefallenen von 1848, der Matrosen von Marzall und Schloß, der Gestalter der bayrischen Räterepublik, der Arbeiterhelden gegen Kapp und Lüttwitz, der Genossen der Roten Ruhrarmee, des mitteldeutschen Aufstandes und der Hamburger Barrikaden, der Männer und Frauen des Widerstandes gegen Hitler, der Interbrigadisten, der Erbauer des Sozialismus in der DDR und der tapferen westdeutschen Kommunisten, die dem schändlichen KPD-Verbot von 1956 trotzten.

Wenn das Nostalgie sein soll, dann bekennen wir uns freudigen Herzens zu ihr! Mögen sie uns nur schmähen – uns wird das weder den Mut noch die Zukunftsgewißheit nehmen. Unsere Antwort an den Klassenfeind und jene, die vor ihm einknicken, ist unmißverständlich: Der Sozialismus wird eines Tages auch in Deutschland triumphieren.

Klaus Steiniger



### INHALT

Großes Datum würdig begangen Volksentscheid in Sachsen:	S. 2
Als die Würfel fielen	S. 4
Eine Schulreform, die vor der Geschichte Bestand hat	S. 5
Aus einer Autobiographie: Wie ich 1946 Geschichtslehrer wurde	S. 6
Kann man den Klassenkampf abschaffen?	S. 7
Stand für ein neues Mecklenburg ein: Kurt Bürger	S. 8
Brief an einen, der resignieren will Nutzt Eure „biologischen Festplatten“!	S. 9
Wohin bewegt sich das Kapital?	S. 10
Zum 100. Geburtstag von Lene Berg	S. 11
Zu den Hauptursachen der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit	S. 12
Die Richtlinienkompetenz der Bosse „Zeitungspringerteam“ aus Zella-Mehllis auf wichtiger Spur	S. 14
Leipziger Marx-Jäger Rückkehr zu Kautskys „Ultrimperialismus“?	S. 15
Zur Wahl Petra Paus als Bundestagsvizepräsidentin	S. 16
Üble Leier eines Unschuldsknaben	S. 17
Die Wahrheit über das MfS	S. 17
Linksbündnis holte in Kassel 6,6 % der Stimmen	S. 18
„Aus gewöhnlich gut unterrichteter Quelle ...“	S. 19
Die Palästinenser – ein Sozialfall?	S. 20
Volksarmee in Venezuela?	S. 21
Bolivien verstaatlicht Öl- und Gasressourcen	S. 21
Politikökonomen trafen sich in Shanghai	S. 21
10. Parteitag der KP Vietnams: Klarer sozialistischer Kurs	S. 22
Jaruzelski erneut vor Gericht	S. 22
Was wurde aus den griechischen Partisanenkindern in der DDR?	S. 23
Es war einmal: Begehrtes Dresdner Barock	S. 24
Maj Bredel über Morten, den Roten	S. 25
Jurij Brezness Werk lebt	S. 26
Die Mann-Geschwister im Spanischen Bürgerkrieg	S. 27
Archie – sein Hausfreund und der Pilz-Detektor	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32



Prof. Götz Dieckmann  
hielt die Festrede



Der Dresdener Singclub Ernesto Che Guevara

# Großes Datum

## Von der festlichen Veranstaltung anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung der SED

Die einen – unsere Gegner und deren Medien – haben abermals Gift und Galle gespuckt. Das bleibt ihnen unbenommen, ist die antikommunistische Verleumdung nun einmal ihr Metier. Doch auch andere, die es besser wissen müssten, schämten sich nicht, das Jubiläumsereignis in den Schmutz zu ziehen oder kleinzureden. Besonders unrühmlich tat sich hier wieder einmal die „Sozialistische Tageszeitung“ hervor, die „Komikern“ ihre Berichterstattung übertrug.

Doch ganz im Gegensatz zu jenen, die sich verrenkt und verbogen haben, die bei der Bourgeoisie angekommen oder zu Kreuze gekrochen sind, haben wir am 22. April Flagge gezeigt und für die deutsche Linke Ehre eingelegt: Ein großes Datum unserer neueren Geschichte – der Tag, an dem vor 60 Jahren die Arbeitereinheit vollzogen wurde – ist würdig begangen worden. Darauf sind wir stolz.

Zu den Einladern der vom „RotFuchs“ (Zeitschrift und Förderverein) ausgerichteten Veranstaltung im großen Hörsaal der früheren Hochschule für Ökonomie in Karlshorst gehörten außerdem die Berliner DKP (für sie sprach Erika Baum), die Kommunistische Plattform der Linkspartei.PDS (ihr Redner war Jasper Oelze, der einst von der SPD kam), die KPD (Sprecher: ZK-Mitglied Alfred Fritz) sowie die Tageszeitung junge Welt und der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Linkspartei.PDS. Bewegend war auch die Kurzansprache des früheren Führungsmitglieds der CDU der DDR Wolfgang Mäder, jetzt PDS und im Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins“. Er vertrat die aufrecht Gebliebenen aus den einst mit der SED verbündeten anderen Blockparteien.



Blick in das Auditorium

Die politische Vielfalt des großen Teilnehmerkreises brachte die beiden wichtigsten Anliegen der Veranstaltung im überfüllten Saal zum Ausdruck: breitestmögliche Einheit im Kampf gegen das Kapital, klare Absage an jeden Geschichtsrevisionismus.

Was die revolutionären Musikanten des bereits legendären Dresdner Singclubs Ernesto Che Guevara in den mehr als 70 Minuten ihres Programms boten, trieb vielen alten Genossinnen und Genossen die Tränen in die Augen. Endlich erklangen Lieder, nach denen sich alle gesehnt hatten. Künstlerische Qualität, Zartgefühl und Behutsamkeit paarten sich hier mit leidenschaftlichem Engagement und kämpferischem Einstehen für die gemeinsame Sache. Der Beifall war entsprechend stürmisch.

Der Historiker Prof. Dr. Götz Dieckmann, letzter Rektor der Parteihochschule beim ZK der SED und heute stellvertretender

Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, hielt die Festansprache. (Sie lag im Wortlaut der 100. Ausgabe des RF bei.) Die eindrucksvolle Rede wurde mit großer Spannung verfolgt, zumal sie nichts verschwiegen, was an diesem Tag gesagt werden mußte. Genosse Dieckmann bilanzierte Vergangenes, skizzierte Gegenwartiges und wies weit in die Zukunft. Der einstündige Vortrag war politisch wie akustisch ein Genuß – also dem Charakter des begangenen Jubiläumsereignisses angemessen.

Zum Abschluß der festlichen Veranstaltung wurde ein Dokumentarfilm gezeigt, der im Frühjahr 1946 entstand und den Triumph der Arbeitereinheit im Osten Deutschlands mit bewegenden Bildern nachvollzog. Brüder, in eins nun die Hände, hieß es damals. Dafür, daß diese Losung eines Tages wieder Wirklichkeit wird, setzen wir uns gemeinsam ein. **K. S.**



Wolfgang Mäder



Jasper Oelze, Kommunistische Plattform der Linkspartei.PDS



Alfred Fritz (KPD)

# würdig begangen



Erika Baum (DKP)



**A**m 30. Juni 1946 fand in Sachsen der Volksentscheid über die Enteignung der Kriegs- und Nazi-Verbrecher statt. Von 3693511 Stimmberechtigten nahmen 3 461 065 an der Abstimmung teil, von denen sich 2686477 (77, 62 %) für die Enteignung aussprachen. Der Besitz ging in sächsisches Staatseigentum über. Das betraf 1181 Betriebe, deren Wert auf über 1024 Milliarden RM beziffert wurde.

Der Volksentscheid war aus mehreren Gründen ein revolutionärer Akt und eine historische Zäsur. Die ökonomische Macht der Steigbügelhalter Hitlers wurde gebrochen. Die Möglichkeit der Restauration der alten reaktionären Kräfte wurde eingeschränkt. Ein Freudentag für die Bourgeoisie war der 30. Juni 1946 nicht.

Als Helmut Kohl während der Festveranstaltung zum 10. Jahrestag der Gründung des Dresdener Hannah-Arendt-Instituts am 3. Juli 2003 im sächsischen Landtag vorschlug, welche Ereignisse erforscht und gewürdigt werden sollten (20. Juli 1944, 17. Juni 1953, 9. November 1989), war der Volksentscheid vom Juni 1946 aus verständlichen Gründen nicht dabei. Das hinderte Totalitarismusforscher wie Mike Schmeitzner nicht, über die „Diktaturdurchsetzung in Sachsen“ zu fabulieren, wozu er die „Abhaltung des Volksentscheids über die Enteignung von Industriebetrieben“ rechnet.

Schon die Vorbereitung und Durchführung des Volksentscheids war von heftigen Auseinandersetzungen begleitet. War er nach den Erfahrungen mit Faschismus und Krieg eine nationale Notwendigkeit, die auch in der Tradition der Arbeiterbewegung wurzelte, oder war ein „Befehl Moskaus“ auf dem Weg der „Sowjetisierung“ durchgeführt worden? War der Volksentscheid in Zielstellung, Methode und Wirkung ein antidemokratischer Akt der „Diktaturdurchsetzung“ oder Ausdruck der Souveränität des Volkswillens? War die Enteignung eine Verletzung des Rechts oder gar göttlichen Rechts, oder war sie ein Schritt zur Durchsetzung vernünftigen Rechts und der (christlichen) Moral? Die Antwort auf solche und ähnliche Fragen haben aktuelle politische Brisanz, u. a. bei der Bewertung der Politik der „Treuhänder“ nach 1990 in der DDR und der Frage, ob die Linke den Streit um die Stellung zum kapitalistischen Eigentum unter Nutzung der Erfahrung mit dem Volkseigentum führt oder sich auch für den Volksentscheid „entschuldigt“. Entscheidungsfragen lassen eine übereinstimmende Antwort nicht zu.

1. Der Volksentscheid war eine nationale Notwendigkeit, kein „Diktat Moskaus“. Der Kampf um die „Expropriation der Expropriateure“ ist seit dem Manifest der Kommunistischen Partei und dem Erfurter Programm der SPD eine Konstante in der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokraten verkündeten in der Novemberrevolution „Die Sozialisierung marschiert“, und nach der Regierungsübernahme durch Hitler 1933 forderte der Exilvorstand im „Prager Manifest“ vom

Januar 1934 die Entmachtung der Banken und Monopole.

Kurt Schumacher und Konrad Adenauer, der SPD-Parteitag in Hannover im Mai 1946 wie das Ahlener Programm der CDU 1947 forderten Schritte zur Einschränkung der Vorherrschaft der Monopole und Banken.

In der „Spiegel“-Serie über die westdeutsche Nachkriegsentwicklung, die Ende 2005 veröffentlicht wurde, findet der Leser (Der Spiegel 50/2005, S. 64) die bemerkenswerte Feststellung: „Kurt Schumachers SPD sicherte sich die Arbeiterklasse mit dem Versprechen, daß die Konsequenz aus der dunklen Vergangenheit nichts anderes sein könne als ein demokratischer Sozialismus.“ Und dieses Ziel steht noch immer im Programm der SPD. Die Forderung nach der Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher war auch in Westdeutsch-

lobes voll sein. Die Gesetze und Verordnungen folgten 1946 den Vorbildern, die in der Weimarer Republik entstanden sind, die (bisher) gemeinhin nicht als „totalitäre Diktatur“ gewertet wird (was an ihrem bürgerlichen Klassencharakter nichts ändert).

3. Der Volksentscheid schuf der Arbeiter- und Bauern-Macht eine ökonomische Basis, war aber kein Akt der „kommunistischen Diktaturdurchsetzung“.

Mit dem Volksentscheid wurde den Monopolen und Banken die ökonomische Grundlage für Ausbeutung und Krieg entzogen und mit dem entstehenden Volkseigentum eine ökonomische Basis für eine Arbeiter- und Bauern-Macht geschaffen, die sich vierzig Jahre als Bastion des Friedens auf deutschem Boden behaupten konnte. Das war anfangs keineswegs sicher. Im Wettstreit mit der BRD gab es

---

## Volksentscheid in Sachsen: Als die Würfel fielen

---

land von einer Mehrheit getragen, wie der Volksentscheid in Hessen bewies. Er brachte ähnliche Ergebnisse wie in Sachsen, den „Sozialisierungs“-Artikel 41 in der hessischen Verfassung gibt es heute noch. Seine Verwirklichung wurde durch die Besatzungsmacht verhindert. Die SMAD hatte keinen Grund, den Volksentscheid in Sachsen zu negieren und seine Umsetzung zu verbieten.

2. Der Volksentscheid war ein Akt der Souveränität des Volkes bei der Durchsetzung des Rechts, nicht „Unrecht und Willkür des SED-Regimes“. Wer den Begriff „Rechtsstaatlichkeit“ im Munde führt und von „SED-Unrecht“ spricht, hat auch bei der Verleumdung des Volksentscheids einige Schwierigkeiten. Für alle Zonen galt alliiertes Recht, vor allem das Potsdamer Abkommen. Mit der UNO-Charta und den Urteilen des Nürnberger Tribunals entstanden neue Elemente des Völkerrechts. Das Potsdamer Abkommen forderte die Brechung der Vormacht der Trusts und Konzerne, in Nürnberg standen Krupp und Flick vor dem Gericht der Völker.

In den OMGUS-Berichten der US-Besatzungsmacht wurden die Verbrechen der IG Farben, der Deutschen und der Dresdener Bank während des Faschismus nachgewiesen. Es gilt: Der Faschismus und seine Verbrechen haben ihre Wurzeln in der Existenz und der aggressiven Politik des deutschen Imperialismus.

Wer Frieden wollte und will, muß(te) seine Macht brechen.

Was die Art der Durchführung des Volksentscheids betrifft, müßten die Verfechter demokratischer Rechtsstaatlichkeit des

objektive Faktoren, die (außer subjektiven Fehlern und mangelnden Erfahrungen) nachteilig wirkten: Die Schwerindustrie lag im Ruhrgebiet, nicht im Osten. Die Reparationen (nach Biedenkopf 800 Milliarden DM) wurden vom Osten für Gesamtdeutschland aufgebracht. Embargo, Abwerbung, nicht äquivalenter Handel und andere Faktoren wirkten zusätzlich negativ. „Befehdet seit dem ersten Tag“ war nicht nur ein Buchtitel, und Adenauers Annahme, die DDR werde sich nicht lange halten können, war nicht unberechtigt.

Es gehört zu den Zwecklegenden mancher Ideologen der Sieger (und mancher „Linker“, die „angekommen“ sind), das Volkseigentum und die Planwirtschaft für die Niederlage der DDR verantwortlich zu machen. Die Fakten beweisen indessen: Die Wirtschaft der DDR sicherte – trotz Mängeln und Rückstand – ihre Existenz und Entwicklung. Die DDR war 1989 weder „marode“ noch überschuldet. Im Vergleich mit der BRD-Wirtschaft 2006 würde man das beweisen können. Inzwischen ist unübersehbar, daß die Fortdauer der Macht des Kapitals eine existentielle Gefahr für die Menschheit ist. Selbst im gültigen SPD-Programm kann man lesen: „Es ist eine historische Grunderfahrung, daß Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig.“ Eben diese Erfahrung berücksichtigten diejenigen, die 1946 den Volksentscheid zum Erfolg führten.

**Prof. Dr. sc. phil. Horst Schneider**

In der DDR gab es einen „Tag des Lehrers“. Jährlich am 12. Juni ehrten Schüler, Eltern, Betriebe und die gesamte Öffentlichkeit die Pädagogen. Das war im Verlauf der Jahrzehnte zu einer schönen Tradition geworden. Auch heute noch erinnern sich Lehrer und Erzieher sowie viele andere Bürger gern daran. Wer will es ihnen verdenken, an einem solchen Tag auch über die Vergangenheit zu reden, über ihr Wirken in den Kindergärten, in den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen, in den EOS?

Warum aber wurde dieser Tag zum „Tag des Lehrers“? Am 12. Juni 1946 wurde das „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“ in Thüringen verkündet, nachdem es vorher textgleich von den Präsidien der Landes- bzw. Provinzialverwaltungen in Sachsen-Anhalt (22. Mai), Mecklenburg-Vorpommern (23. Mai), Brandenburg und Sachsen (31. Mai) verabschiedet worden war, auf dem gesamten Gebiet der späteren Deutschen Demokratischen Republik in Kraft. (In Berlin konnte ein solches Schulreformgesetz erst 1947 verabschiedet werden.)

Das Gesetz fixierte die Ergebnisse der tiefgehenden Veränderungen, die bis zum Frühjahr 1946 im Schulwesen der sowjetischen Besatzungszone erzielt worden waren. In Verbindung mit den 1947 veröffentlichten „Grundsätzen der Erziehung in der deutschen demokratischen Schule“ gab es dem Wirken der fortschrittlichen Kräfte für eine neue Schule Richtung und Ziel. Es war das grundlegende Dokument der antifaschistisch-demokratischen Schulreform! Es ging darum, die Schule zu demokratisieren, alle Bildungsprivilegien aufzuheben, einen demokratischen Lehrkörper zu schaffen, den Inhalt von Bildung und Erziehung im Geiste des Humanismus und einer kämpferischen Demokratie zu verändern, faschistisches, rassistisches und militaristisches Gedankengut aus Schule und Jugenderziehung zu verbannen sowie Lehrpläne und Lehrbücher grundsätzlich umzugestalten.

Mit diesem Gesetz ist zum ersten Mal in der deutschen Geschichte für alle Kinder das Recht auf eine ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Bildung verwirklicht worden.

## „RotFuchs“ in Suhl

Neben der Regionalgruppe Thüringen (Jena/Weimar) hat sich in Südthüringen eine neue RG des RF-Fördervereins konstituiert. In ihrem Vorstand sind unterschiedliche linke Kräfte vereint. Mit der Leitung wurde Genosse **Jochen Peters**, früher PDS-Stadtrat in Suhl und Herausgeber der politisch-kulturellen Flugschrift „Der Multiplikator“, betraut.

Ich will hier ein paar persönliche Bemerkungen einfügen. Die erfolgreiche Verwirklichung der Schulreform ist nicht zuletzt dem Engagement Zehntausender „Neulehrer“ zu verdanken, von denen nicht wenige bis 1989/90 an der Entwicklung des Bildungswesens in der DDR Anteil hatten. Denn antifaschistische „Altlehrer“ gab es nur ganz wenige.

Ich war einer dieser neuen Lehrer. Meine Tätigkeit begann am 7. Januar 1946 in einer Volksschule am Stadtrand von Dresden. Dieser Termin fiel praktisch mit dem 200. Geburtstag des großen Pädagogen und „Menschenfreundes“ Johann Heinrich Pestalozzi (12. Januar 1946) zusammen. Aus dem Studium der Schriften Pestalozzis und anderer Vertreter der klassischen bürgerlichen und der Reformpädagogik gewann ich mein berufliches Credo: „Der Lehrer ist nur so lange wahr-

für das Recht auf Bildung, Vernor Munoz, deutlich. Er kritisierte erneut die bereits aus den PISA-Untersuchungen bekannte Tatsache, daß in Deutschland Bildungsbeziehung und Bildungserfolg mehr als anderswo von sozialer Herkunft abhängen. Munoz rügte die frühzeitige Aufteilung der Kinder nach dem 4. Schuljahr (in den meisten Bundesländern) auf verschiedene Bildungsgänge mit unterschiedlichen Abschlüssen. Zweifel meldete er auch im Hinblick auf die Förderung behinderter Kinder und der Kinder von Migranten an. Und nicht zuletzt äußerte er Unverständnis über den Föderalismus im deutschen Bildungswesen, der eine einheitliche Ausbildung aller Kinder und Jugendlichen behindert. Insgesamt konzentrierte sich seine Kritik auf den in der BRD herrschenden Mangel an Chancengleichheit.

## Eine Schulreform, die vor der Geschichte Bestand hat

haft zu erziehen und zu bilden fähig, als er selbst an seiner wahrhaften Erziehung und Bildung arbeitet.“ (Diesterweg) „Von allen Fehlern und Untugenden seiner Zöglinge muß der Erzieher den Grund in sich selbst suchen.“ (Salzmann)

Das von uns Neulehrern zu bewältigende Pensum war riesig. Bis zu 30 Stunden Unterricht pro Woche und ein hohes Maß an außerunterrichtlichen Aktivitäten waren mit der eigenen Ausbildung, die wöchentlich mehrere Stunden und große Teile der Schulferien umfaßte, zu verbinden. Nicht vergessen werden sollte auch, daß es uns Neulehrern damals nicht gerade leicht gemacht wurde; es fehlte nicht an Anfeindungen und Verleumdungen. Übrigens gab es diese auch gleich nach 1990 – allerdings mit wenig Erfolg.

Heute wird in Deutschland wieder viel von Bildungsreform geredet und geschrieben. Die Kultusminister nehmen für sich in Anspruch, sie „voranzutreiben“. In Wirklichkeit ist das, was in den verschiedenen Bundesländern geschieht, Flickwerk oder Aktivismus und bedeutet Verunsicherung von Pädagogen, Schülern und Eltern. Manches, was seit dem „Forum Bildung“ (2000–2002) an Vernünftigem eingeleitet worden ist, z. B. im Bereich der Vorschul-erziehung, wird auf finnische bzw. allgemein nordische Erfahrungen zurückgeführt. Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Schul- und Bildungsentwicklung in der DDR werden dabei verschämmt, meist allerdings bewußt verschwiegen.

Worum es im deutschen Bildungswesen gehen müßte, machte unlängst der BRD-Besuch des UN-Sonderberichterstatters

Alles Gerede über Bildungsreform und all die vielen Einzelmaßnahmen der Kultusminister haben an diesem Grundübel nichts geändert. Die Föderalismus-Reform hat dessen Voraussetzungen weiter verschärft. Die vom UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung mißbilligten Zustände erfordern eine wirklich grundlegende demokratische Bildungsreform, d. h. eine völlige Umgestaltung des gesamten Bildungswesens in Inhalt und Struktur. Dabei Erkenntnisse und Erfahrungen der DDR konstruktiv und sicher auch mit kritischem Blick zu nutzen, wäre zweifellos ein großer Gewinn. Nicht zuletzt gehören dazu Erfahrungen aus der Schulreform von 1946.

Deren Prinzipien und Grundsätze sind auch heute aktuell und für eine Bildungsreform in Deutschland fundamental: das Prinzip der Einheitlichkeit des Schulwesens; der Grundsatz seiner Staatlichkeit; der Grundsatz seiner Weltlichkeit, der den Religionsunterricht zur ausschließlichen Angelegenheit der konfessionellen Gemeinschaften erklärte; der Grundsatz der Wissenschaftlichkeit des Unterrichts. Mit dem Schulgesetz von 1946 wurden bis dahin geltende Schulgeldregelungen, z. B. für Oberschulen, abgeschafft, und es wurde ein Prozeß eingeleitet, der die schrittweise Durchsetzung der Unentgeltlichkeit aller Bildungsstufen ermöglichte. Es ist sicher nicht übertrieben festzustellen, daß diese Grundsätze helfen könnten, ein wirklich demokratisches Bildungswesen in Deutschland zu konstituieren.

**Prof. Dr. habil. Günter Wilms**

Was fängt einer an, der außer in zehn Schuljahren nichts anderes gelernt hat, als ein paar Wochen lang Zettel, Belege oder Rechnungen zu sortieren, Laufbursche für große Chefs zu sein, ein Maschinengewehr und einen Karabiner zu bedienen, Luthers Kleinen Katechismus aus dem Kopf herzubeten ... und das in einer Zeit, in der nichts, aber auch gar nichts mehr galt, was ihm als „Wert“ eingetrichtert worden war? Was soll so einer anfangen?

Ein Amtsblatt gab es immerhin damals schon in Dresden, und da konnte man lesen, daß junge Leute gesucht würden, die Lust hätten, Neulehrer zu werden. Sie könnten sich bei Stadtschulrat Sachse melden. Dorthin marschierte ich Anfang Januar 1946: Ein paar simple Rechenaufgaben, ein kleines Diktat, ein bißchen Wissen aus der Geschichte (z. B. über Bismarck), ein paar Aussagen über bisheriges Leben ... das war's dann. Wenige Tage danach begann meine „Ausbildung“ als Lehrer. Ganze acht Monate waren dafür vorgesehen: Tag für Tag quer durch die zerstörte Stadt, anderthalb Stunden zu Fuß hin, abends denselben Weg zurück. Immerhin gab es da in der Junghannsstraße noch ein intaktes Schulgebäude mit einer Aula, in der ca. 200 Hörer auf abenteuerlich zusammengesuchten Stühlen Platz fanden. Unbeheizt, doch wo so viele Menschen hocken, wird es nach und nach von allein warm. Bücher? Woher? Schreibhefte? Nur auf dem schwarzen Markt erhältlich. Zusammengeklebte Zeitungsränder machten es auch. Kreide für die Dozenten? Schwer zu beschaffen. Und die Dozenten erst? Da gab es einen Dr. Gürtler, von den Nazis gemäßregelt. Wie der uns „Dialektik“ erklärte, da würden sich heute die ach so aufgeklärten Fachpädagogen vor Lachen die Bäuche halten. Ein kleines verhutzeltetes ältliches „Fräulein“ (das Wert darauf legte, so angesprochen zu werden) lehrte uns Biologie. Für sie schien sich diese aber ausschließlich auf die Welt der Kleinstlebewesen zu beschränken, weshalb sie schon bald den Spitznamen „Amöbe“ verliehen bekam. Bei ihr mußte ich meine erste Belegarbeit über die Ameisen (immerhin schon etwas größer) schreiben. Da gab es einen Dr. Donath, Historiker, der uns Einblicke über die Hintergründe der faschistischen Diktatur vermittelte. Aber man hörte auch zum erstenmal etwas über humanistische Pädagogen wie Pestalozzi, Salzmann, Diesterweg und deren Auffassungen, erfuhr, was Psychologie oder Didaktik ist und wofür man sie zum Unterrichten benötigt. Und natürlich standen sowjetische Pädagogen und deren Erfahrungen im Mittelpunkt der Betrachtungen, allen voran der legendäre Makarenko. Das alles unter Lebensbedingungen, die sich heute niemand mehr vorstellen kann: Für Lehrer immerhin die Lebensmittelkarte C (für Arbeiter) mit der vorgesehenen Tagesration von 300 g Brot (sofern man es bekam) und 125 g Fett in der Woche. So wurden wir ab 1. September 1946 auf die Schulen losgelassen. Das war die Zeit, in der erste üble Witze entstanden: „Wer

„Mein“ und „Dein“ nicht unterscheiden kann, wird Volkspolizist! Wer „mir“ und „mich“ verwechselt, wird Neulehrer!“ Eine abenteuerliche Zeit, in der eine alte Welt scheinbar für immer untergegangen war ... in mancher Hinsicht vergleichbar mit den Goldgräberjahren im Amerika des 18. Jahrhunderts.

An dieser Stelle mag die Frage berechtigt sein, weshalb sich diese armselige Nachkriegsgesellschaft in Ostdeutschland eine solche enorme Belastung wie die Ausbildung Abertausender neuer Lehrer leistete, obwohl es Tausende qualifizierte Lehrer gab, die aber fast ausnahmslos entlassen wurden. Ich meine schon, daß dieser Schnitt unerlässlich war. Natürlich gab es auch Übertreibungen. In den 12 Jahren faschistischer Diktatur war die Schule

lassen, sehr oft gemäßregelt und nicht selten umgebracht worden. Wo es sie noch gab, wurden sie für die Ausbildung der Neulehrer gebraucht. Diese Umwälzung blieb auf die sowjetische Besatzungszone, die spätere DDR, beschränkt. Im Westen vollzog sich dieser personelle Umbau der Schule nicht. Das alte Personal verstand es recht gut, sich zu tarnen und manches in die „freiheitliche“ Grundordnung der BRD hinüberzuretten. Ich habe nach 1989 im bundesrepublikanischen Gesellschaftskundeunterricht an zwei Ossietzky-Gymnasien in Hamburg und Westberlin hospitiert und war entsetzt darüber, wie dort unterrichtet wurde. Das erinnerte mich an die Zeit, als ich das englische Lehrbuch und Luthers Kleinen Katechismus auswendig lernen mußte. Was

---

## Aus einer Autobiographie

# Wie ich 1946 Geschichtslehrer wurde

---

zu einer Institution ausschließlicher Indoktrination der Kinder und Jugendlichen verkommen, nur dem einen Ziel verpflichtet, Herrenmenschen für die geplante Weltherrschaft auszubilden. Hier ist nicht die Rede von den Nationalpolitischen Erziehungsanstalten (Napolas), die „reinrassige Eliten“ züchten sollten, sondern von den Volksschulen. Diesem Ziel war jede Art der Unterweisung untergeordnet und zu meiner Zeit vorrangig auf die Kriegsvorbereitung, Kriegswilligkeit und Kampfbereitschaft orientiert. Teil dessen war die barbarische und menschenfeindliche Rassenideologie, gepaart mit großdeutschem Chauvinismus. Solche „Lehrer“ waren für einen demokratischen oder gar sozialistischen Neubeginn untauglich. Jene Lehrer, die sich dem Ziel der faschistischen Schule verweigert hatten, waren (im günstigsten Fall) ent-

hätte ich – der Ost-Lehrer – den West-Lehrern wohl sagen sollen? Daß mich meine Schüler zum Tempel hinausgejagt hätten, wenn ich ihnen solchen Quark eingepaukt hätte? Sie wollten das gar nicht von mir wissen, sondern waren zutiefst von ihrer pädagogischen Mission – in meinen Augen primitive Klippschule – überzeugt.

Am 1. September 1946 betrat ich zum erstenmal als Lehramtsbewerber (Lehramtsanwärter wurde man zwei Jahre später nach der 1. Lehrerprüfung und Lehrer weitere zwei Jahre später nach der 2. Lehrerprüfung) die Schule in Weinböhla, einem Kleinstädtchen im Kreis Meißen, von Dresden aus noch mit der Straßenbahn erreichbar. Mit mir kamen andere Neulehrer an diese Schule, deren Betrieb bis dahin vorwiegend von einigen älteren Damen und Herren mühselig aufrechterhalten worden war. Wir sollten einen neuen Geist in die Schule tragen. Und damit wir das auch richtig und gut tun können, hatte man uns in unserer achtmonatigen Vorbereitungszeit inständig beigebracht, wie gebrechlich Kinderseelen seien, wie behutsam man mit ihnen umgehen müsse und wie zartfühlend wir unsere Autorität als Lehrer ausüben sollten ... was ich denn auch sofort als Klassenlehrer einer 5. Klasse (bei ca. 11jährigen) versuchte. Ein Fachlehrersystem gab es noch nicht, man mußte im Prinzip in fast allen Fächern unterrichten können. Eine Ausnahme bildete das Fach Geschichte, zu dem eine Sondergenehmigung durch die sowjetische Militäradministration erteilt wurde. Ich weiß bis heute nicht, welche Gründe es gab, mir diese zu geben.

**Georg Dorn**

Am **27. Juni** begeht unser  
nach wie vor aktiver Genosse

**Georg Dorn** aus Berlin

seinen **80. Geburtstag**.  
Der standhafte Kommunist  
hat sich als Lehrer und Erzieher  
mehrerer Generationen von  
DDR-Bürgern große Verdienste  
erworben.

Redaktion und Verein  
gratulieren herzlich.

**P**ausenlos verbreiten bestimmte Medien die Harmonie-Legende: „Wir alle sind Deutschland“. Doch in Wirklichkeit knistert es im Gehätk. Streiken Arbeiter und Angestellte besonders aus Spitzenkonzernen – sie gehören an der Börse zur DAX-Gruppe – um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, wehren sich Klinikärzte gegen oftmals krasseste Ausbeutung oder treten gar Angehörige des öffentlichen Dienstes in den Ausstand, dann schallt es aus dem für die Volksverdummung zuständigen Medienwald: „Klassenkampf, der Schnee von gestern“, greife wieder um sich und unverbesserliche „Betonköpfe“ schürten „sozialen Unfrieden“. Statt dessen fordert man „moderne Kompromisse im Zuge der Globalisierung“.

Doch Marxisten und andere vernunftbegabte Menschen wissen oder spüren längst: Klassen und Klassenkampf sind nichts Herbeigeredetes, sondern objektive gesellschaftliche Realität. Die Existenz von Klassen und ihr Kampf untereinander sind auch keine Erfindung von Marx, Engels und Lenin, da sie bereits früher entdeckt wurden. Im gesellschaftlichen Leben unterscheiden sich – um jetzt Lenins berühmte Definition aus der „Großen Initiative“ ins Feld zu führen – große Menschengruppen nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der Produktion, nach ihrem Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen oder nicht verfügen.

Der Marxismus hat die ökonomischen Ursachen für das Bestehen von Klassen im Gefüge der Wechselverhältnisse zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen beweiskräftig begründet. Er hat damit die Anatomie des Kapitalismus enthüllt und das Vorhandensein von nicht überbrückbaren – also antagonistischen – Interessengegensätzen zwischen den Eigentümern der Produktionsmittel und den Arbeitenden zum Ausdruck gebracht. Kommt man auf den Klassenkampf zu sprechen, dann erinnern sich viele ehemalige DDR-Bürger noch heute an den bewegenden Film „Krupp und Krause“ von Gerhard Bengsch. Auch die Nachfolger der Krupps sind bei Strafe ihres Untergangs allein auf Maximalprofite aus, die Krauses hingegen wollen nicht im Niedriglohnsektor arbeiten oder als Erwerbslose in Hartz-IV-Bereichen verkümmern, sondern menschenwürdig leben und den ihnen zustehenden Anteil am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum erringen. Nach wie vor gilt deshalb am Beginn jedes Schrittes sozialer Bewegung die Frage: Wem nützt es?

Und auch das ist kein „Schnee von gestern“: Während die Ausbeuterklassen des Kapitalismus ihre Existenz verewigen wollen, ist es die geschichtliche Mission der Proletarier, die Klassengesellschaft eines Tages ganz aufzuheben. Dazu bedarf es einer langfristigen und wissenschaftlich fundierten Strategie. Wenn solche Machtverhältnisse, eben soziali-

stische, geschaffen worden sind, in denen alle Menschen über die Produktionsmittel und den gesamten Reichtum eines Landes verfügen, folglich der Antagonismus zwischen den Klassen überwunden worden ist, kann im Rückblick jegliche Klassengesellschaft getrost als Vorgeschichte einer menschlichen Gesellschaft angesehen werden. Um aber dorthin zu gelangen, bedarf es des Klassenkampfes als der humanitären Haupttriebkraft.

Gegenwärtig haben wir es mit einer geradezu grotesken Tatsache zu tun. Diejenigen, die den Klassenkampf am meisten leugnen und verpönen, führen ihn am konsequentesten und härtesten: Der

ner genauen Analyse des Kräfteverhältnisses, möglicher Schritte des Gegners, der voraussichtlichen gesellschaftlichen Akzeptanz des eigenen Handelns und der finanziellen Basis für einen ausdauernden Kampf große Bedeutung bei. Zugleich muß das Eingreifen der arbeiterfeindlichen Medien ins Kalkül gezogen werden. Natürlich besitzt eine wirksame Bündnispolitik im Klassenkampf einen hohen Stellenwert. Zu beachten ist, daß die Klassenverhältnisse ständigen Veränderungen unterliegen. Gerade in den letzten Jahren sind durch neue elektronische Kommunikationstechnologien eine Vielzahl von hochqualifizierten Arbeitern

## Kann man den Klassenkampf abschaffen?

Klassenkampf von oben in Gestalt rabierter Militarisierung und beschleunigten Sozialabbaus verläuft in immer brutaleren Formen. Die Maske angeblicher Sozialstaatlichkeit ist längst abgeworfen worden.

Von Kapital-Apologeten werden ständig neue ideologische Rauchvorhänge gelegt. Da ist beispielsweise von einer „politischen Klasse“ die Rede, obwohl kein Zweifel daran besteht, daß sich die Klassenzugehörigkeit von Politikern nach deren sozialer Einordnung, Interessenlage und Gesinnung richtet.

Auch die Verteufelung der Geschichte der DDR – eine extreme Form des ideologischen Klassenkampfes – gehört zum bevorzugten Arsenal derer, die den Klassenkampf in Abrede stellen. Den bundesdeutschen Bourgeois läuft noch heute eine Gänsehaut über den Rücken, wenn sie nur daran denken, daß die DDR bei Tarifverhandlungen in der BRD stets eine nicht hinwegzudenkende Größe gewesen ist. Auch das war Klassenkampf. Nicht zufällig wurden so erzwungene Zugeständnisse nach der Konterrevolution sofort mit Verfallsdaten versehen. Nachdrücklich ist jenen Gewerkschaftern zuzustimmen, die der Meinung sind, gegenwärtig vollziehe sich der Klassenkampf auf ökonomischem Gebiet nur in der Form begrenzter Aktionen. Bei einer explosiveren Stimmung wären indes auch politische Kampfformen wie ein Generalstreik nach französisch-griechischem Muster nicht auszuschließen. Zur Zeit sind die Gegenaktionen der Ausgebeuteten und sozial Benachteiligten jedoch noch lange nicht auf dem notwendigen Niveau, um den Grausamkeiten der Ausbeuter adäquat begegnen zu können. Der subjektive Faktor hinkt hinterher.

In jedem Falle ist der Klassenkampf nicht statischer Natur. Eine Bilanz erfolgreicher Streikaktionen beweist, daß die gründliche Untersuchung der jeweiligen Lage für eine ergebnisreiche Strategie und Taktik entscheidend ist. Dabei kommt ei-

und Angestellten objektiv zu Angehörigen der Arbeiterklasse geworden. Auch die Schicht der Intelligenz ist neu zu bewerten. Nicht unterschätzt werden darf die Einbeziehung von Studierenden, kleinen Unternehmern, Handwerkern und Bauern. Im Auge haben muß man auch, daß Streikaktionen gegen den Abbau von Arbeitsplätzen in transnationalen Konzernen von den Gewerkschaften mehrerer Länder koordiniert werden müssen.

Alles in allem: Die Einstellung zum Klassenkampf ist das A und O linker Politik. Wer ihn leugnet, hat Marx, Engels und Lenin abgeschworen. Sage mir, wie Du zum Klassenkampf stehst, und ich sage Dir, wo Dein politischer Standort ist. Dabei kommt es nicht darauf an, ständig radikale Vokabeln im Munde zu führen und jede Aktion mit dem Stempel zur Schau gestellten Klassenkämpfertums zu versehen. Verbale Revoluzzerhaftigkeit ist häufig nur die Kehrseite des opportunistischen Bemühens um vermeintliche Klassenharmonie. Revolutionen finden selten statt. „Gewöhnlicher“ Klassenkampf heißt daher beharrliches Ringen um alltägliche Verbesserungen und grundlegende demokratische Rechte. Ohne ihn bewegt sich nichts.

**Prof. Dr. Harry Milke**

### Die Regionalgruppe Uckermark

führt am **8. Juni** um **18.00 Uhr** im Multikulturellen Centrum Templin eine Veranstaltung zu dem Thema

## Der „RotFuchs“ im linken Spektrum Templins

durch.

Mitglieder, Leser und Interessenten sind herzlich eingeladen.

Die Novemberrevolution 1918 sowie die nachfolgenden Volks- und Arbeiteraufstände in Berlin, Bremen, München, im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland, Sachsen, Thüringen und Hamburg hatten den deutschen Kapitalisten und Junkern einen mächtigen Schreck eingejagt. Sie mußten schwer bewaffnete Verbände der Sicherheitspolizei und Truppenteile der Reichswehr, die Tausende Kommunisten, Sozialisten und parteilose Demokraten ermordeten, einsetzen, um ihre Herrschaft zu sichern. Um Wiederholungen solcher revolutionärer Ereignisse vorzubeugen, legten die Polizeiprääsidenten vieler deutscher Städte, darunter auch solche mit SPD-Parteibuch, Internierungs- und



## Stand für ein neues Mecklenburg ein: Kurt Bürger

Verhaftungslisten an, um schnell der Aktivisten der Arbeiterbewegung habhaft zu werden. (1933 nutzten die Nazis diese Listen.)

Höchstwahrscheinlich stand in einem dieser Verzeichnisse auch der Name Karl Ganz. Dieser am 27. August 1894 in Karlsruhe geborene Metallarbeiter hatte sich für die Machthaber schon mehrfach verdächtig gemacht. Er war 1912 in die SPD und in die Gewerkschaft eingetreten und im Januar 1918 einer der Organisatoren des großen Streiks der Münchener Rüstungsarbeiter gewesen. Obwohl im Krieg nach drei Jahren schwer verwundet vom Militärdienst entlassen, stellte er sich im Frühjahr 1919 der Münchener Räterepublik zur Verfügung und kämpfte als Kommandeur einer Abteilung der Roten Armee gegen die weißgardistischen Regimenter, die von der bayerischen Landesregierung unter dem Sozialdemokraten Johannes Hoffmann zur Niederschlagung des Aufstandes aus ganz Deutschland angefordert worden waren. Dafür verurteilte die bürgerliche Klassenjustiz den inzwischen in die KPD eingetretenen Revolutionär zu einer Zuchthausstrafe von vier Jahren, die er bis zum letzten Tag verbüßte. Die Erfahrungen im Klassenkampf veranlaßten Karl Ganz nach der Haftentlassung, sein Leben in den Dienst der Partei zu stellen. Zuerst übernahm er die Leitung des Unterbezirks München, dann wurde er Mitglied der Bezirksleitung Südbayern der KPD. Das und die nachfolgende politische Tätigkeit brachte ihm erneut Gefängnisstrafen ein, so daß er gezwungen war, seine Identität vor der politischen Polizei und deren bezahlten Spitzeln zu verbergen. Er nahm die Namen Lukas bzw. Kurt Krüger an, später, nachdem die Nazis die Regierung für Kapital und Adel übernommen hatten, nannte er sich Kurt Bürger.

Die Jahre bis 1933 stand er in verschiedenen Parteifunktionen, so als politischer Redakteur der „Hamburger Volkszeitung“ sowie im Apparat des Zentralkomitees der KPD. Nachdem die Faschisten ihre Diktatur errichtet hatten, übertrug man Kurt Bürger den Kurier- und Verbindungsdienst der Partei und setzte ihn als Instrukteur für die illegale Arbeit in den Bezirken Halle, Königsberg, Danzig und Stettin ein. Auf Beschluß der Partei in die Emigration gegangen, war er in Moskau in internationalen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen tätig. Als Franco, unterstützt von Hitler und Mussolini, die spanische Republik überfiel, zögerte Kurt Bürger keinen Augenblick. Er gehörte zu den ersten Antifaschisten, die sich nach der Iberischen Halbinsel auf den Weg machten. Obwohl durch die Verwundung im Weltkrieg zu fünfzig Prozent körperbehindert, stellte er seine militärischen Kenntnisse und Erfahrungen in den Dienst der Internationalen Brigaden, so des Edgar-André-Bataillons bei der Verteidigung Madrids. Eine schwere Erkrankung erzwang die Rückkehr Kurt Bürgers in die UdSSR, wo er nach der Genesung als Redakteur einer deutschsprachigen Zeitung tätig war und an der antifaschistischen Aufklärungsarbeit unter deutschen Kriegsgefangenen mitwirkte.

Am 6. Mai 1945 landeten deutsche Kommunisten, zu denen Lore Pieck, Anne Kundermann, Jonny Löhr, Adam Scharrer, Willi Bredel, Gottfried Grünberg, Anton Switalla und weitere Genossinnen und Genossen gehörten, aus Moskau kommend in Norddeutschland. Ihr Leiter war Gustav Sobottka, dessen Stellvertreter Kurt Bürger. Nachdem der deutsche Faschismus seinen Krieg zur Eroberung der Weltherrschaft mit einer vernichtenden Niederlage verloren hatte, sollte diese Gruppe auf der Grundlage des vom ZK der

KPD in der Emigration ausgearbeiteten Programms die ersten wichtigen Schritte des demokratischen Neuaufbaus in Mecklenburg-Vorpommern in Angriff nehmen. Es galt, in diesem von Junkern über Jahrhunderte hinweg beherrschten und ausgebeuteten Land die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse grundlegend zu verändern. Drei Aufgaben erwiesen sich als vordringlich: Menschen zu gewinnen, die bereit waren, aktiv an dieser Umgestaltung mitzuarbeiten, demokratische Verwaltungsorgane aufzubauen und vor allem die Einheit der Arbeiterklasse durch die Vereinigung ihrer beiden Parteien herzustellen. Sie zu erfüllen, wurde zur Herzenssache Kurt Bürgers, zuerst als Landesvorsitzender der KPD, dann als Vorsitzender bzw. 1. Sekretär der Landesleitung der SED. Dabei fand er zahlreiche zuverlässige und treue Kampfgefährten unter den Sozialdemokraten, die die Lehren aus der Vergangenheit der Arbeiterbewegung zogen, so Wilhelm Höcker (von 1946 bis 1951 Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern), Carl Moltmann (1946–1952 Landtagspräsident), Xaver Karl, Heinz Pohlmeier, Frieda Wollermann und viel andere. Gemeinsam schufen sie mit fortschrittlichen Mitgliedern zuerst von CDU und LDPD, später auch von NDPD und DBD den Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen. Bewährt hat sich dieses Bündnis in besonderer Weise bei der demokratischen Bodenreform, mit der die wirtschaftliche und damit politische Macht der 2200 Großgrundbesitzer und 11000 Großbauern beseitigt wurde und Zehntausende landarme Bauern, Landarbeiter und Umsiedler eine Existenzgrundlage und eine neue Heimat erhielten. Reaktionäre Kräfte im Land, unterstützt und gefördert von kapitalistischen und revanchistischen Kreisen in den Westzonen, vermochten diese revolutionäre Umwälzung nicht aufzuhalten.

Kurt Bürger schonte in dieser historischen Aufbruchzeit seine Kraft nicht. Als Mitglied des Parteivorstandes bzw. des Zentralkomitees der SED und später auch der Volkskammer der DDR war er rastlos und mit selbstlosem Einsatz für Mecklenburg-Vorpommern tätig. Als Ministerpräsident Höcker Anfang Juli 1951 aus gesundheitlichen Gründen sein Amt aufgeben mußte, wählte der Landtag Kurt Bürger zu dessen Nachfolger. Nur wenige Tage war er im Amt. Schon am 28. Juli 1951 erteilte ihn der Tod. **Günter Freyer**

**Die Regionalgruppe Neubrandenburg** lädt für Samstag, den **17. Juni**, um **10.00 Uhr**, in die 7. Etage des HKB herzlich ein.  
Der Publizist und Verleger (Spotless) **Dr. Klaus Huhn** spricht zum Thema:

**Politische  
Kurzgeschichten  
im politischen Alltag**



# Brief an einen, der resignieren will: Nutzt Eure „biologischen Festplatten“!

Der April-„RotFuchs“ gab mir Veranlassung zu diesen Zeilen. Besonders das „Vermächtnis zur Arbeitereinheit“.

Ich bin Jahrgang 1934, Werkzeugmacher und Schulleiter einer gewerkschaftlichen Bildungseinrichtung. Nach zwei Schlaganfällen bin ich an den Rollstuhl gebunden. 1952 trat ich in die IG Metall ein, und 1955 wurde ich Mitglied der SPD. Da ich aber als anständiger Mensch unter die Erde kommen möchte, bin ich natürlich vor drei Jahren aus diesem Schröder-Verein ausgetreten.

Da sich der „RotFuchs“ dankenswerterweise der Aufgabe angenommen hat, die Erinnerung an die DDR wachzuhalten, übersende ich Euch einen Brief, den ich an einen Freund in der früheren DDR geschrieben habe. Er hat jetzt von der Politik die Schnauze voll und will sich in seine private Nische zurückziehen. Hier der Text:

Lieber Utz,

das Osterfest und Christi Himmelfahrt haben mich zu einigen grundsätzlichen Überlegungen angeregt.

Himmelfahrt oder Sozialismus, das ist hier die Frage. Die Herrschenden haben uns immer die Himmelfahrt empfohlen.

Nachdem sie uns hier auf Erden nur Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg geboten haben, wollten sie uns am Ende unseres Lebens auch mal was Gutes tun: die Himmelfahrt. Möglichst mit dem Beginn des Rentenalters zusammenfallend. Das spart Lohnnebenkosten!

Da ich nicht zu den Anhängern der Himmelfahrt gehöre, habe ich mir überlegt, wie wir den Gedanken an eine menschlichere Welt fördern können. Mir fiel dazu folgendes ein:

Die ehemaligen DDR-Bürger besitzen eine einzigartige Erfahrung und dementsprechend auch eine enorme Verantwortung für den Aufbau einer besseren Gesellschaft: Sie waren Teilnehmer eines riesigen Menschheitsversuchs, eben eine solche Gesellschaft aufzubauen. Für die Arbeitenden in der kapitalistischen BRD hatte das die angenehme Nebenwirkung, daß die Kapitalisten aus Angst vor der sozialistischen Alternative große Zugeständnisse an das Volk machen mußten. Die werden, nachdem die Alternative in den „blühenden Landschaften“ aufgegangen ist, natürlich alle wieder zurückgenommen. Und damit ein solcher „Betriebsunfall“ nicht ein zweites Mal passiert, müssen sämtliche Erinnerungstücke an die DDR und das Leben in ihr beseitigt werden.

Mit den materiellen Zeugen geht das ganz gut, wie der Abriß des Palastes und die Umbenennung von Straßen zeigt. Aber was nicht so ohne weiteres klappt, ist die Löschung des Inhalts der „biologischen Festplatten“, der Gehirne der DDR-Bürger, obwohl es auch dort zu Programmab-

stürzen und der Verseuchung mit Computerviren gekommen ist. Aber 40 Jahre Leben von 17 Millionen Menschen kann man nicht so ohne weiteres auslöschen, auch wenn die Versuche dazu Legion sind. Besonders die bekloppte Stasi-Debatte hat sich unsterbliche kapitalistische Lorbeeren erworben. Wichtig ist aber, daß die Menschen ihr Selbstbewußtsein wiedergewinnen. Und das im doppelten Sinn:

Als erstes geht es um das eigene Bewußtsein. Wer bin ich? Bin ich etwa der „blöde, stasiverseuchte Ossi“, der den Westlern für die „Befreiung“ die Füße zu küssen hat, oder bin ich Teilnehmer eines Versuchs, die Menschheit aus den Klauen des Kapitals zu befreien? Im ersten Fall habe ich mit gebeugtem Rücken und gesenktem Blick schuldgebewußt durch die Freiheit zu latschen. Im zweiten Fall kann ich aufrechten Ganges und offenen Blicks sagen: Ja, ich war als Teilnehmer am historischen Ringen um die Befreiung der Menschheit dabei. Der Kampf ging zwar verloren, aber noch ist nicht aller Tage Abend!

Damit der zweite Anlauf besser gelingt, ist es nötig, die Erinnerung an die DDR wachzuhalten. Es waren immerhin mehr als 40 Jahre. 40 Jahre einmaligen, wertvollen Lebens. Nicht in dem Sinne, daß alles gut lief. Aber es war jedenfalls wertvoller, als die Marshallplangelder zu verfressen und dem CIA-Boß Allen Dulles zu helfen, die eigenen Brüder und Schwestern zu bekämpfen.

Damit nun dieser erste Befreiungsversuch nicht folgenlos bleibt, muß der Inhalt der biologischen Festplatten (unser Gedächtnis) den Westlern zugänglich gemacht werden. Es geht um Berichte über das Leben in der DDR. Was war gut, und was war schlecht, und was war aus welchen Gründen so oder so. Die DDR-Bürger befinden sich in einer einzigartigen Situation. Ich muß es wiederholen: 17 Millionen Menschen haben vier Jahrzehnte lang versucht, dem mörderischen Kapitalismus ein menschliches System entgegenzusetzen!

Woran scheiterte dieser Versuch? Das herauszubekommen ist lebenswichtig für die Menschheit. Eine Aufgabe, die dem Leben einen wirklichen Sinn geben kann. Dazu bedarf es keiner größeren Anstrengung und schon gar nicht der Betätigung im Politikersumpf. Als erstes muß man dabei mit sich selbst ins Reine kommen und 40 Jahre kritisch Revue passieren lassen. Da hat es Höhen und Tiefen gegeben.

Aber da mußte man durch. Ich kenne in meinem Leben auch Ereignisse, bei denen mich heute noch ein Gefühl des Unbehagens überkommt, wenn ich daran denke. Aber wie will ich die Wiederholung eines ähnlichen Verhaltens verhindern, wenn nicht durch kritische Aufarbeitung?

Der größte Schatz des vereinigten Deutschland sind nicht die Konsumtempel, sondern die Millionen biologischen Festplatten. Ihr Inhalt muß der Menschheit zugänglich gemacht werden. Auf welche Weise das der einzelne tut, hängt von den individuellen Möglichkeiten ab. Als Fotograf hast Du ein besonders wirksames Instrument in der Hand. Bilder aus dem Leben in der DDR mit der Wirklichkeit des Kapitalismus zu konfrontieren. Dies könnte ein Beitrag für einen zweiten Anlauf zu seiner Überwindung sein. Das ist, wie du selber weißt, eine Sache, die nicht nur dem Leben einen Sinn gibt, sondern auch Spaß macht!

Vielleicht versucht Ihr das ja schon in Eurem Fotoclub. Wenn nicht, solltest Du es mal thematisieren, ehe die Mitglieder versterben und ihre Festplatte mit ins Grab nehmen. Die Hyänen des Kapitals tät es freuen. Doch wir sollten ihnen diese Freude nicht gönnen.

Herzliche Grüße, auch an die Familie  
Karl-Heinz

Soweit mein Brief. Vielleicht ist er von allgemeinem Interesse.

**Karl-Heinz Volck**



# Wohin bewegt sich das Kapital?

Gesellschaftliche Verhältnisse leben. Auch das Kapital bewegt sich. Es geht neue Wege, erlangt neue Qualitäten. Doch es bleibt Kapital: zur Geldvermehrung angelegtes Geld. Vom wirtschaftlichen Vorteil zum komplexen ideologisch-materiellen System – das zeigt die qualitative Entwicklung des Kapitals seit Marx. Die Strukturen dieser Dynamik weiter aufzudecken, ist unerlässlich zur tieferen Einsicht in die akute Krise der selbstzufriedenen Gesellschaft – in ihre Zustände, Wege und Auswege.

Im Kapital erschöpft sich das Wertebewußtsein der heutigen Gesellschaft. Es beherrscht alle Lebenssphären, vom festen Boden der Ökonomie her hat es die „unantastbare“ Welt der Moral okkupiert. Die Kapital-Idee hat das Primat, die „absolute“ Vorherrschaft gegenüber der materiellen Existenz des Lebens tatsächlich erlangt. Kein Kapital ohne Profit – kein Profit ohne Kapital. Kapital-Wachstum – oder Nichtsein. Das Bewegungsgesetz des Kapitals herrscht absolut über Denken und Handeln. Es genügt sich selbst. Seine „Logik“ entspricht vollkommen der Weltsicht und Reproduktionserfahrung bürgerlichen Daseins.

Kapital wirtschaftet im Ich-Horizont. Ringsum das Nicht-Ich „Markt“: eine restlos käufliche Welt. Unbilanziertes Geld. Unbilanzierte Moral. Unverzichtbare Ich-Eigentümer als willige Spieler des Kapitals im Überlebens-„Wettbewerb“ um Wachstums-Ressourcen.

In der globalen Dimension verblaßt das Ich. Im vermeintlichen „Nicht-Ich“ werden die Konturen des Wir erkennbar: die

verletzbare Natur, die Reproduktionsgemeinschaft, die anderen. Der Mensch ist das bewußte Wir. Objektiv. Er verkörpert entwicklungsgeschichtlich das große Wir des Lebens. Er reproduziert sich alltäglich im Wir seiner Gemeinschaft. Sein kapitalhöriger Egoismus ist die letzte Beschränkung seiner Freiheit. Denn erst als selbstbewußter Diener des Wir kann jeder einzelne von sich sagen: Ich bin mehr als nur Teil eines Ganzen. Ich bin einmalig. Ich stehe für das Ganze. Ich bin Mensch. Jeder einzelne repräsentiert dann auf besondere Weise eine Reproduktionsgemeinschaft von gleichen. Das vernünftige Ich hat Wir-Bewußtsein. Gerechtes Wir-Dasein braucht Wir-Ökonomie.

Menschliche Arbeit – im ökonomischen Sinn – ist immer gesellschaftliche Gesamt-Arbeit. Jede Arbeitsstunde ist ein Element der gesellschaftlichen Gesamt-Arbeitszeit. Und der globale Gesamt-Arbeiter kann materielle Güter nur verbrauchen im Maß der materiellen Produktion. Er hat keine andere Güter-Quelle. Mehrverbrauch setzt also unumgänglich Mehrproduktion, erweiterte materielle Reproduktion, voraus. Wirtschaftlich organisierte Gesamtarbeit ist darum die Wachstums-Bedingung der globalen Gesellschaft. Profit ohne materielle Leistung ist zur Haupt-Wachstumsquelle bürgerlichen Reichtums geworden. Er beschleunigt das Anhäufen von Kapital. Als Moral des Erfolgs bestimmt er alle moralischen Maßstäbe: Was profitabel ist, ist wahr. Und das genügt. Im Strukturwandel vom Produktions-Kapitalismus zum Zirkulations-Kapitalismus hat die bürgerliche

Aus „Solidaire“, Brüssel



Gesellschaft den Übergang aus der balancierten historischen Defensive in ihren offenen und selbstbeschleunigten substantiellen Abstieg vollzogen. Die Aufkündigung des goldgedeckten Währungssystems – im Jahre 1973 – hat den „Geldmarkt“ von seiner letzten Bindung an die materielle Realwirtschaft befreit. Diese subjektiv scheinbar banale „Akzentverschiebung“ hat den Wachstums-Schwerpunkt der Gesellschaft objektiv in die virtuelle Geld-Sphäre verlagert. Die ignorante Eigendynamik des Kapitals wurde damit gegen sich selbst gerichtet. Der „Verdrängungswettbewerb“ von Zirkulationsprofit und Gewinnen aus materieller Produktion wurde eröffnet. Im ideologischen Zerrbild wird wachsende Schuld zu mehr Wirtschaftskraft. Der Schein-Wert hat den Realwert besiegt.

Gesellschaften werden geprägt durch Art und Or-

ganisation ihrer materiellen Produktion. Das rasante Wachstum der technischen Informationsbearbeitung sprengte nicht nur die traditionelle Struktur der gesellschaftlichen Arbeitsorganisation, sondern damit zugleich die wertökonomische Grundstruktur der privatwirtschaftlich organisierten Gesellschaft. Die neue ökonomische Tatsache, daß mit Entstehung der „Dienstleistungsgesellschaft“ die materiell wertschöpfende und die wertverbrauchende Arbeit ihre strategische Position im Reproduktionssystem getauscht haben, also die materialverbrauchenden Zweige das Wirtschaftswachstum bestimmen – anstelle der materiell wertschöpfenden –, markiert einen totalen Umbruch der ökonomischen Werte-Kultur: Materielle Reichtum „wächst“ ohne Wachstum der materiellen Produktion. Aus G-W-G' des produktiven Kapitals wurde G-G' des faulen. Doch Selbstvermehrung des Geldes ist Entwertung pur. Die „entwickelten“ Gesellschaften des Westens erwirtschaften nur etwa ein Drittel ihres Bruttoinlandsprodukts durch materiell produzierende Branchen. Und allein die Höhe ihrer Staatsverschuldung belegt seit langem, daß sie heute materiell verbrauchen, was sie erst in Jahren erarbeiten werden. Sie leben real zu Lasten anderer: der Armen und der eigenen materiellen Substanz. Aus ihren Lebensnormen resultiert das Unvermögen dieser Gesellschaften, sich selbst materiell – ökonomisch und sozial – zu reproduzieren.

Marktwirtschaften können nicht wertökonomisch differenzieren zwischen materiell wertschöpfenden und verbrauchenden Geschäften. Denn: Die Wertschöpfung des Marktes ist der Profit. Der fließt aus beiden. Hier tritt die legendär unsichtbare Hand, der doppelte Boden des Marktes, ins Rampenlicht: Das Kapital ist der Organisator des Profits. Marktwirtschaft unterscheidet einzig profitschöpfende Käufer und profitmindernde Verkäufer von Arbeitskraft. Auf der Wert-Waage des Kapitals wiegt alle käufliche Arbeit kontraproduktiv. Die bürgerliche Gesellschaft mißt Wirtschaftswachstum daher schlicht am Zuwachs des privaten Kapitals. Sie hat dafür tatsächlich kein anderes Maß. Diesem unumkehrbar negativen Verhältnis des herrschenden Kapitals zu der von ihm abhängigen Arbeit entspringt die divergierende Sozialstruktur der bürgerlich-globalen Zwei-Klassen-Gesellschaft, in der entwürdigende materielle Armut zusehends wächst.

Jeder muß jeden übervorteilen! Der kategorische Imperativ des Profits regiert die Welt. Er hat das Geld als Warenäquivalent abgeschafft. Das Gesellschaft, Wirtschaft und sich selbst fortwährend entwertende, spekulative, umverteilende Kapital zirkuliert global. Es untergräbt das bürgerliche System. Soziale Gefahr ist im Verzug. Einzig die Befreiung des Menschen und der Arbeit aus dem Würgegriff der Spekulation eröffnet neue Wege. **Günter Kramer**

# Zum 100. Geburtstag der im Februar verstorbenen Kommunistin Beispielhafte Lene Berg

Die Mädchen, die wir im KJVD kennenlernten, traten wesentlich selbstbewußter auf als unsere Freundinnen in der SAJ“, erzählte der spätere Verteidigungsminister der DDR, Armeegeneral Heinz Hoffmann, in seinen Erinnerungen: „Eine fiel mir besonders auf, sie hieß Lene Berg und war nur wenige Jahre älter als ich. Was sie sagte, hatte Hand und Fuß, war durchdacht und mit Leidenschaft vorgebracht, mit Begeisterung für die Arbeiterklasse und ihre neue Welt. Und wenn es mich immer wieder zu den Zusammenkünften unserer KJVD-Gruppe hinzog, dann nicht zuletzt auch deshalb, weil mir Lenes Geradlinigkeit, ihre klare und überzeugende Art zu reden imponierten.“

Helene Maria Vesper war am 10. April 1906 in Mannheim in einer Arbeiterfamilie zur Welt gekommen. Als junges Mädchen absolvierte sie eine Schneiderlehre und wurde Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). 1924 trat sie in den KJVD und 1927 in die KPD ein. Sie leitete die Frauenarbeit der Bezirksleitung Baden. Ende 1928 delegierten die Genossen sie an die Lenin-Schule nach Moskau, wo sie drei Jahre studierte. Nach ihrer Rückkehr wurde sie in das Zentralkomitee der KPD gewählt.

Als die Partei 1933 in die Illegalität gehen mußte, arbeitete Lene in Niedersachsen, Württemberg und im Saargebiet unter dem Namen „Berg“. 1935 emigrierte sie über Frankreich in die Sowjetunion. Dort begann sie wissenschaftlich tätig zu sein; sie erforschte im Auftrag der Komintern die Geschichte der KPD.

Nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR im Juli 1941 bat sie, in der Roten Armee kämpfen zu dürfen. Ihr Gesuch wurde abgelehnt. Sie blieb an der Parteschule der Komintern. 1943 bis 1945 unterrichtete sie als Lehrerin an Antifaschschulen für deutsche Kriegsgefangene. Ein damaliger Schüler erinnert sich, daß ihre Darlegungen zur deutschen Geschichte und zu aktuellen Fragen des antifaschistischen Kampfes besonders praxisbezogen gewesen seien. Sie habe jungen Deutschen in der Sowjetunion ihre persönlichen Erfahrungen in der Jugendarbeit und die alltäglichen Probleme der Menschen in Deutschland vermittelt. Sie sang mit ihnen auch deutsche Volkslieder und machte sie mit theoretischen Schriften und aktuellen Informationen ebenso vertraut wie mit schöngestiger Literatur.

Im April 1946 kehrte sie nach Deutschland zurück, wo sie zunächst als Lehrerin an der Zentralen Parteschule der KPD/SED in Liebenwalde tätig war. Eine bemerkenswerte Laufbahn begann für die über 40jährige. 1951 wurde sie Direktorin des Instituts für Gesellschaftswissenschaften in Berlin.

Von 1958 bis 1972 gehörte Lene Berg der Redaktion der internationalen Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien für Theorie und Information, „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ (Prag), an. Eine Aufgabe, die viele Kontakte mit sich brachte. Das Wort „Probleme“ im Titel nahm sie ernst. Es habe sie dazu angeregt, neue, mitunter unbequeme Fragen aufzuwerfen, wie der ehemalige Diplomat Dr. Andrej Reder berichtet.

Schwieriges Terrain betrat sie auch, als sie das 1965 gegründete Institut für Meinungsforschung übernahm, das sie von 1974 bis 1979 leitete. Dabei orientierte sie sich an dem Leninschen Grundsatz, Marxisten sollten „bei der Analyse der Lage nicht vom Möglichen ausgehen, sondern vom Wirklichen“.

In seinem Buch „Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED“ (Köln 1993) beschreibt der Autor Heinz Niemann den Versuch der Schaffung einer besonderen Infrastruktur von „objektiver Meinungsforschung“ neben dem „ideologisierten und tendenziell schönfärberischen Informationssystem“ der DDR.

Das Sekretariat des ZK der SED faßte im Januar 1979 den Beschluß, die Arbeit des Instituts zu beenden. Helene Bergs Appell, die fünfzehnjährigen Erfahrungen nicht ad acta zu legen, sondern die Meinungs-

forschung weiterzuentwickeln, verhalte wirkungslos.

„Keineswegs karrierebesessen“, wie Andrej Reder bezeugt, setzte Lene Berg „all ihre Kraft und Energie im Interesse der Sache“, für die sie sich bereits in frühester Jugend entschieden hatte, ein. Sie sei prinzipienfest gewesen, habe hohe Ansprüche an sich selbst und an andere gestellt, sei dabei bescheiden und tolerant geblieben. Die kleine Frau mit dem vollen silbergrauen Haar und den graublauen Augen war temperamentvoll und lebensfroh.

Eine eigene Familie hatte sie nicht, aber „eine große Familie von Freunden in Deutschland und in der Sowjetunion“, so Reder. Sie erlebten sie als gütig, freundlich und „uneigennützig bereit, insbesondere in persönlich schwierigen Lebenssituationen hilfreich mit Rat und Tat zur Seite zu stehen“.

Noch bis 1989 fungierte die bereits über 80jährige als Beraterin für die Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED. Nach der „Wende“ gehörte sie einer Basisgruppe und dem Rat der Alten der PDS an.

Noch bis kurz vor ihrem Tod bekundete sie reges Interesse an der Entwicklung in der Welt, in Deutschland und in ihrer Partei, die sie nicht unkritisch sah. „Die Ohnmacht der Menschen zu erleben, ist schlimm“, meinte sie einmal.

Sie starb am 21. Februar 2006 in Berlin. „Seit frühester Jugend bis ins hohe Lebensalter engagierte sie sich mit aller Kraft für eine gerechte und friedliche Welt“, hieß es in der Todesanzeige.

Am 10. April, ihrem 100. Geburtstag, wurde sie auf dem Friedhof an der Hessestraße in Pankow beigesetzt.

Cristina Fischer



**ROTHAUS e.V.**

**BÜRGERBÜRO DER MITGLIEDER  
DES SACHSISCHEN LANDTAGES**

KLAUS KARTL  
RICO GERNARDT  
FREYA-MARIA KLINGER  
HORST WENNER  
KARL-FRIEDRICH ZAIS

**BÜRGERBÜRO DER MITGLIEDER  
DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES**

MICHAEL LEUTERT  
JOHN WUNDERLICH

**K.A.R.L.**  
DER LADEN FÜR DEN LINKEN LIFESTYLE

**CHEMNITZER MEDIENDIENST**  
FÜR KINDER-, JUGEND- & ERWACHSENENBILDUNG E.V.

**PLATTFORM  
INTERNATIONALISMUS**

**LAG SOJUS**  
LANDES-AG SOZIALISTISCHER JURISTINNE\* & JURISTEN

**ROTFUCHS FÖRDERVEREIN E.V.**

**PARLAMENTSBIBLIOTHEK  
FREIHANDBIBLIOTHEK**

Im Chemnitzer RotHaus – dem Treffpunkt der Linken – ist der „RotFuchs“ mit dabei.

## Ausflug ins All

Die Erde wollt' sich unterhalten  
Im Reigen um der Sonne Bahn,  
Ihr Temp'rament beizubehalten  
Trotz H<sub>2</sub>O im Ozean.  
Dem war der Mond wohl sehr gewogen;  
Er ließ die Erde nicht allein.  
Und wenn das Wasser angezogen,  
Sucht auch der Mensch ein Stelldichein.

So spielt der Mond mit den Gezeiten.  
Das Wasser kommt gar bald zurück.  
Solch Unterhaltung zu begleiten,  
Verfängt dann oft als Mißgeschick.

Wenn sich Planeten unterhalten,  
Bedauern wir, was wir nicht sind.  
Die Spezies Mensch kann sich gestalten,  
Bleibt aber stets ein Erdenkind.

E. Rasmus

# Zu den Hauptursachen der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit

Von den herrschenden Kreisen dieses Landes wird alles getan, um zu verdecken, daß die Ursachen für die hohe Erwerbslosenzahl vor allem in folgenden Faktoren zu suchen sind:

**1.** Wissenschaft und Technik schreiten fort und übernehmen mit neuen technologischen Entwicklungen immer mehr Hand- und Kopfarbeit, was Arbeitsplätze wegfällen läßt. Natürlich entstehen auch neue Arbeitsplätze, besonders auf Gebieten wie der Informations- und Telekommunikationsbranche, die uns den Weg in die Wissensgesellschaft eröffnen können. Es zeigt sich jedoch immer mehr, daß diese strukturellen Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt weniger Arbeitsplätze neu schaffen als in anderen Zweigen verlorengehen. Diese Tendenz hält schon seit Jahren an und scheint sich sogar zu verstärken.

**2.** Die kapitalistischen Industrieländer stecken in der größten Überproduktionskrise seit 1945. Die aus grenzenloser Profitgier gewachsenen Mammut-Investitionen in verschiedenste Industriezweige, so z. B. in die Automobilindustrie, haben dazu geführt, daß nicht nur bei PKW der adäquate Absatz für diese Produkte fehlt, sondern, mehr noch, die Margen, die beim Absatz erzielt werden, gegen Null tendieren oder sogar darunter liegen. Um diesen Wirkungen zu entgehen, versucht das Großkapital mit rabiaten Kostensenkungen, die besonders bei den Personalausgaben durchschlagen, das Überleben seiner Unternehmen zu gewährleisten. Im Ergebnis dessen werden Hunderttausende von erfahrenen Facharbeitern, Angehörigen des ingenieurtechnischen Personals und Verwaltungskräften in den jeweiligen Industriezweigen in unterschiedlichen Größenordnungen entlassen. Diese Menschen, die den Wert der Unternehmen in Jahrzehnten geschaffen haben, werden um das Ergebnis ihrer Lebensarbeitszeit betrogen, einer unsicheren Zukunft ausgesetzt und, wie sich am Fall des USA-Energieriesen Enron zeigt, sogar um ihre Altersrücklagen geprellt, wenn diese Firmen in Konkurs gehen. Damit beweist sich die Richtigkeit der Marxschen Aussage, daß der Mensch nur so lange für das Kapital von Nutzen ist, wie er Profit bringt.

**3.** Mittels der Globalisierung versuchen die stärksten kapitalistischen Staaten mit den USA an der Spitze Instrumentarien, wie z. B. die Welthandelsorganisation, die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds und andere Vereinigungen, die sie beherrschen, zu nutzen, um die wachsenden Probleme bei sich dadurch zu entschärfen, daß sie die Lasten auf die besonders von solchen Institutionen abhängigen Länder abwälzen. Bei nicht wenigen der diesen imperialistisch gesteuerten Instrumentarien un-

terworfenen Länder ist die Zinslast, die sie gegenüber solchen Einrichtungen zu erbringen haben, teilweise fast so hoch wie ihr gesamtes Exportaufkommen. Das heißt, die Zinsknechtschaft (Marx) bewirkt, daß ein großer Teil des Mehrprodukts des jeweiligen Landes abgezogen wird, ohne daß sich die Gesamtschuldenlast tendenziell verringert; die Verarmung der Masse des Volkes aber wächst.

**4.** Mit der ständigen Drohung der Arbeitslosigkeit ist es gelungen, den Widerstand gegen den weiteren Lohn- und Gehaltsraub und die Kürzungen der Sozialleistungen einzudämmen. Bei vielen der jüngsten Arbeitskämpfe erreichten die streikenden Arbeiter über ihre Gewerkschaften nur, daß die Kündigungen zurückgenommen oder reduziert wurden. Als Gegenleistung mußten sie außer Lohn- und Gehaltskürzungen hinnehmen. Selbst die Verlängerung der Arbeitszeit sowie die Pausen- und Urlaubs-„Einsparungen“ wurden dafür akzeptiert. Deutschland hat den geringsten Krankenstand seit Jahrzehnten, weil sich viele Beschäftigte aus Angst vor Entlassungen trotz Krankheit zum Arbeitsplatz schleppen. Im Ergebnis dieses rigorosen Drucks auf alle lohn- und gehaltsabhängig Beschäftigten (selbst ein Arbeitsplatz bei der Deutschen Bank ist nicht mehr sicher) realisierten allein die 30 DAX-Unternehmen 2005 einen Gewinn von zusammen 49 Mrd. Das heißt, im Jahr 2005 waren in Deutschland erstmals die Gewinne der großen Unternehmen höher als die

getätigten Investitionen. Warum sollen sie auch investieren, wenn der Absatz durch die Überproduktionskrise nicht gewährleistet ist? Diese extremen Gewinne werden benutzt, um an den Börsen zu spekulieren. Damit sind die entsprechenden Mittel für die gesellschaftliche Entwicklung des jeweiligen Landes verloren.

**5.** Obwohl immer wieder bewiesen wird, daß hohe Löhne in Deutschland nicht dazu führen, daß die Produkte ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verlieren, denn sonst könnte die Bundesrepublik ja nicht Export-Weltmeister sein, wird vom Großkapital das Gegenteil behauptet und über die Regierung und die Medien in die Bevölkerung hineingetragen. Es zeigen sich das wahre Gesicht des Kapitalismus und seine Menschenverachtung, wenn die international agierenden Großunternehmen ihre Belegschaft reduzieren oder den Konzern ganz oder teilweise ins Ausland verlagern, obwohl er liquid und entwicklungsfähig ist. Aber es locken noch viel größere Profitraten, wenn man neue Betriebe und Anlagen z. B. in Osteuropa installiert, wo die Produktion mit maximal 20 % der Lohn- und Gehaltskosten zu realisieren ist. Hinzu kommt, daß diverse weitere Standortvorteile und Investitionszuschüsse, geboten durch die Regierungen dieser Länder, winken, verbunden mit Steuersätzen, die nur einen Bruchteil dessen betragen, was in Deutschland fällig wäre.

Dr. rer. oec. Gerhard Steinmüller



## „RotFuchse“ Auf zum 30. Avante-Fest!

Irene Krause, Kulturattaché im ersten DDR-Botschaftsteam und Teilnehmerin an der 1. Festa do Avante im Herbst 1976, leitet die tuk-Reise zum 30. Pressefest der Wochenzeitung der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP). Sie findet in der Zeit vom **1. bis 6. September 2006** statt, kostet 610 Euro im DZ (EZ-Aufschlag 120 Euro) und führt auch nach Peniche und in andere Städte. Der „RotFuchs“ empfiehlt seinen Lesern und Freunden ausdrücklich, am grandiosen Ereignis im Leben der kommunistischen Bewegung Europas teilzunehmen. Beratung und Buchung: **Touristik und Kontakt International GmbH**, Danziger Straße 168, 10407 Berlin, **Telefon 030/4 23 33 33**, E-Mail [tuk-berlin@derpart.de](mailto:tuk-berlin@derpart.de), [www.tuk.de](http://www.tuk.de)

Artikel 65 des Grundgesetzes der BRD lautet: „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung.“ Allerdings erleben die Bürger eine andere Verfassungswirklichkeit: Die Richtlinien für wesentliche Politikfelder werden von den Bossen der Wirtschaft vorgegeben und von der jeweiligen Bundesregierung umgesetzt.

Konkret: Vor der Bundestagswahl 1998 hatten die Chefs der Unternehmerverbände – Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHT) – ihre Forderungen an die künftige Bundesregierung formuliert. Sie verlangten u. a.: deutliche steuerliche Entlastung der Unternehmen (BDI und DIHT); Schaffung eines Niedriglohnsektors – 20 bis 30 Prozent unter den gültigen Tarifgruppen (BDA); Öffnung der Tarifverträge nach unten (BDA); Rückkehr zur 40-Stunden-Woche (DIHT); keine weitere ABM-Förderung (BDA); grundlegender Umbau der Sozialversicherungssysteme (alle); Leistungskürzungen bei Renten- und Krankenversicherung (DIHT); Reduzierung der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung (BDA); schrittweise Verzahnung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (BDA).

Die Richtlinien künftiger Regierungspolitik waren damit klar umrissen. Hinsichtlich der genannten Forderungen kam es zum Schluß zwischen Kapital und Kohl-Kabinetts. Doch die CDU/CSU wurde abgewählt. Und nun erwies sich die Koalition aus SPD und Grünen unter Schröder mit ihrer sozialen Demagogie und ihren Möglichkeiten einer weitgehenden Ruhigstellung von Gewerkschaften als zeitweilig günstigere Variante für die Umsetzung der Forderungen des Kapitals. Schröder signalisierte: „Wir haben verstanden.“

Gemeinsam mit Blair legte Schröder ein Grundsatzpapier vor, in dem es u. a. hieß: „Wir wollen den Sozialstaat modernisieren. Allzuoft wurden Rechte höher bewertet als Pflichten. Aber die Verantwortung des einzelnen in Familie, Nachbarschaft und Gesellschaft kann nicht an den Staat delegiert werden.“ Als „Modernisierung“ wurde fortan die Aushöhlung und Demontage der sozialen Sicherungssysteme, die Beseitigung zivilisatorischer Errungenschaften und gesellschaftlicher Solidarität verkauft. „Der Sozialstaat ist nicht mehr finanzierbar“, hieß es nun. Die Deutschen hätten „über ihre Verhältnisse gelebt“. Im Laufe der Jahre wurde das Schlagwort von den „leeren Kassen“ zum Dauerbrenner.

Während die Bundesregierung in Erfüllung der Forderungen des Kapitals den „Reformstau“ mit der Einleitung erster Maßnahmen zur Agenda 2010 „auflöste“, konstatierte die Statistik, daß Deutschland nicht nur den dritten Platz in der Weltrangliste in puncto Wirtschaftskraft hielt, sondern auch seine Spitzenposition als Weltmeister hinsichtlich des Pro-Kopf-Exports wie auch im Gesamtexportumfang.

Die „neoliberale Globalisierung“ sieht die deutschen Multis und Großbanken mit satten Rekordgewinnen. Ihren Expansionsdrang konnten sie bei der EU-Osterweiterung vollauf befriedigen. Und die „nie gekannten demographischen Veränderungen“?

Das leistungsstärkste Land Europas wäre auf Grund der hohen Produktivität seiner Wirtschaft spielend in der Lage, den Alten einen gesicherten Lebensabend zu gewährleisten. Sie hat sich in den 90er Jahren verdoppelt. Sie wächst also weit schneller als das durchschnittliche Lebensalter der Menschen. Aber da waren

und Soziotherapie, in der Übernahme von Fahrtkosten durch die Patienten. Kassenleistungen wurden für Zahnersatz und Brillen gestrichen. 10,8 Milliarden Euro wurden insgesamt eingetrieben. Man gab den Slogan aus: „Wir müssen altes Recht aufheben und neues verständliches Recht für Arbeitnehmer und Arbeitgeber an seine Stelle setzen.“

Die „gesetzliche Öffnung von Tarifverträgen“, betriebliche Bündnisse unterhalb der Tarifverträge, die „Freigabe der Löhne“, die „40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich“, die „Verlängerung der Arbeitszeit um 10 Prozent“, die „Absenkung

---

## Die Richtlinienkompetenz der Bosse

---

ja die „Richtlinien“ der Unternehmerverbände. Und so wurden „Reform“-Kommissionen, die am Parlament vorbei wirkten, ins Leben gerufen, um Operationspläne für die Umsetzung der Forderungen des Kapitals zu formulieren. Ein „Bündnis für Arbeit“ sollte die Gewerkschaften an die Kette legen.

Die ostdeutschen Bundesländer mit ihrer Massenarbeitslosigkeit dienten dem „neoliberalen Umbau“ der Gesellschaft als ideales Manövriertfeld. Der von den Bossen geforderte Niedriglohnsektor, die „Öffnung der Tarifverträge nach unten“, die „Rückkehr zur 40-Stunden-Woche“, der Abbau der ABM-Förderung – sie wurden hier mit gezielter Langzeitwirkung für die alten Bundesländer erfüllt und übererfüllt. Daher ergänzten die Unternehmerverbände ihre Forderungen. Hundt im Herbst 2003: „Kurzfristig fordern wir den Verzicht auf die nächste Rentenerhöhung.“ Geflissentlich schürten Politik und Medien einen Generationenkonflikt. Der damalige SPD-Generalsekretär Scholz sprach von der „Vergreisung Deutschlands“. Die Alten wurden als Plünderer der Staatskasse hingestellt.

Dienstteifrig beschloß die Bundesregierung in dieser Stimmungslage für 2004 die erste „Nullrunde“ bei der Rentenanpassung, die Verdopplung der Beiträge für die Pflegeversicherung, die Rentenauszahlung für Neurentner zum Monatsende, die nachgelagerte Besteuerung der Altersrenten in einem langfristigen Prozeß ab 2006, die Erhöhung des Renteneintrittsalters von 60 auf zunächst 63 Jahre.

In der Gesundheitspolitik wurde die Zwei-Klassen-Medizin weiter etabliert. Der „Modernisierungseffekt“ reflektiert sich hier in den Praxisgebühren, den Zahlungen für Medikamente, Heilmittel und Krankenhausaufenthalte, für stationäre Vorsorge und Reha, Hilfsmittel

der Niedriglöhne um 30 Prozent“ und die Kürzung der Lehrlingsvergütungen wurden von BDA, BDI und dem CSU-gesponserten Ifo-Institut als weitere Eckpunkte ihres Forderungskatalogs auf die Tagesordnung gesetzt.

Mit Hartz IV schuf die SPD-geführte Bundesregierung ein Instrument, um „altes Recht“ aufzuheben. Die EU schob mit der Bolkestein-Dienstleistungsrichtlinie nach.

Das Arbeitslosengeld wurde von maximal 32 auf 12 Monate reduziert; nur über 55jährige erhalten die Zahlungen 18 Monate lang. Bisher lohnbezogene Arbeitslosenhilfe wurde entsprechend den 1998 von den Bossen erhobenen Forderungen de facto zur Sozialhilfe-ALG-II zusammengefaßt.

So wurde für zwei Millionen Arbeitslose unter demütigenden Bedingungen die Unterstützung auf bzw. unter das Niveau der Sozialhilfe gesenkt. Armutslöhne sollen noch stärkeren Druck auf Tarife bewirken, um den Marktkräften bei der Festlegung der Löhne und Gehälter freien Lauf zu lassen. Der Kündigungsschutz wurde verschlechtert.

Und die Kehrseite der Medaille: In sieben Jahren Schröder-Kabinetts wurden an Konzerne, an Reiche und Vermögende Steuergeschenke von insgesamt 100,6 Milliarden Euro verabreicht. Das leerte die Kassen des Staates. Der Spitzensteuersatz, der bei der Kohl-Regierung noch bei 53 Prozent lag, wurde auf 42 Prozent abgesenkt. Kapitalgesellschaften wurden 50 Milliarden Euro an Körperschafts- und 30 Milliarden Euro an Gewinnsteuern geschenkt. Zur Steuerreform seiner Regierung sagte Schröder: „Sie brachte die Steuerbelastung der deutschen Unternehmen eher ins untere Drittel des europäischen Geleitzuges.“ (Wird fortgesetzt)

**Prof. Dr. Georg Grasnack**

**2004** schrieb die Bundesinitiative „Wir ... hier und jetzt“ ihr Projekt „Zeitensprünge“ aus. Es konnten sich alle interessierten Schulklassen oder Gruppen aus den ostdeutschen Bundesländern um die Teilnahme bewerben. Junge Menschen sollten sich mit ihrer Lokalgeschichte auseinandersetzen und diese erforschen.

Das Zella-Mehliser „Zeitenspringerteam“ legte das Gewicht seiner Untersuchung auf die Zeit des Faschismus. Nach mühevoller Kleinstarbeit, unzähligen Archivstunden und viel Schreibkram entstand daraus ein Buch mit dem Titel „Faschistische Diktatur – Widerstandskampf und Verfolgung in Zella-Mehlis 1933–1945“. Herausgeber ist ein örtliches Autorenkollektiv.

Bereits seit der Frühgeschichte sind aus Zella-Mehlis Kämpfe gegen Unterdrückung bekannt. In der Stadt des Waffenhandwerks entstanden um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert einige größere Rüstungsunternehmen. Viele Menschen waren trotzdem weiterhin in der Heimindustrie und im Handwerk tätig. Und es blieb bei der großen Not der arbeitenden Bevölkerung.

Schon früh wurde Zella-Mehlis zu einem Zentrum revolutionärer Tätigkeit. Die sozialistische deutsche Republik wurde hier zeitgleich mit Berlin am 9. November 1918 vom Balkon des Hotels „Stadt Wien“ ausgerufen. Ein Höhepunkt war die Niederschlagung des Kapp-Putsches im März 1920, als Arbeiter mit Panzerwagen an den Kämpfen in Suhl und Gotha teilnahmen. Bis zur Errichtung der faschistischen Diktatur gehörte Zella-Mehlis zu den Städten, wo die KPD bei Wahlen besonders hohe Anteile erreichte.

Auf Grund der starken örtlichen Arbeiterbewegung mußten die Faschisten auf auswärtige Hilfe zurückgreifen. So wurde am 2. März 1933 eine einhundert Mann starke Hilfspolizeitruppe von SA- und SS-Leuten aus Lauscha in Dienst gestellt. Und wenig später richtete man einen Sicherheitsdienst (sogenannte Schwarze Husaren) unter der Leitung eines Polizeiinspektors ein.

Bis Anfang März 1933 bestand im Ort eine erste illegale Leitung der KPD. Nach dem Wahltag am 6. 3., der mit massiven Behinderungen der Opposition einherging, fanden Verhaftungen statt. Auch in Zella-Mehlis waren Kommunisten die ersten, die rücksichtslos verfolgt und eingekerkert wurden. Die Faschisten nahmen die örtliche KPD-Leitung und die Mitglieder des Stadtrates fest. Diese verbrachten zunächst vier bis acht Wochen in sogenannter Schutzhaft. Trotzdem wehte über Zella-Mehlis am 1. Mai 1933 von einem hohen Schornstein in der Talstraße die rote Fahne. Im Juni 1933 wurde eine neue illegale Unterbezirksleitung der KPD Zella-Mehlis gebildet, der auch Vertreter der Unterbezirke Suhl und Schmalkalden angehörten.

Es ging jetzt um die Organisierung des Widerstandes auf breiter Basis, um Stimmungen und Meinungen aus den Betrieben, die Aufrüstung der Wehrmacht,

illegale Treffs sowie die Beschaffung neuer sicherer Quartiere und die Unterstützung der Familien von inhaftierten Genossen. Politische Zusammenkünfte wurden u. a. als Wanderungen getarnt. Flugblattaktionen und andere Widerstandstätigkeiten gegen das faschistische Regime und zur Aufklärung der Arbeiter fanden im Sommer 1933 unter anderem im Reichsarbeitsdienstlager Zella-Mehlis statt. Durch Verrat kam es im August 1933 zu Verhaftungen von Mitgliedern der Unterbezirksleitung des KJVD.

Dem zum Verräter gewordenen Thieme fielen bis zu 250 Kommunisten, darunter auch Zella-Mehlis, zum Opfer. Nach Haft im KZ Bad Sulza und anschließender Inhaftierung in Gefängnissen wurde die illegale Arbeit vom Ehepaar Raßmann, von Johannes Lotz und von Fritz Wolf streng konspirativ wieder aufgenommen.

Else Raßmann wurde am 15. 5. 1936 aus dem Gefängnis Hohenleuben und ihr Mann Hans am 15. 8. 1936 aus dem Gefängnis Ichttershausen entlassen.

Durch die Bekanntschaft mit Lydia und Magnus Poser während der Haftzeit wurde der Grundstein für die zukünftige Widerstandsarbeit der Neubauer-Poser-Organisation in Südthüringen gelegt. Gegenseitige Besuche fanden zwischen Magnus Poser und Hans Raßmann statt. Abwechselnd trafen sie sich in Zella-Mehlis oder Jena.

## „Zeitenspringerteam“ aus Zella-Mehlis auf wichtiger Spur

Die Unterbezirksleitung baute viele Verbindungen zu Nachbarorten, Betrieben, ausländischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern auf. Magnus Poser brachte Pfingsten 1944 das letzte Flugblatt zur Unterbezirksleitung nach Zella-Mehlis. Es war in russischer Sprache und trug die Überschrift: „Brief an die kriegsgefangenen Rotarmisten, Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen“.

Als Magnus Poser in der Nacht vom 20. zum 21. 7. 1944 aus dem Gestapogefängnis in Weimar zu fliehen versuchte, wurde er beim Überklettern der Gefängnismauer von fünf Schüssen getroffen. Ins KZ-Buchenwald eingeliefert, starb er ohne die Namen seiner Kampfgefährten preiszugeben. Verhaftungen im Juni und bei der im August einsetzenden „Aktion Gitter“ unterbrachen auch die illegale Tätigkeit der Unterbezirksleitung Suhl. Am 4. April 1945 wurde Zella-Mehlis durch die amerikanischen Streitkräfte befreit.

Weitere Kapitel des Buches behandeln rassistische Verfolgung, Euthanasie, Kirche, religiöse Minderheiten und die Zwangsarbeiter in Zella-Mehlis.

**J. Maak/K. Richarz vom Autorenkollektiv**

*Die 2006 erschienene Broschüre: „Faschistische Diktatur – Widerstandskampf und Verfolgung in Zella-Mehlis 1933–1945“, 164 S., ist für 18 EUR + Porto 2,50 EUR unter [zeitenspringer.zm@web.de](mailto:zeitenspringer.zm@web.de) oder Telefon 03682/48 74 75 zu bestellen.*

## Leipziger Marx-Jäger

Kaum hatte die neue bürgerliche Machtelite 1990 Position bezogen, begann die Suche nach dem Hauptsündenbock. Und wie überall geriet Marx sofort in die Schußlinie. Schnell verschwanden der Name der Universität, die Bezeichnungen des Zentral-Platzes und der Karl-Marx-Städter Straße. Gefordert wurde auch, das metergroße Relief als „Schandmal“ schnellstens zu entfernen. Dessen Verankerung ist jedoch so fest, daß die von Beginn an finanzklamme Uni die Kosten scheute. Das Kunstwerk überbaute man mit einer gewaltigen Stahlträgerkonstruktion, den Giebel der 1968 gesprengten Paulinerkirche symbolisierend. Jetzt, da sich der geplante Neubau des Gebäudes und damit der Totalabriß verzögern, brach erneut heftiger Streit, von Marx-Gegnern entfacht, aus. So forderten Leserbriefschreiber in der Leipziger Volkszeitung, Marx schleunigst ins Museum zu stecken, da „diese Zeiten vorbei“ seien. Dabei wurden die aktuellen Bewegungen zur Befreiung vom Imperialismus, die internationale Anerkennung des geistigen Führers und

die Wahlerfolge der Linkspartei/WASG sowie das Erschrecken des „Spiegel“ über die „Rückkehr des Gespenstes“ einfach ignoriert. Ein anderer Marx-Ächter meinte, man solle das Relief so aufstellen, „daß Hunde dranpinkeln können“. Dies löste lebhafteste Proteste aus. Sogar eine Pfarrerin setzte sich für den weiteren Verbleib des Reliefs ein und fragte, ob es in Leipzig keine wichtigeren Probleme gäbe ... Nicht allerdings bei den Zuständigen.

Um einen neuen Standort wird es bald abermals heftige Auseinandersetzungen geben. Marx soll den Blicken einer breiten Öffentlichkeit entzogen und irgendwo versteckt werden. Aber nicht, weil seine Kapitalismusanalyse falsch gewesen wäre, sondern weil bei den „Neocons“ die Sorge aufkeimt, daß sich bei seinem Bild zu viele Leipziger und Gäste aus dem Osten darauf besinnen könnten, was sie einst in den Schulen gelernt haben, darunter sogar Absolventen der Theologischen Fakultät der Karl-Marx-Universität. Kein Zeichen von Stärke.

**Joachim Spitzner**

# Rückkehr zu Kautskys „Ultraimperialismus“?

In der Programmdiskussion der DKP wurde den Verfechtern der Leninschen Imperialismustheorie vorgeworfen, sie würden die „neuen Erscheinungen“ des Kapitalismus nicht erkennen und seien auf dem Stand von 1916 stehengeblieben. Jemand brachte die irreführende Vokabel „kollektiver Imperialismus“ ins Spiel. Was, so fragt man sich, haben die Verkünder des „transnationalen Monopolkapitalismus“ eigentlich Neues entdeckt? Sie haben lediglich Kautskys Thesen von 1915 wiedererweckt: „... daß die jetzige imperialistische Politik durch eine neue, ultraimperialistische verdrängt werde, die an Stelle des Kampfes der nationalen Finanzkapitale untereinander die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital setze.“ Sie glauben also an den widerspruchsfreien Imperialismus.

Natürlich gibt es Bündnisse des Finanzkapitals – das sicher schwerwiegendste war das partielle und zeitweilige Zusammengehen aller imperialistischen Staaten gegen die Sowjetunion und die revolutionären Bewegungen in den kolonialen Ländern. Aber dieses einigende Band wurde durch die Zerstörung sozialistischer Hauptländer und die Niederlage der antikolonialistischen Befreiungsbewegung zerrissen.

Und was kam dann? Der gemeinsame Feind war erst einmal weg, also ging das Hauen und Stechen untereinander abermals los. Natürlich auf einem neuen Niveau. Seitdem meldet das deutsche Monopolkapital seine Weltherrschaftsansprüche fast jeden Tag offen und lauthals an. Dabei verfolgt es nicht einmal eine einheitliche Linie, sondern mindestens zwei. Die eine Fraktion strebt zur imperialen Macht in Konfrontation mit dem USA-Kapital, die andere will dasselbe Ziel gerade mit dessen Hilfe erreichen. Das spiegelt sich auch in den verschiedenen Positionen zur Beteiligung an Bushs Kriegen wider. So oder so, zur Durchsetzung seiner globalen Ansprüche setzt der deutsche Imperialismus auch das „vereinigte“ Europa und den Euro ein. Die Agenda 2010 war nicht nur ein antisoziales Totschlagsprogramm, sondern sollte vor allem die Voraussetzung schaffen, um den Dollar mit dem Euro zu schlagen. Und wenn „Deutschland“ seinen Stiefel auf Jugoslawien, Afghanistan und Kongo mit bisher schon 10 000 Soldaten setzt, dann bestimmt nicht, um den USA zu helfen, sondern um dem eigenen Kapital die Tür zu öffnen.

Die Übernahme des bürgerlichen Verschleierungsbegriffs „neoliberale Globalisierung“ in die politische Analyse von Marxisten führt zu fatalen Irrtümern bei der Einschätzung der Lage in der Welt. Das Kapital agiert zwar in allen Winkeln der Erde, aber der Profit wird national, je nach dem Kaliber des eingebrachten Anteils realisiert. Spätestens dann hört das Kapital auf, transnational zu sein, geht es doch allein um Machtanteile.

Das Wesen der gegenwärtigen Kapitalbewegungen ist also nicht einfach die globale Ausweitung, sondern die erweiterte

Unterdrückung und Ausplünderung aller Völker, namentlich der in kolonialen und halbkolonialen Verhältnissen lebenden, einschließlich derer der ehemals sozialistischen Staaten durch immer weniger imperialistische Hauptländer. Die neue Qualität ist also durch erweiterten und verschärften Kolonialismus gekennzeichnet, durch Neokolonialismus.

Für die Arbeiterbewegung hat diese Seite der Entwicklung besondere Bedeutung. In den Hauptindustrieländern schrumpft die Arbeiterklasse, wächst die Mittelschicht, und damit verändert sich auch die ideologische Verfaßtheit der Massen. Kommunistisches oder sozialistisches Bewußtsein hat dort eine relativ schwache soziale Basis. Die Kampfbedingungen sind indes von Land zu Land unterschiedlich. Dem Kapital ist es nicht nur gelungen, die Arbeiterklasse in sich zu spalten, sondern auch international gegeneinander auszuspielen. Denn ihre Interessenslage ist nicht einheitlich, was man an den heftigen Klassenkämpfen in Ländern der dritten Welt ablesen kann. In den „Metropolen“ geht es den Arbeitern überwiegend um die Behauptung ihres „Besitzstandes“; sie haben nämlich inzwischen „etwas zu verlieren“. In den abhängigen und schwach entwickelten Ländern regen sich vielfältige Kräfte des Widerstandes, von ultralinken und anarchistischen bis zu marxistischen. In den imperialistischen Hauptländern werden Arbeiter in die Uniform nationaler Armeen gesteckt, um andere Völker mit blanker Gewalt oder

durch „friedenserhaltende Maßnahmen“ niederzuhalten. Bei einer Mißachtung des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung des Imperialismus und Übernahme der These vom transnationalen oder gar kollektiven Kapitalismus würde man de facto der Einstellung des Klassenkampfes auf nationaler Ebene das Wort reden und die revolutionäre Umwandlung der Macht- und Eigentumsverhältnisse auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben.

Zugegeben: Die gegenwärtigen Fusionsprozesse des Monopolkapitals erwecken vordergründig zweifellos den Eindruck einer Tendenz zum transnationalen Monopolkapital. Das ist aber durchaus nicht neu. Diesen Prozeß gibt es seit mehr als 100 Jahren. Sein Wesen besteht in „feindlichen Übernahmen“, brutalen „Heuschreckenattacken“ und Kriegen um strategische Ressourcen, in gnadenlosem Konkurrenzkampf. Eine Unterschätzung solcher zwischenimperialistischen „Rangeleien“ führt schnell zu der Illusion, man könne heutzutage imperialistische Kriege ausschließen, da ja „alle im selben Boot sitzen“. Die militärischen Unterwerfungsaktionen der Gegenwart dürfen wir nicht nur als solche verstehen, handelt es sich doch stets auch um einen Konflikt zur Neuverteilung von Herrschaftsbereichen und Einflusssphären.

Die Praxis widerlegt Kautskys „Ultraimperialismus“ und dessen heutige Parteigänger. Sie bestätigt Lenins grundlegende Analyse. **Dr. Norbert Pauligk**



Grafik: SHAHAR

Als in die letzte Reihe des Bundestages Verbannte erwarb sich Petra Pau Sympathien. Nun meint die „Berliner Zeitung“, mit sachlichem Stil sei es ihr gelungen, „Respekt bei Abgeordneten anderer Fraktionen zu erwerben“. Die Herrschenden erwarten also eine pflegeleichte neue Vizepräsidentin. Die SED plante für Petra Pau bereits im jugendlichen Alter eine Karriere und delegierte sie an die Parteihochschule „Karl Marx“. Nach 1989 kam sie dennoch rasch im Kapitalismus an: Aus der ehemaligen Pionierleiterin wurde eine „Regierungssozialistin“. Sie half zunächst dabei, die Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ abzuwickeln, Pionierhäuser und Ferienlager zu liquidieren. Seit 1991 ist die einstige Mitarbeiterin des FDJ-Zentralrats Berufspolitikerin der PDS. Sie war Bezirksvorsitzende von Berlin-Hellersdorf, Landesvorsitzende von Berlin und parallel 2000 bis 2002 auch stellvertretende Bundesvorsitzende, die ihre Abgeordnetenmandate (so seit 1998 im Deutschen Bundestag) nutzte, um die Partei „koalitionsfähig“ zu machen. Wenn die PDS von ihrem Gründungskonsens nach rechts abwich, dann drängte Petra Pau dabei immer in die vorderste Reihe. Die „moderne Sozialistin“ hält den Marxismus für überholt, den Sozialismus für eine vage Utopie. Sie will den Kapitalismus reformieren, nicht überwinden und glaubt an eine „linke Mitte“. Marxisten und bürgerliche Opponenten hält sie für „zwei Seiten derselben Medaille“, die „innerparteiliche Denk- und Diskussionsblockaden befördern“. Sie macht standhaft Gebliedene als „Dogmatiker“ und „Altstalinisten“ aus. Gemeinsam mit Gabi Zimmer erklärte Petra Pau 2001: „Die Gründung und Formierung der SED wurde auch mit politischen Täuschungen, Zwängen und

### Die desaströse Republik

Ein Präsident mit Namen Lammert sitzt vor dem Plenum stur und jammert: „Drei Jahre haben wir verzichtet und jeden Antrag prompt vernichtet, Diäten – laut Gesetz zu geben – für Volksvertreter anzuheben! Die Lohnentwicklung hierzulande, setzt nun das Parlament imstande – mit einem satten Plus im Rücken, den Zuschuß kräftig hochzudrücken.“ Herr Lammert weiß: „Um 90 Euro sind Lebenshaltungskosten teuro!“ Und überwiesen wird der Zaster! Die Republik und ihr Desaster.

Zur gleichen Zeit in einem Hearing spricht Vizekanzler Müntefering: „Drei Jahre haben wir verzichtet, und jeden Antrag prompt vernichtet, die Renten – laut Gesetz zu geben – für die Senioren anzuheben! Die Lohnentwicklung hierzulande setzt die Regierung außerstande, obwohl, wie immer man zitierte, die Rente sich dort orientierte, nur einen Cent hinzuzufügen.“ Ihr Volksvertreter! Weiter lügen!!! Und vorenthalten wird der Zaster! Die Republik und ihr Desaster.

Hans Horn

Repressionen vollzogen ... Viele, die sich damals dem Zusammenschluß von KPD und SPD verweigerten, bezahlten das mit ihrer Freiheit, ihrer Gesundheit, nicht wenige mit dem Leben.“ So lauteten antikomunistische Sprüche der beiden PDS-Politikerinnen, die sie am 22. April 2001 abließen. Der DDR lasteten Zimmer und Pau „Menschenrechtsverletzungen, Fehlentwicklungen und stalinistische Verbrechen“ an, um die Legitimität des Aufbaus des Sozialismus auf deutschem Boden zu diskreditieren. Höchstes Lob fand hingegen die angeblich vorbildliche bürgerliche Demokratie in Westdeutschland. Nicht erwähnt wurden die Restauration des Imperialismus in der alten BRD und deren Antikomunismus, die haßerfüllte

Bürgern, die loyal in der DDR wirkten, jetzt dafür angeklagt und verurteilt sowie umfassend ausgegrenzt werden, ihre Solidarität. Nach ihrer Wahl will sie die Abrechnung mit der DDR nun noch weiter vorantreiben.

Auf dem PDS-Parteitag in Berlin am 17. Juli 2005 erklärte Petra Pau: „Wir haben bewiesen, daß wir den Kapitalismus verwalten können, besser als andere. Das ist für die Betroffenen mehr als nichts.“ Nebulöse (bürgerliche) Werte und Freiheitsgüter bestimmen Paus Denken und ihr politisches Handeln. Unsoziale und ungerechte Maßnahmen des Berliner SPD-PDS-Senats sind „Erfolge“: der Verkauf von mehr landeseigenen Wohnungen in einer Legislaturperiode als jemals zuvor,

## Zur Wahl Petra Paus als Bundestagsvizepräsidentin

Politik der SPD gegenüber SED und DDR, das KPD-Verbot, die politische Verfolgung von Linken und Antifaschisten, die Berufsverbote, gepaart mit der Weiterbeschäftigung der alten Nazis.

Der 17. Juni 1953 war laut Petra Pau ein „Arbeiteraufstand, der blutig niedergeschlagen wurde“. Offene Grenze und brutale Einmischung des kapitalistischen Westens gab es nicht. Die Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR am 13. August 1961 waren „vermeidbar und willkürlich“. Ohne Bedeutung ist, daß die DDR planmäßig ausbluten sollte, um sie schon damals widerstandslos anschließen zu können. Folgerichtig verweigert Petra Pau heute

die forcierte Privatisierung landeseigener Betriebe sowie von Einrichtungen der Daseinsvorsorge (Bewag, GASAG, Krankenhäuser, Schulen usw.), unter öffentlicher Mithilfe explodierende Preise und Gebühren, letztlich die Haushaltssanierung zu Lasten der einfachen Leute.

Wenn im September 2006 in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern – den Bundesländern mit PDS-Regierungsbeteiligung – die Landtage neu gewählt werden, läuft die Linkspartei.PDS Gefahr, daß viele frühere Wähler ihr enttäuscht die Stimme verweigern, wie eben in Sachsen-Anhalt geschehen.

Manfred Hegner

Wir hatten nicht alles und besaßen doch viel. Unzufriedene setzten das Viele aufs Spiel. Das Volk hat dadurch nicht alles gewonnen – doch sein Vieles ist nun zu nichts zerronnen.

WOLFGANG CLAUSNER

### Die Regionalgruppe Dresden

lädt Mitglieder, Leser und Interessenten zur Themendiskussion mit **Prof. Dr. Götz Dieckmann**

Wie links ist die Europäische Linkspartei?

ein.

Die Begegnung findet am **10. Juni** um **10.00 Uhr** in Heidenau, Gaststätte „Drogenmühle“, Dresdner Straße 36, statt.



Folgender Ausspruch wird Rabindranath Tagore zugeordnet: „Die Lüge kann nicht dadurch zur Wahrheit werden, daß sie an Macht gewinnt.“

Nun wissen wir ja seit 1949, daß die BRD alle Kraft aufwandte, um der DDR moralisch und politisch das Wasser abzugraben. In diesem Orchester ist heute der „Historiker“ Hubertus Knabe einer der Dirigenten. Das „Gruselkabinett“ in Berlin-Hohenschönhausen benutzt er als Trampolin, um seine „Botschaft“ in allen ostdeutschen Bundesländern zu verbreiten.

Am 14. März 2006 wurde bei einer Podiumsdiskussion in Hohenschönhausen ein Konzept zur territorialen Ausweitung der als „Gedenkstätte“ zurechtgemachten Horrorshow vorgelegt. Bereits die Moderation des Veranstalters ließ erkennen, daß die Grenze zwischen Gedenkstätten zu Verbrechen der Hitlerfaschisten und angeblichen Untaten der DDR wohl bald der Vergangenheit angehören soll. Halb- und Unwahrheiten sowie schamlose Lügen verwischen sie bereits. Das rief den Protest vieler Anwesender hervor. In der Regel handelte es sich um Zeitzeugen. Allerdings waren es die Nichtgewollten, die Verfemten. Parlamentspräsident Momper (SPD) bezeichnete Knabes Kritiker in der Hohenschönhausener Veranstaltung als „Stasi-Schergen“, „Stasi-Pöbel“ und „Folterknechte“.

Noch ein paar Worte zum Knabeschen „Gedenkstättenkonzept“. Dessen Grundlage bildet sein Bericht an den Kultur Ausschuss des 15. Deutschen Bundestages am 16. Februar 2005. Darin frohlockte er, „... daß die Gedenkstätten der DDR, die an die NS-Diktatur erinnerten, umgestaltet werden konnten ...“ und „... erstmalig Orte geschaffen wurden, die auf professionelle Weise an die kommunistische Vergangenheit erinnern“. Ein erster Erfolg: „... im ehemaligen Stasi-Gefängnis Berlin Hohenschönhausen (konnte) die Zahl der Besucher seit Gründung der Stiftung (Juli 2000) nahezu verdoppelt (werden)“. Wie wurde das möglich? Wenn der DDR lächerlicherweise „verordneter Antifaschismus“ vorgehalten wird, dann sollte man sich die Besucherlisten dieser „Gedenkstätte“ einmal ansehen. Dort erfährt man nämlich, was verordneter Antikommunismus für Bundeswehr und Schulen ist.

Herr Knabe beleuchtete das Grundanliegen seiner Konzeption: „Inhaltlich geht es vor allem darum, die großen Wissensdefizite im Bereich der kommunistischen Diktatur abzubauen. Insbesondere in der jungen Generation herrscht mittlerweile ein erschreckendes Nichtwissen über die Diktatur der SED, was diese Generation in besonderem Maße für neue totalitäre Gesellschaftsentwürfe anfällig macht.“ Knabe möchte in seine „Gedenkstättenarbeit“ auch neue Kräfte einfügen. Deshalb fordert er: „Die Bundesregierung sollte sich bemühen, ehrenamtliches Engagement jüngerer Menschen gezielt zu fördern (z. B. durch Ableistung eines sozialen Jahres).“ Doch was soll damit erreicht werden? An zwei Beispielen sei das sichtbar gemacht.

## Üble Leier eines Unschuldsknaben

„Die in Deutschland vorherrschende Gegenüberstellung von NS- und SED-Diktatur birgt die Gefahr in sich, daß letztere verharmlost wird.“ Mit anderen Worten: Eines Tages wird an jeder Gedenkstätte Knabescher Prägung ein Schild angebracht sein: „Gedenkstätte der NS-/DDR-Diktatur“. Geschichtsverfälschung, wie sie infamer nicht sein kann!

Doch lesen wir weiter im Konzept des Gruselkabinett-Verwalters: „Eine zuweilen sichtbar werdende Konkurrenz des Gedenkens an unterschiedliche Vergangenheiten ist kontraproduktiv. Gerade im Vergleich verschiedener Diktaturformen wird deutlich, daß politisch motivierte Massenverbrechen kein singulärer – und damit nicht wiederholbarer – Akt sind, sondern eine ständige Gefahr darstellen, denen zu allen Zeiten und unter allen politischen Bedingungen vorgebeugt werden

muß ... Der Vergleich sollte sich nicht auf die DDR und den Nationalsozialismus beschränken, sondern auch das sowjetische Gulag-System und andere politisch motivierte Massenverbrechen der Neuzeit umfassen.“ Hier wird mit großer Offenheit beschrieben, an welcher Stelle man die DDR und ihr MfS eingereiht wissen möchte. Knabe geht es darum, besonders bei jungen und uninformierten Menschen die Vorstellung wachsen zu lassen, daß auch Völkermord- und Massenmord-Verbrechen in der DDR nicht ausgeschlossen waren. Er unternimmt alles, um zwischen dem faschistischen Deutschland und der DDR Gleichheitszeichen zu setzen. Durchkreuzen wir das üble Spiel dieses Protagonisten der antikommunistischen Hetze und derer, die für ihn die Strippen ziehen.

**Helmut Holfert**

**Bei den Klassikern nachschauen!**

*„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“*

Marx/Engels, 1847/48, Werke 4/462

## Die Wahrheit über das MfS

Der Triumph ihres Sieges machte sie glauben, daß wir unter der Wucht unserer Niederlage für alle Zeiten begraben seien. Jetzt trifft es die BIRTHLER, Knabe und Co wie ein Keulenschlag, daß die „Angeklagten“ ihre Stimme erheben. Gemeint sind öffentliche Auftritte von „hochrangigen Stasi-Kadern“, ihre Internet-Präsenz sowie eine Reihe von Publikationen, unter denen das Buch „Die Sicherheit – zur Abwehrarbeit des MfS“ einen zentralen Platz einnimmt. „Das Schlimme“ sei, so der vorgebliche Bürgerrechtler Konrad Weiß, „daß diese Bücher nicht ohne Einfluß auf die öffentliche Debatte bleiben und sich selbst höchste Gerichte unbedarft die darin belegte Sichtweise zu eigen machen“.

Nicht von ungefähr erleben wir gegenwärtig eine Neubelebung der Verleumdung der DDR-Staatssicherheit. In dieser Situation geht es um Solidarität mit den wiederum im Trommelfeuer stehenden Vertretern der Sicherheitsorgane und darum, im Kampf um die Wahrheit nicht nachzulassen.

Mit einem ausführlichen Interview, das Generalleutnant a. D. Dr. Gerhard Neiber, ehemaliger Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit, und Generalmajor a. D. Prof. Dr. Willi Opitz, ehemaliger Rektor der Juristischen Hochschule Potsdam (JHP), der Redaktion der „Roten Fahne“ gegeben haben, wird dieser Weg nun fortgesetzt. Mit Fakten und Zahlen widerlegen sie die immer wieder neu inszenierten Lügen und Entstellungen zur Tätigkeit des MfS. Ausführungen über die Arbeit der

Informellen Mitarbeiter (IM) – offen, parteilich und selbstkritisch –, die „aktiv am Schutz der DDR“ und beim Aufbau einer „neuen, sozial gerechten Gesellschaft mitgewirkt haben“, nehmen breiten Raum ein. Neiber und Opitz klagen die Praktiken der BIRTHLER-Behörde an, die auftragsgemäß nicht müde wird, das MfS und dessen IM zu kriminalisieren. Offensiv nehmen sie zur Rolle der bundesdeutschen Justiz und der Geheimdienste der BRD in Vergangenheit und Gegenwart Stellung – ein Stück Klassenkampf, der andauert und in dem das MfS als „Mittel zum Zweck“ benutzt wird, um die These vom Unrechtsstaat im Massenbewußtsein etablieren zu können. Das Gespräch ist als Broschüre erschienen und wird mit Beiträgen von Oberstleutnant a. D. Dieter Skiba, Oberst a. D. Dr. Siegfried Ratazik, Oberst a. D. Dr. Reinhard Grimmer, RA Prof. Dr. Erich Buchholz und Oberst a. D. Dr. Wolfgang Stuchly ergänzt. Der Unbeugsamkeit dieser Genossen und vieler Nichtgenannter ist es mit zu verdanken, daß das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 15. Mai 1995 feststellen mußte: „Die Angehörigen der Geheimdienste der DDR hatten ... eine nach dem Recht ihres Staates erlaubte und von ihm sogar verlangte Tätigkeit ausgeübt.“ **Bruni Steiniger**

*Die Wahrheit über das MfS, Interview und weitere Beiträge, 80 Seiten, 3,60 Euro zzgl. Versandkosten, DRF, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel. 030/9 82 19 30, Fax 030/97 89 66 69*

Schlug man die Osterausgabe der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen (HNA) auf, dann lachte einem Herausgeber Dirk Ippen strahlend entgegen. „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche ...“ Ein „philosophisch angehauchter Computerfachmann“ klärte den Gutmenschen Ippen auf: „Luxus ist, in freiem Entschluß auf Ballast verzichten zu können und Platz zu machen für das, was Freude macht.“ Da erinnern sich die Vertreter von ver.di „gern“ an die Tarifverhandlungen im graphischen Gewerbe, wo ein Prozent mehr Lohn kein Glücksgefühl aufkommen ließ. Ippen, einer der ganz Großen im Mediengeschäft, der viele Zeitungen und Sender kontrolliert, weiß, daß Geben und Nehmen wichtig sind. Der Verzicht gehört

ken'. Damit wurden noch vor der Wahl des neuen Stadtparlaments vollendete Tatsachen geschaffen und wurde den neu gewählten Stadtverordneten eine enorme Hypothek aufgebürdet.“

„Bürgernähe“ braucht er mehr denn je, sind doch nur 37 % der Stimmberechtigten zur Wahl gegangen. Diese haben es wiederum mit Hilgens „Etat-Mehrheit“ gut gemeint und ihr 89,9 % des Votums gegeben. Sehr eindrucksvoll, bedenkt man, daß Kassel knapp 194 000 Einwohner und rund 142000 Wahlberechtigte hat. Sieht man jedoch genauer hin, dann verweigerte eine absolute Mehrheit der Bürger – fast 75 % – die Wahl oder wählte die Linken, was ein eindrucksvolles Veto gegen Hilgen und sein Sparkonzept ist.

in der Regel die Zahl der Beschäftigten vermindert wird, bei gleichzeitig kräftig sprudelnden Profiten.

Die strategische Konzentration des Ippen-Konzerns auf Kassel paßt auch dem Springerimperium sehr gut ins Konzept, soll doch ein Teil der BILD-Auflage hier gedruckt und von hier aus vertrieben werden. Deshalb wird der Ausbau des Flugplatzes Kassel-Calden von Ippen und seiner HNA nachdrücklich befürwortet und durch Hilgen politisch unterstützt. Über die Höhe der öffentlichen Fördermittel für das HNA-Vorhaben in Waldau darf in diesem Zusammenhang ruhig spekuliert werden.

Daß Ippen auf seiner Suche nach glücklichen und zufriedenen Menschen irgendwann den Karriereweg Bertram Hilgens kreuzen würde, liegt auf der Hand. Jahrgang 1954, begann dieser seine Laufbahn 1980 in Kassel. Schon 1986 übertrug ihm Hans Eichel (SPD) – zu jener Zeit OB der Stadt Kassel – die Leitung des Rechtsamtes. 1991 ging Eichel als Ministerpräsident nach Wiesbaden und nahm Hilgen mit in die Staatskanzlei der Landesregierung. Als die CDU im Jahre 1996 die SPD in Wiesbaden ablöste, ging „Hans im Glück“ als Finanzminister in die Schrödersche Bundesregierung. Hilgen wurde für drei Jahre Regierungspräsident in Kassel. Von 1999 bis zu seiner Wahl als Oberbürgermeister (2005) leitete er das kommunale Gebietsrechenzentrum (KGRZ) und war gleichzeitig einer der beiden Geschäftsführer des ITT-Unternehmens ekom 21.

Das Kommunalwahlergebnis vom 26. März 2006 war ein großer Vertrauensbeweis für das Linksbündnis: Mit 6,6 % der Wählerstimmen und fünf statt bisher zwei Mandaten sowie einem ehrenamtlichen Magistratsmitglied erhalten die Linke und viele Wahlverweigerer ein wichtiges Instrument zur politischen Einflußnahme.

Dieses Vertrauen gilt es zu rechtfertigen. Inzwischen hat sich die Fraktion der Kasseler Linken ASG konstituiert und mit ihrer Arbeit begonnen. Deren Grundlage muß das Wahlprogramm sein, welches große Unterstützung gefunden hat. Das Bündnis stellte seine Durchsetzungsfähigkeit unter Beweis. Die vorhandenen sozialen und politischen Kräfte müssen sich jetzt als außerparlamentarisches Element zur Unterstützung der Fraktion neu formieren. **Karl-Heinz Mruck**

## Linksbündnis holte in Kassel 6,6 % der Stimmen

dazu. „Daß Verzicht auch Spaß macht und daß es Glück bringt, sein Leben zu vereinfachen“, läßt sich in einem von ihm empfohlenen Ratgeber nachlesen.

Folgt man dem frühlingsberauschten, glückseligen Dirk Ippen, könnte man fast den Blick für die Realität des Kapitalismus verlieren. Da wird als „Fortschritt“ gefeiert, wenn Ackermann von der Deutschen Bank und der DaimlerChrysler-Chef Zetsche mit 11 Millionen bzw. 6,7 Millionen Euro ihren „Verdienst“ offenlegen. Dennoch, in den Chefetagen der Großbanken und Konzerne wächst das Unbehagen. Die bundesweiten Aktionen von ver.di und der IG Metall für mehr Lohn und sichere Arbeitsplätze sind nicht nur gegen die Bosse gerichtet. Sie wenden sich auch gegen die asoziale Politik der großen Koalition der Abzocker. Lohnklausen und Sozialabbau werden unter dem ständigen psychologischen Druck (Verlagerung/Schließung, Entlassungen, mal eben so 20000 bei VW) und der von den Medien geschürten gewerkschaftsfeindlichen Entsolidarisierung der „Unbeteiligten“ und (noch) „nicht Betroffenen“ erpreßt.

Die HNA vom 6. April 2006 begab sich auf die „Suche nach einem Sachkundigen“. Sie wurde auch fündig. Für das Blatt steht außer Zweifel: Kassels SPD-Oberbürgermeister Bertram Hilgen ist „kompetent, bürgernah, ein Mann für alle Fälle“. Der größte Schuldenberg in der Geschichte Kassels und die Vielzahl der angestauten Probleme können nunmehr dank Hilgens „guter Ideen“ abgebaut bzw. gelöst werden. In einem von der HNA „vergessenen“ Leserbrief heißt es dazu: „Bertram Hilgen ist ein Mann mit vielen Ideen. Ob sie immer gut sind, bleibt dahingestellt. So hat er bei der Abstimmung über den Haushalt 2006 Regie geführt und ihn auch ‚durchgewun-

Das neue Stadtparlament war noch nicht konstituiert, der neue Magistrat noch nicht gewählt, da prüfte Hilgen schon (Dresden läßt grüßen!), wie der Aufsichtsrat der Gemeinnützigen Wohnungsbau-Gesellschaft der Stadt „verändert“ werden könne. „Hilgen läßt derzeit untersuchen“, schrieb die HNA, „ob er dazu eine Mehrheit im Magistrat benötigt oder ob die Stadtverordnetenversammlung ihr Einverständnis geben muß“. Ohne Zweifel, ideenreich und bürgernah.

Trotz massiver Unterstützung durch die HNA bei der Oberbürgermeisterwahl am 27. Februar 2005 gingen im zweiten Wahlgang nur 42,5 % an die Urnen. Von diesen entschieden sich 53,38 % für Hilgen. Innerhalb eines Jahres fiel die Wahlbeteiligung damit um weitere 5,5 %. Obwohl Hilgen am 26. März nicht zur Wahl stand, war er in der HNA allgegenwärtig. Mit Bildern, die gewisse Journalisten so mögen. Mal im Kindergarten, mal bei der Heilsarmee oder mit einem Offizier der Bundeswehr, gerade zu Besuch aus Bosnien. Nichts sagen, nur freundlich lächeln. So gesehen, haben die Glückskinder Dirk Ippen und Bertram Hilgen gut lachen.

Im Herbst vergangenen Jahres wurde der Neubau eines riesigen Druckzentrums der HNA mit Investitionen in Höhe von 35 Millionen in Waldau gestartet. Vordergründig können Hilgen und Ippen auf die Zugkraft der Region im Herzen Deutschlands verweisen. Für Kassel sind jedoch weder nennenswerte Vorteile noch neue Arbeitsplätze zu erwarten. Die Erfahrungen mit solchen Investitionen belegen, daß



Aus: „The Guardian“, Sydney

Eine irreführende, aber lehrreiche Stellungnahme zur Rolle der Medien im globalen „Antiterrorkrieg“ der USA bei der Durchsetzung ihrer Großmachtinteressen war unlängst von Donald Rumsfeld zu vernehmen. „Die Welt“ berichtete darüber am 6. 3. 2006 unter der Überschrift „Warum Nachrichten Waffen sind“. Indem er den verschleiern den Begriff „Kommunikationsplanung“ verwendete, äußerte sich Rumsfeld wie folgt: „Wir führen heute den ersten Krieg im Zeitalter von E-Mail, Blogs, Blackberry, Instant Messaging, Digitalkameras, Internet, Mobiltelefonen, Radiosendungen mit Zuhörerbeteiligung und Nachrichten rund um die Uhr ... Selbst in den ärmsten Wohnvierteln finden Sie Satellitenschüsseln auf nahezu jedem Balkon oder Dach. ... Leider sind viele der Nachrichtensender, die über diese Schüsseln empfangen werden, dem Westen gegenüber feindlich eingestellt. In vielen Teilen der Welt dienen die Medien lediglich dazu, die Menschen aufzustacheln und die Wahrheit zu verdrehen – statt zu erklären und zu informieren.“

Es ist nicht überraschend, daß gerade das Springer-Blatt Rumsfelds Botschaft verbreitete. Bekanntlich spielte es im Vorfeld der Irak-Aggression eine – gut eingebettete – Vorreiterrolle in der psychologischen Kriegführung, insbesondere bei der Anstiftung zum Angriffskrieg, d. h. zum Bruch des Völkerrechts. Keine Lüge war der „Welt“ zu dreist, keine Haßpredigt zu niedrig, und keine Provokation zu scharf, um nicht kolportiert zu werden. Rumsfeld wendet sich u. a. gegen die seiner Ansicht nach „frei erfundenen Anschuldigungen über die Entweihung eines Korans durch USA-Soldaten“. Die von ihm als „Falschmeldung“ deklarierte Nachricht hatte anti-amerikanische Proteste in Afghanistan und Pakistan ausgelöst. Als wenn nach den Bildern aus USA-Folterhöhlen, auf denen entblößte Moslems in Haufen geschichtet oder an Hundeleinen vorgeführt werden, noch an der zum Programm erhobenen Islamophobie der Washingtoner Kreuzritter zu zweifeln wäre.

In dieses perfade Muster ordnet sich auch die Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen ein. Zufällig ist der bei der jüt-ländischen Jyllands-Posten für die Veröffentlichung verantwortliche Feuilleton-Chef Flemming Rose ein alter Bekannter des berühmten Samuel Huntington. Der Professor an der Harvard-Universität sah bereits 1996 Feindschaft und Krieg zwischen Islam und Christentum, chinesisch- und anderssprachigen Völkern heraufziehen. 1997 gab Huntington der Berlingske Tidende ein Interview. Seine Vorstellungen über den Zusammenprall der Zivilisationen dienten Rose gewissermaßen als Leitfaden. Es spricht alles dafür, daß es sich bei dem „Karikaturen-Zwischenfall“ um eine gezielte Provokation im Rahmen der psychologischen Kriegführung handelte, die sich in ein Gesamtkonzept zur ideologischen Mobil-machung für den prophezeiten „Kampf der Kulturen“ einordnet. Für Flemming Rose geht es laut „International Herald Tribune“ jedenfalls um „eine weit größere

Geschichte als bloß um die Frage von 12 Karikaturen in einer kleinen dänischen Zeitung“. Es gehe um den „Zusammenprall der westlichen Zivilisationen mit den islamischen Gesellschaften“.

Im besagten „Welt“-Artikel zeichnet Rumsfeld die Rolle der Medien im Krieg wie folgt: „Die freien Regierungen müssen die Kommunikationsplanung zu einem zentralen Bestandteil aller Aspekte dieses Kampfes machen. Tatsächlich wird das Vakuum, je länger es dauert, um so stärker vom Feind besetzt werden. ... Die staatlichen Anstrengungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und Diplomatie führen langsam zu einer Neuausrichtung bei Stellenbesetzungen, Zeitplänen und Verwaltungskultur, um die ganze Bandbreite der heutigen Medien einzubinden. Unsere Regierung muß die institutionelle

te Sache.(5) Der Gegner kämpft mit unerlaubten Waffen. (6) Der Gegner begeht mit Absicht Grausamkeiten, wir nur versehentlich. (7) Unsere Verluste sind gering, die des Gegners enorm. (8) Künstler und Intellektuelle unterstützen unsere Sache. (9) Unsere Mission ist heilig. (10) Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, ist ein Verräter.

Diese Prinzipien der Irreführung wurden auf dem Balkan, in Afghanistan und Irak konsequent angewendet. Apologeten des bürgerlichen Medienkartells wollen die Menschen glauben machen, daß die Auswahl der Nachrichten in der „Informationsgesellschaft“ mehr oder weniger zufällig, selten parteilich und ohne hintergründige Absicht geschehe. Sie werde vielmehr durch ein Heer „anony-

## „Aus gewöhnlich gut unterrichteter Quelle ...“

Fähigkeit entwickeln, vorausschauend und innerhalb desselben Nachrichtenzyklus zu handeln. Dies erfordert die Einrichtung von rund um die Uhr tätigen Pressezentren und die Aufwertung der Betreuung des Internets und anderer Kanäle auf den Status der Pressebetreuung des 20. Jahrhunderts. Die Rolle der traditionellen Printmedien geht zurück. Die Öffentlichkeit in den USA und der Welt verläßt sich immer weniger auf sie. Während des Kalten Krieges erwiesen sich Einrichtungen wie Radio Free Europe als wertvolle Instrumente. Wir müssen die Möglichkeit neuer Organisationen und Programme ins Auge fassen, die im Kampf gegen den Terror eine ähnlich nützliche Rolle spielen können. Wir führen einen Krieg, bei dem es um den Bestand unserer Lebensweise geht. Und der Schwerpunkt dieses Kampfes liegt nicht allein auf dem Schlachtfeld. Es ist ein Test des Willens, und er wird auf dem Feld der weltweiten öffentlichen Meinung gewonnen oder verloren.“

In ihrem Buch „Die Prinzipien der Kriegspropaganda“ nennt Anne Morelli, Geschichtsprofessorin aus Brüssel, folgende zehn Grundsätze imperialistischer „Öffentlichkeitsarbeit“:

(1) Wir wollen den Krieg nicht. (2) Das gegnerische Lager trägt die Verantwortung. (3) Der Führer des Gegners ist ein Teufel. (4) Wir kämpfen für eine gu-

mer“ Journalisten vollzogen. Diese These verkündet man, um Schuldige vor Strafe zu schützen. Es gibt keine persönliche Verantwortung für die Verbreitung von Lügen und Verleumdungen, wird behauptet. Man stütze sich in aller Regel auf „zuverlässige Informanten“.

Wie aber schürt man Kriegsstimmung und bleibt dabei selbst im Hintergrund? „Nach Angaben aus gewöhnlich gut unterrichteter Quelle ...“, „Politische Beobachter am Ort des Geschehens meinen ...“, „Aus Diplomatenskreisen ist zu erfahren ...“, lauten die Schutzbehauptungen.

Wer die „Freiheit der Information“ statt der „Pflicht zur Wahrheit“ fordert, hat die Freiheit zur Desinformation im Auge. Sie war, ist und bleibt der erste und wichtigste praktische Schritt zu jedem Krieg, wie die Erfahrung lehrt. **Dr. Erhard Kegel**



## Die Palästinenser – ein Sozialfall?

Was in den seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebieten geschieht, ist völkerrechtlich und hinsichtlich der Grundsätze der Menschlichkeit ein Skandal“, konstatiert die Pariser „Le Monde diplomatique“: „Die Palästinenser verlieren Jahr um Jahr mehr von dem, was ihnen an Territorium geblieben ist. Die jüdischen Siedlungen im Westjordanland werden ständig erweitert, und die illegale Mauer, die für die Bewohner dieses Territoriums ein riesiges Gefängnis schafft, wächst in die Länge. Und was den Gaza-Streifen betrifft, so gibt es trotz des triumphal verkündeten Abzugs der israelischen Armee und der Evakuierung von 8000 Siedlern noch immer keine Sicherheit für die dort lebenden Palästinenser. Die israelischen Luftangriffe fordern täglich neue Opfer unter der Zivilbevölkerung.“

39 Jahre nach dem Ende des Sechstagekriegs von 1967 leiden die Palästinenser unsäglich unter der Besatzung, dem Bau der Sperrmauer und der kolonialistischen Besiedlung der Westbank. Die Bantustanisierung des okkupierten Westjordanlandes (s. RF 1/03, S. 24) wird forciert. Als drastischen Höhepunkt hat Israel im April begonnen, den nördlichen Teil der Westbank komplett vom südlichen zu isolieren – ein katastrophaler Einschnitt für die palästinensische Bevölkerung. Die jetzt erfolgende Abkopplung der Gebiete unterbindet die Bewegungsfreiheit der Palästinenser und bildet drei voneinander isolierte Bantustans.

Wie von den USA und ihrem EU-Gefolge nachdrücklich gefordert und gegen israelische Bedenken durchgesetzt, fand am 25. Januar in den Palästinensergebieten eine demokratische Wahl statt. Nun verlangt der Westen von der vom Wahlsieger Hamas gestellten neuen Regierung ultimativ das, was die von der Fatah geführte palästinensische Autonomiebehörde längst unter Verzicht auf all ihre Trümpfe als Konzessionen an Israel und die „internationale Gemeinschaft“ geleistet hat. Sie

hat das Existenzrecht Israels anerkannt, ohne dafür die reziproke Anerkennung des Rechts der Palästinenser auf einen eigenen lebensfähigen Staat zu bekommen. Sie hat auf den bewaffneten Widerstand gegen die Besatzung verzichtet und die faktische Fortdauer der Kolonialisierung akzeptiert. Aber Israel ließ den eingeleiteten Friedensprozess scheitern und provozierte die zweite Intifada (s. RF 6/03, S. 19). Wiederholt besetzte die israelische Armee den größeren Teil des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens. Israelische Truppen zerstörten weitgehend die überwiegend EU-finanzierte Infrastruktur des palästinensischen Autonomiegebiets und errichteten zahllose militärische Sperren, was es der palästinensischen Bevölkerung immer schwieriger machte, innerhalb der Gebiete zu reisen, die ihr von ihrem Land noch geblieben waren. Der Lebensstandard der Palästinenser sank dramatisch.

Die Palästinenser wurden von allen Seiten im Stich gelassen. Israel und westliche Regierungen schoben Arafat, der in seinem Hauptquartier in Ramallah nicht nur physisch, sondern auch politisch unter Hausarrest gestanden hatte, alle Schuld für die verfahrenere Situation zu. Sie blockierten jede Verständigung. Die Hamas, die nach ihrer Formierung in den 80er Jahren zunächst von den Israelis als Gegengewicht gegen die Fatah und andere Gruppierungen der PLO unterstützt worden war, setzte den bewaffneten Kampf fort. Sie trug ihn durch die Selbstmordattentate in die Zentren der israelischen Städte. Das machte sie zum Objekt israelischer Vergeltungsschläge, die insbesondere in Gaza zahlreiche zivile Opfer forderten. Jassir Arafat und sein Nachfolger an der Spitze der palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, wurden von Israel, den USA und der EU ständig unter Druck gesetzt, die Hamas – wenn nötig mit Gewalt – zur Raison zu bringen. Die Spannungen zwischen der Fatah und der Hamas verschärften sich. Die Autono-

miebehörde inhaftierte militante Aktivisten. Doch die Palästinenser konnten einen Bürgerkrieg verhindern. Den erstrebt Israel aber auch weiter, um einen Anlaß zu erhalten, jeder Form von bewaffnetem Widerstand ein Ende zu bereiten.

Nach Erfolgen bei den Kommunalwahlen 2004/05 sammelte die Hamas auch konkrete Erfahrungen in der Verwaltung an der Basis. Sie verwies auf das Scheitern des Osloer Abkommens und der Kompromißpolitik der PLO, die keine realen Gegenleistungen in Sachen Eigenstaatlichkeit und Einstellung der israelischen Siedlungspolitik gebracht hatte. Auch daß sie ihre finanziellen Mittel neben dem bewaffneten Kampf gegen die Besatzungsmacht für soziale Zwecke einsetzte, machte die Hamas populär. So errang sie schließlich den Sieg in der Parlamentswahl.

Israel, die USA und ihr EU-Gefolge sind nicht bereit, dem palästinensischen Volk seine legitimen Rechte auf nationale Selbstbestimmung in einem lebensfähigen eigenen Staat, ja ihm elementare Lebensrechte zuzugestehen. Sie demonstrierten das nachhaltig mit dem Totalboykott der Hamas-Regierung. Diese menschenverachtende Politik bedeutet in erster Linie wirtschaftliches und soziales Chaos in den Palästinensergebieten, politische Destabilisierung und innerpalästinensische Konflikte. Ganz konkret heißt das: keine Milch für palästinensische Kinder, keine Medizin für die Kranken und Schließung von Krankenhäusern, keine Arbeit und kein Geld für die Millionen Arbeitslosen, kein Gehalt für Ärzte, Lehrer und Polizisten ... Israel hat Kurs darauf genommen, die Palästinenser zu Sozialhilfeempfängern zu machen, abhängig von den „humanitären Gütern“, die die Besatzungsmacht in den Gaza-Streifen und die zugeschnürten Bantustans läßt. Schließlich kann die Autonomiebehörde nur durch das Geld von anderen Staaten existieren, weil Israel die palästinensische Wirtschaft erdrosselt. „Gaza“, so war jüngst in der „Zeit“ zu lesen, „ist ein Sozialfall, dem kein Hartz IV helfen könnte.“

Die israelische Gush-Schalom-Gruppe (Friedensblock) warnt: „Kein Volk in der Welt würde sich einem solch brutalen und demütigenden Druck von außen unterwerfen. Die unvermeidliche Folge wird eine weitere Radikalisierung der palästinensischen Meinung sein und ein noch größerer Haß gegen Israel in der ganzen arabischen und muslimischen Welt.“

Ob die Palästinenser von Hamas, Fatah oder anderen Gruppierungen vertreten werden, Frieden und Sicherheit – für Israel und Palästina – sind nicht einseitig gegen palästinensische Interessen durch ein israelisches Diktat und das Verstoßen eines ganzen Volkes in vollständig von äußerer Versorgung abhängige Bantustans im Bereich der Westbank und des zum Gefängnis verkommenen Gazastreifens zu erreichen.

**Bernd Fischer**



„Du sollst Mädchen nicht nachschauen, die wir nicht kennen.“  
Aus: „Proletären“, Göteborg

## Volksarmee in Venezuela?

Rund 500 000 Freiwillige haben im März 2006 ein viermonatiges militärisches Ausbildungsprogramm begonnen, nach dessen Absolvierung sie der Territorialgarde der Bolivarischen Republik Venezuela angehören werden. Es ist das erste Kontingent von etwa 2 Millionen Zivilisten, die sich als Reservisten für die Landesverteidigung gemeldet haben. Im Sommer 2007 wird die südamerikanische Republik damit über die größte einsatzfähige Armeerreserve des Doppelkontinents verfügen. Die jüngste Rekrutierungskampagne ist ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der Pläne von Präsident Hugo Chávez, in Venezuela außer dem regulären Militär eine Volksarmee zu schaffen, die im Falle der Aggression oder einer konterrevolutionären Erhebung mit dem Imperialismus verbundener Kräfte sofort in Aktion treten könnte.

General Alberto Muller Rojas vom Oberkommando der Armee, der die neue Militärstrategie maßgeblich mit ausgearbeitet hat, erklärte hierzu: „Wenn zum Beispiel die USA eines Tages in Venezuela einfallen sollten – und das erwarten hier viele Leute –, dann könnte der einzige Weg zur Zurückweisung einer solchen Attacke ein voll entfalteter Guerillakrieg gegen die ausländischen Eindringlinge sein. Unsere Berufarmee besteht nur aus 80 000 Mann – man brauchte also Zivilisten, wie das in Irak der Fall ist.“

Führende Militärexperten sind offensichtlich, daß eine Reserve von 2 Millionen Mann – einer von fünf Erwachsenen – ausreichen würde, um potentielle Aggressoren von einer Invasion Venezuelas, des weltweit fünfgrößten Erdölproduzenten

und des fünfgrößten Rohöllieferanten der Vereinigten Staaten, abzuhalten. Übrigens haben auch viele staatseigene Unternehmen, darunter die gigantische nationale Ölgesellschaft PDV S. A., bereits

eigene Einheiten der Territorialgarde aufgestellt. Sie wurden ersucht, sich dem Ausbildungsprogramm der Streitkräfte anzuschließen.

**R. F., gestützt auf „The Guardian“, London**



Castro, Morales und Chávez in Havanna

## Bolivien verstaatlicht Öl- und Gasressourcen

Bolivians Staatspräsident, der linksstehende Indianerpolitiker Evo Morales, hat per Dekret die gesamten Öl- und Gasressourcen des Landes nationalisiert und zugleich in Havanna ein weitreichendes Handelsabkommen mit Kuba und Venezuela unterzeichnet. Die drei patriotischen Führer – Castro, Chávez und Morales – wollen künftig (bei aller Unter-

schiedlichkeit der Lage in ihren Ländern) gemeinsam gegen die Vorherrschaftspläne des USA-Imperialismus auftreten. Kuba und Venezuela werden für bolivianische Waren keine Zölle mehr erheben.

Wie Morales ankündigte, wolle seine Regierung den Bergbau und die Forstwirtschaft demnächst in die Verstaatlichung einbeziehen.

**S. R.**

## Politökonomien trafen sich in Shanghai

Vom 1. bis zum 3. April trafen sich auf Initiative und Einladung von Vertretern führender chinesischer Hochschulen und Forschungseinrichtungen Ökonomen und andere Gesellschaftswissenschaftler aus 15 Ländern. Sie erarbeiteten als theoretische Ausgangsposition den Entwurf eines Manifestes zur Thematik der „ökonomischen Globalisierung“ und beschlossen die Gründung einer Weltgesellschaft für politische Ökonomie, um sich regelmäßig im internationalen Rahmen über wichtige Entwicklungen auf dem Gebiet der Weltwirtschaft verständigen zu können. Die Beratung fand an der 1917 gegründeten Universität für Finanzen und Ökonomie in Shanghai statt. An der Begegnung nahmen 70 marxistische Ökonomen aus 15 Ländern – China, den USA, Japan, Rußland, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Kanada, Österreich, Belgien, Südkorea, Vietnam, Indien, Irland und Luxemburg teil.

Der Beitrag dieses Berichterstatters zum Thema „Engels und Marx über den Welt-

markt“ soll in den „Weißenseer Blättern“ (Mai/Juni 2006) publiziert werden.

Im Manifest der Tagung heißt es u. a.: „Der gegenwärtige Kapitalismus, der sich selbst als globalisierter oder neoliberaler Kapitalismus bezeichnet, hat eine wachsende Kluft zwischen dem menschlich-sozialen und ökonomischen Potential einerseits und den derzeitigen Folgen andererseits, die von der Weltbevölkerung zu ertragen sind, hervorgebracht.

Die neoklassische Ökonomie liefert keine wissenschaftliche Analyse des ökonomischen Systems. Statt dessen dient sie zur Rechtfertigung und Verherrlichung des neoliberalen Kapitalismus mit all seinen irrationalen Zügen.

Die marxistische politische Ökonomie bietet die beste Grundlage für die Analyse der gegenwärtigen Weltwirtschaft, sowohl in kapitalistischen als auch in sozialistischen Ländern. Sie liefert eine Grundlage zum Finden fortschrittlicher Lösungen für verschiedene Probleme der gegenwärtigen Weltwirtschaft. Sie kann auch den Weg für eine mögliche Ersetzung

des Kapitalismus durch den Sozialismus/Kommunismus überall in der Welt weisen, welche notwendig ist, wenn die Menschheit ihr soziales und wirtschaftliches Potential nutzen will.

Wir sind entschlossen, die marxistische Politische Ökonomie zu entwickeln und sie anzuwenden zur Untersuchung und Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Menschheit, die in dieser Zeit ungeklärt sind. Zu diesem Zweck beabsichtigen wir, Verbindungen unter marxistischen Politökonomien der Welt herzustellen und die Entwicklung von gemeinsamen Projekten zwischen ihnen zu fördern. Wir wollen dafür streiten, die Rolle der marxistischen politischen Ökonomie in der Ausbildung, in öffentlichen politischen Debatten und auf anderen Gebieten auszudehnen. Indem wir das Vorhandensein von verschiedenen Ansichten unter marxistischen Politökonomien zu verschiedenen Fragen anerkennen, stellen wir auch fest, daß unsere Gemeinsamkeiten wichtiger als unsere Differenzen sind.“

**Prof. Dr. Eike Kopf, Beijing**

## 10. Parteitag der KP Vietnams: Klarer sozialistischer Kurs

Vietnam gehört heute zu den Ländern mit der größten wirtschaftlichen Dynamik. Der 10. Parteitag der KPV (18. bis 25. April) hat die sozialistische Orientierung der Entwicklung des Landes nachdrücklich bekräftigt. Im Politischen Bericht wurde festgestellt, daß die Wirtschaft die nach den Ereignissen 1989/1991 eingetretenen Schwierigkeiten überwunden hat. Die jährlichen Zuwachsraten im Zeitraum 2001–2005 betragen 7,5 %. Industrialisierung und Modernisierung sowie die Entwicklung einer sozialistisch orientierten Marktwirtschaft wurden beschleunigt. Das Lebensniveau des Volkes konnte spürbar verbessert werden. Die sozialpolitische Situation ist stabil und die Position Vietnams in der Welt wurde gefestigt. Die Ergebnisse beweisen die Richtigkeit des auf dem 6. Parteitag vor 20 Jahren eingeleiteten Kurses der Erneuerung (Doi Moi), und der eingeschlagene Weg zum Sozialismus entspricht den Bedingungen des Landes, heißt es weiter im Bericht.

Mitunter findet man in westlichen Medien die Behauptung, Doi Moi sei die vietnamesische Perestroika. Dem ist nicht so: Die Perestroika hat zur Liquidierung des Sozialismus geführt, während Doi Moi den Weg zur Entwicklung des Sozialismus gestaltet.

Im Bericht an den Parteitag wird die sozialistische Gesellschaft in Vietnam wie folgt charakterisiert: „Ein wohlhabendes Volk in einem starken, gerechten, demokratischen und zivilisierten Land. Eine entwickelte Wirtschaft auf der Grundlage moderner Produktivkräfte und adäquater Produktionsverhältnisse, einer progressiven Kultur, durchdrungen von nationaler Identität. In einer solchen Gesellschaft ist das Volk von Unterdrückung und Un-

gerechtigkeit befreit, es führt ein freies und glückliches Leben. Diese Gesellschaft hat einen auf der Grundlage der Gesetze regierenden sozialistischen Staat des Volkes unter Führung der Kommunistischen Partei.“

Als wichtige Lehren der 20jährigen Politik der Erneuerung wurden hervorgehoben:

- Sicherung der nationalen Unabhängigkeit und des sozialistischen Zieles auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und der Ideen Ho Chi Minhs.
- Die Politik der Erneuerung muß für das Volk und mit dem Volk realisiert werden.
- Bei der internationalen Zusammenarbeit muß die nationale Unabhängigkeit, die sozialistische Orientierung und die nationale Kultur erhalten werden.
- Verstärkung der führenden Rolle der Partei und ihrer Kampfkraft.
- Aufbau eines sozialistischen vietnamesischen Staates des Volkes, der auf der Grundlage der Gesetze regiert wird, der die Rechte der Bürger und die Menschenrechte effektiv durchsetzt.

Für den Zeitraum des Fünfjahresplanes 2006–2010 ist ein jährliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 7,5 bis 8 % vorgesehen. Vietnam soll schnell den Status eines unterentwickelten Landes überwinden. Die sozialistisch orientierte Marktwirtschaft soll weiter ausgestaltet werden. Der staatliche Sektor spielt die führende Rolle in der Wirtschaft, er und der kollektive Sektor sollen mehr

und mehr zur stabilen Grundlage der nationalen Wirtschaft werden.

In dem überarbeiteten Statut der Partei wird das Ziel formuliert, ein „unabhängiges, demokratisches und starkes Vietnam mit einer gerechten und zivilisierten Gesellschaft frei von Ausbeutung zu errichten, die erfolgreich den Sozialismus und Kommunismus als endgültiges Ziel verwirklicht.“

**Rolf Berthold**



**Abführung eines USA-Piloten**

## Jaruzelski erneut vor Gericht

Anfang April 2006 hat ein vom sogenannten Institut des Nationalen Gedächtnisses (Instytut Pamięci Narodowej) eingeleitetes Strafverfahren gegen Wojciech Jaruzelski begonnen. Die Staatsanwälte des IPN beschuldigen den General, eine kriminelle Bande mit gewalttätigem Charakter organisiert und geleitet zu haben. Er habe den Staatsrat (Volkspolens kollektives Staatsoberhaupt) zur Legalisierung seiner Kompetenzüberschreitungen aufgehetzt. Es wird der Vorwurf erhoben, der Beschuldigte habe mit diesem Verbrecherverband und dessen krimineller Aktivität den Straftatbestand des Handelns gegen die Freiheit und öffentliche Ordnung erfüllt.

General W. Jaruzelski war in Volkspolen von 1968 bis 1985 Verteidigungsminister, seit März 1981 Ministerpräsident, seit

Oktober d. J. 1. Sekretär der PVAP und seit dem 13. 12. 1981 Vorsitzender des Militärrates der Nationalen Errettung (WRON), danach seit 1985 Vorsitzender des Staatsrats und von Juli 1989 bis Dezember 1990 Staatspräsident. Anschließend wurde er pensioniert, ist aber aus dem öffentlichen Leben des Landes nicht verschwunden. Politiker der rechten Parteien haben gegen ihn immer wieder politische und juristische Bezichtigungen vorgebracht. Er wurde vor dem Parlamentsausschuß sowie vom Gericht für die Einführung des Kriegszustandes und seine militärische Verantwortlichkeit bei den Gdanskener Ereignissen im Dezember 1970, als Armeeeinheiten zur Befriedung des Aufstandes eingesetzt wurden, gehört.

Der General saß etliche Male auf der Anklagebank, ist aber stets freigesprochen

worden. In einigen Fällen wurde das Strafverfahren ohne Urteil abgeschlossen. Der neuerliche Versuch, den betagten Militär wieder vor das Gericht zu zerren, stützt sich auf jenen Artikel des Strafgesetzbuches, der früher gegen Terroristen und Rädelsführer des organisierten Verbrechens angewandt worden ist.

Der jüngste Schauprozeß gegen Jaruzelski ist Ausdruck des negativ veränderten neuen Kräfteverhältnisses, das sich in Polen nach dem Machtwechsel im Herbst vergangenen Jahres herausgebildet hat. Die kirchlichen Parteien und andere Rechte wollen sich vom „Runden Tisch“-Abkommen verabschieden. Sie brauchen einen Medienerfolg. General W. Jaruzelski ist dabei die am besten geeignete Zielscheibe.

**Prof. Dr. Zbigniew Wiktor, Wrocław**

# Was wurde aus den griechischen Partisanenkindern in der DDR?

Am Gründungstag der DDR waren wir, sechshundvierzig griechische Jungen und Mädchen, Kinder von Partisanen, auf der Ehrentribüne in Berlin dabei. Die Situation wurde kritisch, als das Feuerwerk begann. So etwas erlebten wir das erste Mal, und da der Krieg bei uns noch allgegenwärtig war, hatten unsere Erzieher alle Mühe, uns zu beruhigen.

Die DDR war nun zu unserer zweiten Heimat geworden. Wir trafen uns häufig mit FDJ-Gruppen. Verständigen konnten wir uns anfangs nur mit Händen und Füßen. Gemeinsam besuchten wir viele Veranstaltungen. Je öfter wir zusammen waren, desto besser konnten wir einander verstehen.

Eine große Überraschung war für uns Weihnachten 1949. Die Frauenorganisation DFD lud uns nach Berlin ein. Ein wunderschön geschmückter Weihnachtsbaum versetzte uns in Erstaunen. Bei uns in Griechenland wurde zu Weihnachten ein Schwein geschlachtet, kein Baum geschmückt. In der Mitte des Saales stand eine lange Tafel voller Geschenke und bunter Weihnachtsteller. Dieses Fest war für uns ein unvergeßliches Erlebnis.

Ende Mai 1950 fand in Berlin das Deutschlandtreffen der Jugend statt. Wir Griechen aus Neue Mühle (südlich von Berlin) waren auch dabei, wie später bei den III. Weltfestspielen.

Im Juli 1950 kamen weitere 900 griechische Kinder aus Bulgarien in die DDR. Alle Altersgruppen waren vertreten: Kleinkinder, Kinder im Grundschulalter und Jugendliche.

Nach einem Intensivkurs zum Erlernen der deutschen Sprache begann 1950 unsere Berufsschulbildung. Es mußten Fertigkeiten erlernt werden, die für die Entwicklung der griechischen Wirtschaft besonders wichtig waren.

Das Komitee „Freies Griechenland“ mit Sitz in Radebeul bei Dresden legte in Zusammenarbeit mit den deutschen Verantwortlichen folgende Fachberufe fest: Mechaniker, Maschinenschlosser, Elektriker, Technischer Zeichner, Traktorist und Lithograph.

Ich nahm meine Lehre im VEB Elbtalwerk in Heidenau bei Dresden als Maschinenschlosserlehrling auf. Wir waren eine ziemlich große Gruppe aus Jungen und Mädchen. In der Lehrwerkstatt begannen wir, uns langsam mit dem Feilen, Sägen, Schleifen und Bohren anzufreunden. Manchmal ging auch etwas schief. Als meine Zimmerkameradin Anastasia Arabazi einmal ein Stück Eisen schleifen wollte, rutschte sie ab und kam mit dem Daumen an die rotierende Schleifscheibe. Dabei verletzte sie sich.

Im dritten Ausbildungsjahr erlebten wir den 17. Juni 1953. Plötzlich läutete am anderen Ende der Werkstatt eine Glocke Sturm. Unsere Meister waren sehr besorgt um uns. Als es zu Unruhen kam, wurden

wir gleich nach Hause ins Heim geschickt. Bald normalisierte sich das Leben wieder, und wir beendeten im Sommer 1953 die Berufsausbildung als Maschinenschlosser. Alle, die ein gutes Berufsschulzeugnis erhielten, wurden an die verschiedensten Fachschulen der Republik delegiert.

Uns ging es in der DDR nicht schlecht. Etwas aber quälte jeden im Innersten. Keiner wußte, wo sich die Angehörigen befanden und ob sie noch am Leben waren.

Der Widerstandskampf des griechischen Volkes – zuerst gegen die Faschisten, dann für die nationale und soziale Befreiung des Volkes – ging Ende August 1949 mit der Niederlage der Partisanen zu Ende. Alle, die den grausamen Krieg überlebten, emigrierten in die UdSSR und die Volkdemokratien Europas. Überall, wo dort griechische Emigranten lebten, wurden Listen mit deren Namen, Wohnort in Griechenland und ihrem gegenwärtigen Aufenthaltsort angefertigt und weitergeleitet. Auf einer von ihnen entdeckte ich den Namen meiner Schwester Jannula. Wir hatten uns in den Agra-fa-Bergen getrennt. Sie blieb als Partisanin zurück, wobei sie bei den Kampfhandlungen schwer verwundet wurde. Jetzt lebt sie in Zgorzelec in Polen.

In den Listen fand ich auch meine Eltern. Sie steckten in Ungarn in dem Dorf „Nikos Belojannis“. Später zogen sie zu meiner Schwester nach Polen.

1959 kam meine Mutter zu uns in die DDR, 1964 folgte ihr mein Vater, ein früherer Partisan. Beide Eltern sind schon lange tot. Meine Mutter starb noch in Karl-Marx-Stadt.

Doch zurück zu meiner eigenen Entwicklung. Am 1. September 1953 begann ich mit zwei weiteren Mädchen und sieben Jungen das Fachschulstudium in Wildau bei Königs Wusterhausen. Die Fachschule für Schwermaschinenbau besuchten wir

bis Ende Juni 1956. Es war eine anstrengende, aber beeindruckende Zeit. Wir wohnten im Internat. Dozenten und Studenten luden uns während der Feiertage und auch an Wochenenden zu sich nach Hause ein und stellten uns ihren Familien vor. Alle nahmen uns herzlich auf.

Ebenso sind mir die Einsätze in der Landwirtschaft während der Studienjahre im Gedächtnis geblieben. Das Fachschulstudium beendeten wir mit dem Titel Ingenieur für Kraft- und Arbeitsmaschinen. Gleichzeitig mit der Aushändigung der Ingenieurzeugnisse erhielten wir Arbeitsverträge für unsere weitere Berufstätigkeit. Das Internat verließen wir im Juli 1956. Ab jetzt waren wir auf uns selbst gestellt. Das Komitee „Freies Griechenland“ stand uns aber noch für einige Zeit mit Rat und Tat zur Seite.

Vom 3. bis zum 24. März 1983 waren mein Mann und ich zu einer Vorbeugekur im Sanatorium für Werktätige im Ostseebad Heiligendamm. Eines Tages sprach uns eine ältere Frau an. Sie erzählte, daß sie 1949 griechische Kinder bei einer Weihnachtsfeier in Berlin betreut habe. Ich freute mich sehr über die Begegnung mit Margarete Krebs, denn ich dachte öfter an das festliche Zusammensein im Jahre 1949 zurück. Ich habe mich immer gefragt, wo diese Feier stattgefunden hatte. Jetzt wußte ich es. Der Saal befand sich im Gebäude des Nationalrats der Nationalen Front der DDR.

Auf einem Symposium, das im Oktober 1974 stattfand, wurde folgendes Resümee gezogen: Fast alle griechischen Kinder in der DDR haben erfolgreich die Facharbeiterausbildung abgeschlossen. 140 von ihnen haben eine Fach- bzw. Hochschulausbildung absolviert. 121 besitzen einen Universitätsabschluß. 52 studierten zu dieser Zeit noch an verschiedenen Bildungseinrichtungen.

Als Ingenieure und z. T. mit akademischen Titeln versehen nahmen meine Landsleute ihre berufliche Tätigkeit in den Betrieben und Institutionen der DDR auf.

Mein Bruder Christos wurde Ingenieur für Elektrotechnik. Mein Mann Kyriakos ist Diplom-Gesellschaftswissenschaftler. Er studierte von 1964 bis 1967 in Berlin. Auch meine beiden anderen Geschwister beendeten in den sechziger Jahren ihr Studium. Mein Bruder Eleftherios wurde in Karlshorst als Diplom-Ökonom ausgebildet. Meine Schwester Theodora erwarb in thüringischen Ilmenau den Titel Ingenieur für Technische Glasverarbeitung. 1977 schloß meine Tochter Sotiria ihr Studium am Institut für Lehrerbildung „Clara Zetkin“ in Rochlitz ab. Anfang der 80er Jahre beendete mein Sohn Sokratis seine Lehre als Techniker für Datenverarbeitung und Büromaschinen im VEB Robotron Secura-Werke Berlin.



Am **9. Mai** beging der Autor, Regisseur und Szenarist

## Rudi Kurz

aus Berlin

seinen **85. Geburtstag**.

Wir gratulieren unserem engagierten Leser nachträglich auf das herzlichste.

**Aphroditi Polychronidu**

**1986.** Die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden und die Kulturstiftung Ruhr zeichnen gemeinsam verantwortlich für eine Ausstellung in der Villa Hügel in Essen. Es ist nicht das erstmal, daß der Dresdner Barock im westlichen Ausland gezeigt wird. Der Direktor des Kupferstichkabinetts, Werner Schmidt, läßt uns wissen, daß die Dresdner Kunstschatze zuvor schon 1967 im Nationalmuseum Stockholm, 1971 im Züricher Kunsthaus und 1978 in den Museen in Washington, New York und San Francisco gezeigt worden sind. Jetzt, 1986, endlich auch in der Bundesrepublik; hinkt die, was Normalität im Umgang mit einem anderen ungemochten Staat anlangt, auch auf diesem Gebiet hinterher? Psst, kein undiplomatisches Gerede, es geht alles nach Protokoll, und die Herren und die eine Dame westlicherseits – angefangen von Herrn Dr. h. c. Beitz bis zu Herrn Dipl.-Chem. Berthold von Bohlen und Halbach – benehmen sich höchst anständig und sind froh, daß sie die schöne Kunst, die von 1694 bis 1763 in Dresden gesammelt, von den anglo-amerikanischen Fliegern nicht zerstört, zum Teil von den Russen gerettet, restauriert und später zurückgegeben wurde, in Essen zeigen können. Nicht nur die Schätze Dresdner Museen, sondern auch Leihgaben aus Gotha und Leipzig werden in der Zeit zwischen dem 8. Juni und dem 2. November in Essen ausgestellt. „Die Verwirklichung dieser wichtigen Begegnung zwischen Dresden und Essen“, schreibt Beitz in seinem Geleitwort, „verdankt die Kulturstiftung Ruhr dem ungewöhnlichen Entgegenkommen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.“ Sein persönlicher Dank gebührt ihrem Staatsratsvorsitzenden, Herrn Erich Honecker, der die Erfüllung seines langgehegten Wunsches in großzügiger Weise ermöglichte. Das lesen wir in dem 450 Seiten starken Buch, das diese Ausstellung in umfassenden Sachberichten über die unterschiedlichsten Kunst- und Kulturbereiche vorstellt, das zahlreiche farbige und schwarzweiße Abbildungen von Gemälden und Plastiken, Porzellan, Waffen, Münzen, Möbeln und auch einigen Stücken, die man heute in der bayrischen Fernsehsendung als „Kunst und Krempel“ zu bezeichnen pflegt, enthält. Kein Wort von dem, was der Politiker Egon Bahr zum letzten Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz kurz nach 1989 sagte, daß die Politik der BRD nie ihr Ziel, nämlich die

Vernichtung der DDR, aus dem Auge verloren habe. Damals, 1986, hat man sich im Westen auch noch vom Kulturminister der DDR, Dr. Hans-Joachim Hoffmann, ohne Widerspruch sagen lassen: Diese Kunstschatze, Zeugnisse der Kunst ihrer Schöpfer, des Fleißes des deutschen Volkes, der Sammelleidenschaft und Kunstliebe aufgeklärter Fürsten und Könige, seien eine Mahnung an das Gewissen der Völker der Welt. „Vor allem die beiden deutschen Staaten sind aufgefordert, dafür zu sorgen, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht, aktiv dafür einzutreten, daß Leben und Erbe der Menschen nicht in einem atomaren Inferno untergehen.“ Ein aufgeschlossenes und zahlreiches Publikum wünschte sich Hoffmann, „viel Freude an der Schönheit der Kunst und

sammlungen, Museen, Archiven, Bibliotheken und der Technischen Universität damals tätig waren und für die Beiträge in diesem Buch verantwortlich zeichnen, geworden sein? Wie viele von ihnen werden bis heute, vorausgesetzt, sie haben das Rentenalter noch nicht erreicht, in diesen oder vergleichbaren Stellungen tätig sein? Wie viele von ihnen aber werden unter das Verdikt gefallen sein, das einer aus dem Westen 1990 gegenüber der DDR-Intelligenz so formulierte: „Wir werden sie nicht in Lager sperren, das haben wir nicht nötig, wir werden sie an den sozialen Rand drängen.“

Aber ich möchte nicht mit solch grimmigen Bemerkungen das erneute Ansehen der Kunstwerke in dem schön und reich gestalteten Buch beenden, sondern lasse meinen Blick auf der herrlichen Flora-

## Es war einmal: Begehrtes Dresdner Barock

interessante Gespräche über die Grundfragen unserer Zeit“.

Wie diese deutsch-deutschen Gespräche über Grundfragen drei Jahre später ausgegangen sind, ist in meinem Kopf lebendig, wenn ich heute das Buch durchblättere, das damals in der Edition Leipzig erschien und das ich hierzulande unterm Ladentisch der Frau Voß in der Buchhandlung des Kulturbundes in der Otto-Nuschke-Straße, heute wieder Jägerstraße, erwarb. Für 65 Mark. Er ist nur mit Bleistift auf der letzten Seite deutlich vermerkt, eingedruckt erscheint kein Preis; ich nehme einmal an, daß die Publikation in der Villa Hügel und anderswo in der Bundesrepublik für etwas mehr und zwar in Deutscher Mark angeboten und verkauft wurde.

Was, zum Beispiel, wird aus den fast vierzig Autorinnen und Autoren, welche als Direktoren, Kustoden, wissenschaftliche Mitarbeiter, Dozenten und Bibliothekare in den verschiedensten Dresdner Kunst-

Skulptur auf Seite 69 verweilen. Um 1725 sei sie von Christian Kirchner geschaffen worden. Ihre Höhe beträgt 137,8 cm und sie gehörte wahrscheinlich, wie uns Martin Raumschüssel wissen läßt, zu einer der Gartenskulpturen, wie sie für den Hof oder den sächsischen Landadel gefertigt wurden. Und damit man sich eine gewisse Vorstellung von dem prächtigen Weibsbild machen kann, zitiere ich folgenden Text: „Der faunische Gesichtsschnitt mit schräg gestellten Augen über vorstehenden, hoch angesetzten Jochbeinen und gespitzten Lippen findet sich vornehmlich an Köpfen Christian Kirchners ... Auch an der Art, wie das Untergewand den Körperformen anliegt und sie durchscheinen läßt (ich, der ich das Abbild der Dame vor mir habe, versichere, daß dieselben von untadeliger Art und höchst eindrucksvoll das Wesen sächsisch-weiblicher Schönheit darstellen), wie es sich über den Formen der Brust ein wenig öffnet und der Mantel unten in straffe, scharfkantige Falten gezogen ist, steht die Figur den späteren Arbeiten Kirchners so nahe, daß an ein eigenhändiges Werk zu denken ist.“

Barock in Dresden, unsterblich schön. Der Betrachter dieser Flora versichert, der Mann, der sie schuf, verdient ein Fäßchen Wein, der Mann, der sie beschrieb, wenigstens einige Flaschen. Und der, der sie lobt, bekommt von der sächsischen Eheliebsten einen Kaffee gereicht, der aus Wien nach Preußens Hauptstadt gelangt ist, die zu lieben uns auch der neue Potsdamer Platz nun schon gar nicht gestattet.



**A**m 21. Juni  
begeht der Schriftsteller

**Erik Neutsch**  
aus Halle,

Mitglied des RF-Fördervereins, seinen **75. Geburtstag.**

Redaktion und Verein wünschen  
dem profilierten Kämpfer mit der Feder von Herzen  
bestmögliche Gesundheit.

**Armin Stolper**



Die Beziehung zwischen Willi Bredel und seinem väterlichen Freund Martin Andersen Nexö wurde durch Bredels Lebensgefährtin und spätere Ehefrau Maj Olson noch enger. Zwischen dem Dänen, der von Oktober 1943 bis November 1944 im schwedischen Exil lebte, und der Schwedin gab es viele politische, literarische und landsmannschaftliche Berührungspunkte. Die enge Freundschaft zwischen den beiden deutsch-skandinavischen Ehepaaren – Nexös Ehefrau Johanna war Deutsche – belegt das Tagebuch von Maj Bredel aus der Zeit Mai/Juni 1954. Diese handschriftlichen, bisher unveröffentlichten Aufzeichnungen stellte uns dankenswerterweise ihre Tochter Anna-Maj Kraus im Sommer 2005 zur Verfügung.

Am 15. 6. 1954, 14 Tage nach Nexös Tod, schrieb Maj Bredel in ihr Tagebuch: „Lieber guter Morten! 18 Jahre war ich alt, als ich Dich zum ersten Mal sah und hörte. Es war im ‚Auditorium‘ in Stockholm. Damals war ich noch nicht in der Bewegung der Kommunisten, sondern noch im Sozialdemokratischen Jugendverband. Damals, ich weiß es noch wie heute, hast Du gesprochen über die sozialdemokratische Bewegung Dänemarks. Es gab mir viel zum Nachdenken.“

Diese Veranstaltung muß folglich 1932 stattgefunden haben, Maj Olson begegnete Martin Andersen Nexö, der zu diesem Zeitpunkt lange mit der Sozialdemokratie gebrochen hatte, also zwei Jahre früher als ihr späterer Ehemann Willi Bredel. Ob die junge Schwedin und der berühmte Schriftsteller in den folgenden Jahren, als sich beide im Rahmen der „Roten Hilfe“ für deutsche Emigranten in Dänemark bzw. Schweden engagierten, Kontakt zueinander hatten, ist nicht belegt. Bekannt war die rote Maj Andersen Nexö und seiner deutschen Frau Johanna aber sicherlich durch ihre Sendungen für das schwedische Programm von Radio Moskau, das sie als Redakteurin und Sprecherin seit 1941 maßgeblich mitgestaltete. Vermutlich sind sich die Redakteurin und der „Rote Wikinger“ während seines Exils in der Sowjetunion von November 1944 bis Juni 1945 auch persönlich begegnet. Seit Andersen Nexös erstem Deutschlandbesuch nach dem 2. Weltkrieg in der sowjetischen Besatzungszone, 1947, gab es intensive Kontakte zwischen Willi und Maj Bredel und den Nexös.

In meinem Artikel im vorigen Rundbrief über Andersen Nexö erwähnte ich einen Brief vom 21. 4. 1954, in dem er Willi Bredel bat, ihn in Dresden zu besuchen, und schrieb: „Ob es noch zu diesem Besuch kam, war bisher nicht zu ermitteln.“ Nun gibt Maj Bredels Tagebuch die Antwort:

„Am Freitag rief Fritz Schällicke vom Dietz-Verlag an. Martin ist krank – sagte er – und wünscht euch zu sprechen. Nun sind wir am Sonnabend und Sonntag bei ihm gewesen. Wie ist er doch schwach geworden, unsere starke unbeugsame skandinavische Eiche. Er verlor manchmal das Bewußtsein. So schien es mir wenigstens. Aber es kann sein, daß er nur sehr weit (weg) war mit seinen Gedanken. Denn



Maj Bredel, Moskau 1937

Roten) ... Ganz still lagen seine Hände auf der Bettdecke. Sie waren sehr weiß und sehr schön. Wie das Baumwerk gezeichnet. Einige Stunden später nannte er in einem Gespräch mit Ruth Berlau, seiner dänischen Landsmännin, diese Hände Maulwurfshände. Ja es waren schöne Hände, die da ruhten. Wie arbeitsam, wie fleißig waren sie gewesen. Gewesen? Ja, ich glaube, daß diese Hände für immer ruhen werden. Lieber guter Vater Martin. Laß deine Hände ruhen. Sie sind so müde, diese Hände, denn sie trugen so viele Sorgen, die Sorgen von Pelle und Ditte, die Sorgen aller deiner Genossen. Aber wir werden immer ehrfurchtsvoll an deine Hände denken, an die Maulwurfshände von Morten, dem Roten.“

Maj Bredels Vermutung sollte sich leider bald bestätigen. Am 2. 6. 1954 notierte sie in ihrem Tagebuch: „Gestern Abend starb Martin, einer der größten aller Söhne Dä-

## Maj Bredel über Morten, den Roten

seine Augen waren ungewöhnlich weit aufgerissen, und es lag in seinen hellen warmen Augen die ganze Weisheit dieser Welt. Manchmal lächelte er, und plötzlich sprach er auch. Er sprach sehr langsam, und in seinen Worten war eine so große Wärme, so viel Menschlichkeit, daß wir, die wir um ihn saßen, ganz still blieben, um nur dieser Stimme lauschen zu dürfen ... Er sprach über das, was sein Leben war: über seine sozialistischen Gedanken, über die großen Taten unserer Menschen, ihre Aufopferungskraft. Und er sprach über die Schwächen der Umbruchszeit. Sprach darüber, wie Menschen, die zur Macht gelangt sind, sich manchmal verändern. Früher ganz brauchbare Menschen – jetzt aufgeplusterte Frösche und nichts dahinter. *Die Frösche sind gefährlich für unsere Bewegung*, so sagte er. Sie schrecken uns die Menschen weg. Und doch: Das Wichtigste, die große leuchtende Zukunft – das ist das Wichtigste. Sie steht vor uns, diese Zukunft. Sie ist immer da in unseren Gedanken. Sie ist es, die uns immer beschäftigt. Unsere Kinder, ihre Kinder – kommende Generationen mit ihren Kämpfen, ihren Siegen ... Die menschlichen Unzulänglichkeiten dagegen – wie kleinlich. Nein! *Das große Ziel vor Augen haben, das ist unsere Pflicht, und dann können wir auch nicht irren*. Ja, so sprach der große Dichter Martin Andersen Nexö, und seine Augen glänzten dabei wie das blaue leuchtende Wasser, das Dänemark umspült. Und dann schlief er ein wenig, und wir saßen um sein Lager und bewachten seinen Schlaf ... Und Martin lächelte wieder. „Köm til mej, Maj“ [Komm zu mir, Maj, der Verf.] sagte er zu mir, „denn ich muß dir was sagen. Dat är slutt med Morten, den Rode“ – (Es ist Schluß mit Morten, dem

nemarks. Morten, der Rote, ist tot. Seine Maulwurfshände liegen ganz still. Nie waren sie früher still. Nur der Tod konnte diesen Händen Ruhe bringen. Wir trauern um Martin. Unsere große Familie trauert. Millionen Kinder der sozialistischen Familie von der Elbe bis Vietnam. Das offizielle Dänemark trauert nicht. Aber das wahre Dänemark trauert um Martin. Uns, seine nächsten Freunde und Genossen, hat sein Tod sehr erschüttert. Viele Jahre sprachen wir davon, daß Martin alt ist. Wir bewunderten seine Energie, seinen Lebensmut. Wir schüttelten immer erstaunt den Kopf, als wir seine Grüße erhielten: aus Kopenhagen, aus Moskau, aus verschiedenen Städten. Eine richtige kräftige Eiche sagten wir. Und doch wußten wir, daß es nicht so war. Er war schon lange nicht mehr körperlich stark. Sein starker Geist, seine unendlich große Freude am Leben hielten ihn so aufrecht, so grade ... Alles, was wir sagen können, ist danke! Danke Martin! Du warst ein wahrer Mensch.“

Auf einer Gedenkveranstaltung im Großen Haus des Dresdener Stadttheaters sprach auch Willi Bredel. Der Leichnam Andersen Nexös wurde feierlich mit einem Schiff von Warnemünde nach Dänemark überführt. Bredel begleitete den väterlichen Freund auf seiner letzten Reise.

Hans-Kai Möller

Mit Genehmigung des Autors und der Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e. V., Hamburg, deren Rundbrief 2006 dieser Beitrag leicht gekürzt entnommen wurde.

Der Rundbrief ist bei der WBG, Im Grünen Grunde 1 b, 22337 Hamburg, zu bestellen.

Der sehr produktive und erfolgreiche sorbisch-deutsche Schriftsteller Jurij Brezan wurde vor 90 Jahren am 9. Juni 1916 geboren und verstarb am 12. März 2006. In dem Porträtfilm und Filmessay „Suche nach Glücksland“ ermöglichten 1989 Konrad Herrmann und Elke Schieber nicht nur einen Besuch bei Jurij Brezan, und einen Blick in die Landschaft des Dichters, sondern auch einen szenischen Ausflug in die Welt seiner literarischen Figuren. Den Filmleuten ging es nicht um den biographischen Nachvollzug eines Lebensweges. Sie interessierte der Horizont, der sich von jenem Standort aus einem Erfinder und Erzähler von Geschichten auftut. Die Filmemacher forschten nach den „verborgenen Quellen“ für das Schreiben dieses Schriftstellers, mit dem er Geschichtliches, Heutiges und Zukünftiges, Alltag, Märchen, Mythen und Legenden zu vereinen suchte. So zieht der unsterbliche sorbische Volksheld Krabat mehrfach durch das Schaffen Brezans, ob in der Übersetzung „Die Sage vom Meister Krabat“ (1955), in der neuartigen Krabat-Vision „Die schwarze Mühle“ (1968) oder seinem großen Roman „Krabat oder Die Verwandlung der Welt“ (1976), der an die freie Komposition des Bulgakowschen Faust-Romans erinnert. Letzterem folgte Brezans „Krabat oder Die Bewahrung der Welt“ (1995).

Auch in seinen Erzählbänden und Romanen stellte Brezan immer wieder das Brauchtum, die Sitten und die Kultur seines sorbischen Volkes vor, ob in „Der Mäuseturm“ (1970), „Die Vogelhochzeit“ (1986), „Der Brautschmuck“ (1979) oder „Geschichten vom Wasser“ (1986). Schon sein erstes Buch „Auf dem Rain wächst kein Korn“ (1951), enthielt sorbische Erzählungen und Gedichte, während in seinem ersten Roman „52 Wochen sind ein Jahr“ (1953), der auch verfilmt wurde, von der Entwicklung eines sorbischen Dorfes und einem Vater-Sohn-Konflikt erzählt wurde. Brezans vieldiskutierte und mehrfach verlegte Erzählung „Christa“ (1958) erschien auch in der tschechischen, serbokroatischen und belorussischen Sprache. Mit seiner Felix-Hanusch-Trilogie errang der Autor einen festen Platz in der Literatur. „Der Gymnasiast“ (1958), „Semester einer verlorenen Zeit“ (1960)



## Jurij Brezans Werk lebt

und „Mannesjahre“ (1962) erreichten jeweils zwischen mindestens vierzehn und zwanzig Auflagen. Die gesamte Trilogie erschien in Polen und Teile in England, Holland, Ungarn, der Slowakei und anderen Ländern. „Mannesjahre“ wurde als Theaterstück und in einem Fernsehspiel Millionen Menschen vorgestellt. Brezans Hanusch-Trilogie verglich man zu Recht mit Erwin Strittmatters „Wundertäter“-Trilogie und Herbert Jobsts Adam-Probst-Trilogie. Verwiesen sei auch auf Brezans Kinderbücher wie „Die Abenteuer des Katers Mikosch“, „Der Elefant und die Pilze“ und „RIFKO. Aus dem Tagebuch eines Dackels“. Nach Brezans autobiographischem Essay „Sophokles und Seilerhütte“ (1980) fand sein Roman „Das Bild des Vaters“ (1981) eine breite Resonanz, da es ihm hier mit Feingefühl und hoher Sensibilität gelang, die Psyche eines betagten, einfachen Menschen an seinem Lebensende allseitig auszuleuchten. Der Autor ging der Frage nach: „Was aber ist das: in Würde durch das Leben gehen?“ Mit diesem Werk setzte Brezan seinem Vater ein allgemeingültiges und nachhaltig wirkendes literarisches Denkmal. Nach diesem Werk entstand ein Opernlibretto für den Komponisten Günther Schwarze, womit ihn das deutsch-sorbische Volkstheater Bautzen beauftragt hatte. In seiner Autobiographie „Mein Stück Zeit“ (1989) mit dem Arbeitstitel „Reise nach Olim“ ging er der Frage nach: Was hat mein Leben geprägt? Brezan rekapitulierte nicht schlechthin seine Erinnerungen aus den Jahren 1939 bis 1945, sondern beleuchtete diese aus der Gegenwart heraus für unser Heute. Aus seinem Schreiberleben berichtete der 83jährige Autor, der seit 1949 freischaffender Schriftsteller war, in „Paß und Zoll“ (1999). Der Leser erfuhr nicht nur vom

schwierigen Werdegang seines „Krabat“-Romans und anderer Bücher, sondern erhielt auch Einblicke in das Verlags- und Kunstgeschehen der DDR seit den 50er Jahren. Eine vergnügliche Schwejkiade legte Brezan mit seinem Roman „Die Leute von Salow“ (1997) vor. Trickreich und gewitzt gelang es den Bewohnern eines Dorfes, die Bemühungen einer Behörde zu durchkreuzen, die ihr Land und Eigentum aus den geschichtlichen Zusammenhängen reißen wollte.

Ehemals „volkseigen“ genanntes Eigentum sollte um jeden Preis privatisiert werden. Der Leser erkannte unschwer, Salow war nach der „Wende“ überall im deutschen Osten. Brezans jüngste Veröffentlichung im Domowina-Verlag ist „Die Jungfrau, die nicht ins Bett wollte“, eine Sammlung sorbischer Märchen. Die Erzählung „Der alte Mann und das enge Weite“ sollte eine Geburtstagsfreude für den Schriftsteller sein und mußte postum erscheinen. In all seinen Prosawerken wird Heiteres und Ernstes, Märchenhaftes und Legendenhaftes aus der Welt des sorbischen Volkes phantasievoll und poetisch verwoben, werden Träume, Wünsche und Sehnsüchte an das Leben reflektiert. Brezan vermochte es, aus kleinsten Begebenheiten aufregende Geschichten zu gestalten, in denen er sich als poetischer Zauberer und sanfter Verführer offenbarte. Überblickt man das ungewöhnliche und reichhaltige literarische Lebenswerk, so erkennt man, Jurij Brezans Geschichten waren immer Geschichten vom Anderswerden der Generationen. Sie sind tief mit dem einfachen Volk und seinem Brauchtum – speziell dem sorbischen – verwurzelt und boten gleichzeitig unaufdringlich „Denkmöglichkeiten“ an.

Dieter Fechner

Am 15. Mai 2006 ist der große deutsche Schauspieler und aufrechte Kommunist

### Eberhard Esche

im Alter von 72 Jahren nach schwerer Krankheit gestorben.

Wir trauern um einen engagierten Künstler und Menschen, der sich unserem „RotFuchs“-Projekt eng verbunden fühlte.

**K**laus Mann, der älteste Sohn Thomas Manns, des Nobelpreisträgers von 1929, verließ mit seiner Schwester Erika am 13. März 1933 Nazideutschland. In seiner Autobiographie „Der Wendepunkt“ bekannte er: „Wir konnten nicht zurück. Der Ekel hätte uns getötet ... Die Luft im Dritten Reich war für unsere Lungen nicht zu atmen. In der Heimat drohte der Erstikungstod ...“ Und er kämpfte von Anfang an gegen Hitler, wenn auch begleitet von Depressionen, Verzweiflung und Todessehnsucht. Bereits im September 1933 redigierte er eine der angesehensten Exil-Zeitschriften, die „Sammlung“. Nach Aufenthalt in Paris und Amsterdam ging er in die USA. Nicht nur seine umfangreiche publizistisch-literarische Tätigkeit ist Beweis für aktive Aufklärungsarbeit und Widerstandswillen, sondern auch sein Engagement auf dem Pariser Schriftstellerkongreß 1935 für ein Bündnis aller antifaschistischen Intellektuellen.

Das Eintreten für die Verwirklichung der Volksfrontpolitik und die Arbeit als Berichterstatter für die „Pariser Tageszeitung“, gemeinsam mit seiner Schwester, legen Zeugnis davon ab. Sechs Jahre lang war für ihn die Volksfrontdiskussion von zentraler Bedeutung. Selbst zu einem Zeitpunkt, als die Gegensätze zwischen den politischen Gruppierungen des deutschen Exils bereits unüberbrückbar geworden waren, im April 1939, bekannte er in einem Kommentar zur Resolution der Berner Parteikonferenz der KPD sein Einverständnis mit der Position der deutschen Kommunisten „in fast allen Punkten“.

Es ist schon erstaunlich, wie und mit welchen Ergebnissen sich die geistig-politische Annäherung an die Kommunisten vollzog. Man sollte nicht vergessen: Klaus Mann war kein Kommunist und wollte es auch nicht sein, sondern ein linksbürgerlicher Schriftsteller. Folgerichtig war, daß er, gemeinsam mit Schwester Erika, wesentlichen Anteil daran hatte, daß Thomas Mann 1936 den öffentlichen Bruch mit dem Hitlerregime vollzog und sich zur antifaschistischen Emigration bekannte. Es war genauso konsequent, daß Klaus die Vorgänge in Deutschland, den sozialen Charakter des Faschismus, den Platz Hitlers und das Wesen der Nazidemagogie fast so wie die KPD beurteilte. Es gab allerdings auch Differenzen zu dieser. Ein Sozialismus ohne persönliche Freiheitsrechte war für ihn „autoritär“ und unannehmbar. Er forderte die Kommunisten auch zu ernster Selbstkritik auf, und überhaupt alle antifaschistischen Kräfte, denn er sah in politischen Fehlern der Hitlergegner eine wichtige Ursache für die Errichtung der Nazi-Diktatur.

Am 22. Juni 1938 verließen die Mann-Geschwister Paris und reisten über Perpignan zunächst nach Barcelona, von dort mit dem Flugzeug weiter nach Alicante, Valencia, Tortosa an der Ebrofront und schließlich nach Madrid.

## Die Mann-Geschwister im Spanischen Bürgerkrieg

In dem Aufsatz „Zurück von Spanien“ heißt es: „Das Herz ist erfüllt und bewegt von den tausend Bildern dieser heroischen Wirklichkeit ... (sie) haften für immer in unserem Gedächtnis“. Und weiter: „Dies Erlebnis, das spanische Volk im Kampf zu sehen gegen die Feinde seiner Freiheit, die die u n s e r e n sind, dies Erlebnis ist unaustilgbar, und es ist das schönste, was uns in der Verbannung begegnet ist.“ Geschrieben unter dem unmittelbaren Eindruck der Reise, zeigten sich bald die Schatten neuer, tragischer Ereignisse:



Klaus Mann

das Münchener Schandabkommen und die sich abzeichnende Tragödie der Spanischen Republik. Und dennoch hat das Spanienerlebnis, wie bei so vielen Schriftstellern, tiefe Wirkung hinterlassen, sowohl politisch als auch künstlerisch.

In den Reportagen, die Klaus Mann für die „Pariser Tageszeitung“ schrieb (später zusammengefaßt im Essay-Band „Das Wunder von Madrid“) wurden die entscheidenden Gesichtspunkte der antifaschistischen Spanien-Publizistik deutlich:

1. der Zusammenhang zwischen dem Krieg und den deutschen Volksfrontaktivitäten,
2. die internationalen Aspekte des Krieges, einschließlich des deutschen Aspekts (Legion Condor/Interbrigaden),
3. die Rolle des Krieges bei der Verteidigung der Demokratie einerseits, zum anderen bei der Vorbereitung des Weltkrieges durch den deutschen Faschismus.

Worum es in diesem Krieg ging und worin ihre Aufgabe als antifaschistische Reporter bestand, wußten die Geschwister genau. Die Wertungen, die Schwerpunktsetzung, die Analyse, der hohe Grad der

Informiertheit und nicht zuletzt das politische Denk- und Urteilsvermögen, der Blick für die weltgeschichtliche Situation beweisen das. Erika und Klaus fühlten sich in ihren Entscheidungen bestätigt. In der Reportage „Das Wunder von Madrid“ (Madrid ist nie im Kampf gefallen, erst im März 1939 im Innern gelähmt durch den Putsch Oberst Casados) schreibt Klaus: „Schwer geprüft ist die große Stadt Barcelona; Furchtbares hat Valencia auszustehen. Aber die härteste Prüfung war Madrid vorbehalten. Dort liegt u n s e r Feind ...“ Erika fesselte geradezu das „Wunder der antifaschistischen Einheit“. Das Spanienerlebnis zwang die Mann-Kinder zur Überprüfung der bisherigen Standpunkte und Haltungen. „Ein bedeutendes, unvergängliches, nie wieder zu vergessendes Stück Geschichte. Sie haben die Barbaren zurückgeschlagen in zwölf Stunden, als schon beinahe alles verloren schien.“ Nicht nur in den Reportagen für die „Pariser Volkszeitung“ zeigte sich der politische Standpunkt Klaus Manns. Die Spanienerfahrungen fanden in seinem wohl besten Exilroman „Der Vulkan“ ihren Niederschlag, auch im berühmten „Mephisto“.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß insbesondere die Begegnung mit Oberst Hans Kahle (Kommandeur der XI. Internationalen Brigade, dann Divisionskommandeur) großen Eindruck bei Erika und Klaus hinterließ. Erika Mann hat ein Gedicht für „ihren“ Hans Kahle geschrieben. Es erklärt alles, wenn es da heißt: „Lieber Hans, in Deinen Nächten wär ich bitterlich allein, wenn die zärtlichen Gedanken nicht so häufig Dein gedächten, und Dich brächten, Du trittst ein ... Du bist hier, ich lebe gerne, und ich liege Dir im Arm ... Gefahr droht unsren Welten, allem, was wir je geliebt. Ist es bitter, so zu leben? Aber herrlich, zu vergelten, wenn die Stunde sich uns gibt.“ Geschrieben im Juli 1938 in Paris, muß das Thema Spanien, als Klaus und Erika wieder beim „Zauberer“ im amerikanischen Exil waren, eine bedeutende Rolle gespielt haben. Und Vater Thomas, dessen Sympathie Volksfrontspanien ebenso gehörte, schrieb am 24. 12. 1938 einen sehr herzlichen, in warmen Worten gehaltenen Brief an „General Hans“. Er lud ihn ein, nach Princeton in sein „geräumiges Haus“ zu kommen, „recht bald“ und „wann immer für wie lange immer es ... paßt“.

Zu diesem Besuch ist es nicht gekommen, denn Hans Kahle wurde 1940/41 in Kanada und Großbritannien interniert. Er gehörte der Leitung der KPD in Großbritannien an, arbeitete journalistisch und kehrte im Februar 1946 nach Deutschland zurück. Bis zu seinem frühen Tod am 1. 9. 1947, gerade 48 Jahre alt, war Hans Kahle Chef der Volkspolizei in Mecklenburg und Mitglied der SED-Landesleitung.

Archie hat einen Freund, der heißt Heribert, Archie nennt ihn Heri. Heri und Archie sind wie zwei alte Latschen, wie man so im Volksmund sagt. Heri ist ein langjähriger Vertrauter Archies, wohnt länger als dieser im selben Haus, Archie schon über 30 Jahre. Heri stammt ursprünglich aus dem Sudetenland. Er wurde wie Archie nach der „Wende“ gnadenlos gefeuert, nach über 30 Jahren im VEB Elektroapparate-Werke Treptow, zuletzt als leitender Ingenieur. Heri hat im Gegensatz zu Archie goldene Hände, und was er anfaßt, hat Hand und Fuß, wie man so sagt, und funktioniert. Vor zehn Jahren, als Heri noch gesünder war, renovierte er Archies Wohnung. Eine Firma hätte es nicht besser machen können. Sie hatten auch manchmal Meinungsverschiedenheiten, besonders politischer Art. Archie stand stets ein Stück weiter links als Heri, der eine Zeitlang großen Respekt vor der BRD hatte, besonders im technischen Bereich, einen Respekt, der seit 1990 langsam abbröckelte. Archie war gelegentlich bei Heri zu Gast, der leider inzwischen Witwer ist, jetzt Yoga-Übungen macht und in einem Männerchor singt, übrigens mit Erfolg, denn er kommt viel rum mit dem Chor. Trotzdem leidet er immer noch unter dem Verlust seiner geliebten Frau, die tüchtig zu wirtschaften verstand, außerdem zu Hause schneiderte und als Versicherungsvertreterin arbeitete. Dazu hatte sie im Laufe der Jahre Heri drei Söhne geschenkt, die in der DDR eine gute Schulausbildung genossen und einen anständigen Beruf erlernten. Einer machte sogar das Abitur und begann mit dem Mathematikstudium. Seit dem Ende der DDR hatten sie beruflich zu krepfen, nur einer war erfolgreich mit einer Abrißfirma. Was der Vater mit aufgebaut hatte, das riß der Sohn zu Heris Leidwesen ab. Heri haderte nicht mit seinem Schicksal, sondern versuchte immer wieder etwas Neues. So bemühte er sich wieder einmal, seinem alten Freund Archie die Prinzipien der Marktwirtschaft, so wie er sie verstand, näherzubringen. Es ging um Begriffe wie Angebot und Nachfrage, PR-Kampagne, Management, Marketing und vor allem Produktpräsentation. Heribert hielt einen Kopfhörer hoch und sagte feierlich: „Sieh her, Archie, das ist meine neueste Erfindung, ich will sie patentieren lassen.“ Archie winkte müde ab, er dachte für sich: Heri hatte in der DDR sein Leben lang immer etwas erfunden und nie Glück oder Erfolg damit gehabt. „Nein, nein, hör zu, diesmal klappt es wirklich“, frohlockte Heri, „das Ding sieht zwar aus wie ein Kopfhörer, man kann zusätzlich auch Musik hören, aber in erster Linie ist es ein Gerät, mit dem man Pilze wachsen hören kann, ja, ja, du verstehst richtig.“ Archie wollte nicht einmal hinhören. „Heri, hör bitte auf damit“, flehte Archie. Heri, hartnäckig: „Laß es dir doch wenigstens erklären. Du gehst mit dem Kopfhörer durch den Wald, hörst z. B. Vivaldi, siehst in eine angenehme Waldlandschaft, schaltest auf Pilzempfang, und schon vernimmt man ein sphärisches Klingen, du hast ein gesteigertes Lebensgefühl

## Archie – sein Hausfreund und der Pilz-Detektor

und bald siehst du einen Pilz, so einen schönen hast du noch nie gesehen, eine Marone, einen Steinpilz, eine Rotkappe oder gar eine große krause Glucke.“ Archie darauf ungerührt: „Na und? Den Pilz hättest du doch auch ohne Gerät gefunden.“ „Das glaube ich nicht“, erwiderte Heri gelassen, „auf alle Fälle glaubt der Käufer des Gerätes, daß er diesen schönen Pilz meiner Erfindung zu verdanken hat. Er fühlt sich ungeheuer erfolgreich.“ „Das ist doch Unsinn“, erboste sich Archie, „wer soll denn das glauben?“ „Das ist kein Unsinn, wenn der Käufer dran glaubt, und was der Käufer glaubt, ist wichtig. Fünfzig Prozent der Wirtschaft besteht aus Psychologie, das kannst du in jeder Talk-Show im Fernsehen hören, das sagen studierte Leute, Ökonomen, Soziologen etc.“ Archibald ließ nicht locker: „Und wie erkennst du, ob der Pilz gut ist?“ Heribert, pffiffig: „Es gibt einen Indikator dazu, der zeigt blau an bei genießbaren Pilzen, rot bei giftigen.“ „Um Himmels willen, Heribert“, rief Archie aus, „wenn der Indikator nicht funktioniert, stehst du mit einem Bein im Knast.“ „Dagegen bin ich abgesichert“,

triumphierte Heribert, „jeder erhält gratis zum Kauf des Geräts von Dipl.-Ing. Heribert V. eine Hochglanzbroschüre mit farbigen Abbildungen aller eßbaren und giftigen Pilze.“ „Aha, das Büchlein allein zu verkaufen, wäre für dich kein Gewinn“, begriff Archibald. „Du sagst es“, freute sich Heribert, „und ich höre förmlich, wie bei dir der Groschen fällt.“ „Wer soll das kaufen, frage ich dich.“

In diesem Augenblick klingelte das Telefon. Archie sollte rangehen, weil Heribert mit dem Gerät beschäftigt war: „Wie bitte? Sie wollen 10000 Apparate bestellen, womit man Pilze wachsen hören kann?“ „Heribert, für dich.“ Als Heribert das Gespräch beendet hatte, sagte er, scheinbar selber erstaunt: „Eigentlich sollte das nur ein Pilotprojekt sein. Wo nehme ich jetzt so schnell einen billigen Posten von 10000 Kopfhörern her, die ich alle erst umfunktionieren muß?“ „Und wie geht das überhaupt vonstatten“, staunte Archie. „Das bleibt das Geheimnis des Erfinders“, lächelte Heribert. Archibald nickte wie einer, der plötzlich begriffen hat, obwohl er nichts verstanden hatte.

**Manfred Hocke**

## Unseren Jubilaren herzliche Glückwünsche und alles Gute!

Am **27. Juni** wird Genosse

**Gerhard Gudopp** aus Berlin  
**80 Jahre alt.**

Wir sind in Gedanken bei ihm.

Auch die Gruppe der **75jährigen** bekommt Verstärkung:

**Kurt Wohlrab** aus Chemnitz  
(**8. Juni**) und

**Roger Reinsch** aus Berlin (**29. Juni**)  
begehen dieses Jubiläum.

Zu den **70jährigen** dürfen sich

**Dr. Regine Fischer**  
aus Berlin (**15. Juni**) und

**Helmut Voßwinkel** aus Bad Dürrenberg  
(**8. Juni**) fortan zählen.

**Peter Lange** aus Dresden  
steigt am **4. Juni** zu den **65ern** auf.

## Leserbriefe an RotFuchs



Vor 65 Jahren wurde die Sowjetunion überfallen. Das war der Anfang vom Ende der Hitlerbarbarei. Die Rote Armee vertrieb die Aggressoren vom sowjetischen Boden, befreite die Völker Ost-, Südost- und Mitteleuropas und vernichtete schließlich mit der Einnahme Berlins den faschistischen Aggressor in seiner Höhle.

Die sowjetische Front übertraf zeitlich und räumlich alle anderen Fronten des Zweiten Weltkrieges. 1418 Tage kämpften die Truppen der Roten Armee an einer 3000 bis 6000 km langen Front. Demgegenüber bestand die Front in Italien 663 Tage und hatte ein Ausmaß von etwa 300 km. Die Front in Westeuropa mit maximal 800 km existierte nur 338 Tage.

An der sowjetisch-deutschen Front wurden die Hauptkräfte Hitlerdeutschlands und seiner Satelliten konzentriert. Hier waren 77 % der Landstreitkräfte des faschistischen Deutschlands eingesetzt. Hier erlitten die Faschisten auch die größten Verluste. So vernichteten die sowjetischen Streitkräfte auf ihrem Weg nach Berlin 607 faschistische Divisionen, während an allen anderen Fronten 176 Divisionen zerschlagen wurden.

**Oberst a. D. Hein Friedrizik, Berlin**

Mit meiner Tochter besuchte ich am 22. April die vom RF ausgerichtete Veranstaltung anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung der SED. Vielen Dank. Wir haben sogar ab und zu ein paar Tränen vergossen. Das Konzert war etwas lange nicht Erlebtes. Gut hat uns die Ansprache von Prof. Dr. Götz Dieckmann gefallen. Es tut wohl, jemandem zuzuhören, der nicht an der Oberfläche schwimmt, wie heute üblich, sondern den Inhalt der Probleme analysiert. Der gezeigte Film hat dann die notwendigen Argumente geliefert zur Frage, wie die Vereinigung erfolgte.

Gefunden habe ich Euch im ND. Seit der Zeit beziehe ich Eure Zeitschrift. Sie wird von der ganzen Familie gelesen. Einschließlich der 17jährigen Enkeltochter. Alle danken.

Ich nutze die Zeit mit Klassikerstudium (habe ich schon immer gern getan). Man staunt, was doch Marx, Engels und Lenin schon damals richtig über uns heute geschrieben haben. Ich glaube, z. Z. ist angesagt, sich zu bilden, später sich neu zu organisieren. Ich wurde am 5. Mai 1953 Kandidat unserer Partei, also Mitglied seit Juni 1955, noch immer.

**Wolfgang Schumann, Dresden**

Aus unserer bewegenden Festveranstaltung zum 60. Jahrestag der Vereinigung von SPD und KPD zur SED zurückgekehrt, lese ich auf Seite 3 des ND die Auslassungen eines Hermann Kreuzer unter dem Titel „Nicht mit den Komikern“; kein einziges auch nur annähernd stichhaltiges Argument, blanker, primitiver Antikommunismus, der als Hauptartikel neben den beiden anderen Beiträgen dominiert. Auf Seite 21: „Die Queen und das Politbüro“. Und das in einer sich sozialistisch nennenden Tageszeitung. Ich bin entsetzt. Der Rede von Prof. Dr. Götz Dieckmann zugehört zu haben, war ein Hochgenuß.

**Georg Dorn, Berlin**

Die Rede von Prof. Dr. Götz Dieckmann betrachte ich als eine der bisher besten veröffentlichten Analysen zur Problematik der Niederlage des Sozialismus. Die von ihm gestellte Frage „Warum erwies sich das Eigentümerbewußtsein der Kapitalisten und des Kleinbürgertums nach Jahrzehnten sozialistischer Entwicklung als stärker im Vergleich zum Bewußtsein sozialistischer Eigentümer, das wir doch immer beschworen haben?“ ist meines Erachtens eine der Grundfragen, auf

die Sozialisten und Kommunisten eine Antwort finden müssen!

Die Bevölkerung der sozialistischen Staaten hat sich in der Mehrheit offenbar nicht als Eigentümer des „Volkseigentums“ verstanden und dieses eben deshalb auch nicht verteidigt. Götz Dieckmann beantwortet die selbstgestellte Frage (noch?) nicht, sie muß aber beantwortet werden! Es bleibt dabei: Nur auf richtige Fragen kann man richtige Antworten finden. Also stellen wir erst einmal die richtigen Fragen!

**Gottfried Walther, Erkner**

Nach Franz Müntefering ist die „große Koalition“ eine List der Demokratie. Das erklärte er mit süffisantem Lächeln auf einer Wahlveranstaltung der SPD am 23. März in Halle. List wird allgemein als ein Ausdruck von Täuschung, als Schlauei zum Zwecke der Täuschung definiert. Bekanntlich spricht man nicht umsonst von List und Tücke, Kriegslist oder Arglist. Also lautet die Aussage, daß die Demokratie uns mit Schlauei getäuscht hat. Nun ist es wiederum eine List des „Münste“, die Demokratie, wohlwissend, daß es eine Demokratie an sich nicht gibt, für die Mißachtung des Wählerwillens verantwortlich zu machen. Alles nur List und deshalb nicht so schlimm. Niemand kann etwas dafür, wenn es eine so listige Demokratie gibt. Im Klartext heißt das: „Alles nur Täuschung.“ Dem wiederum kann man nur zustimmen. Nun hat die List der Demokratie auch in Sachsen-Anhalt gesiegt. Wie lange kann das Volk sich diese listige Demokratie noch leisten?

**Achim Thei, Halle**

Am 25. April ist die USA-Außenministerin Condoleezza Rice in Athen eingetroffen. Zuvor gab es gewaltige Kundgebungen und Protestmärsche, von denen Lady C. R. zur unerwünschten Person erklärt wurde. Angekündigt war, daß sie 24 Stunden in der griechischen Hauptstadt bleiben werde. Aufgrund des unfreundlichen Klimas ist sie nach 11 Stunden abgereist. Wir besitzen auf diesem Gebiet schon Erfahrungen. Bei der Olympiade 2004 wollte der damalige Außenminister Colin Powell die US-Regierung vertreten. Nach den heftigen Protesten und einem Riesentransparent auf der Akropolis, das von der KKE angebracht worden war, sagte Washington den Besuch ab. Diesmal war ein überdimensionales Spruchband auf der Terrasse des Kulturpalasts befestigt worden, die sich direkt gegenüber der USA-Botschaft befindet.

**Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki**

Mit Interesse habe ich den Würdigungartikel für Philipp Müller anlässlich seines 75. Geburtstages gelesen. Ich möchte Pochers Beitrag noch um eine Tatsache erweitern. Der Autor hebt hervor, daß Philipp Müllers Ehefrau DDR-Bürgerin war. Sie arbeitete als Lehrerin und war eine Berlinerin. Ich lernte sie in den frühen 80er Jahren kennen. Sie war Direktorin an der Weißenseer „Erwin-Nöldner-Oberschule“. Als Mitglied des Elternbeirats kam ich mit ihr in Kontakt. Durch Zufall erfuhr ich von Ortrud Giebel (nur so kannte ich sie), daß sie Philipp Müllers Frau gewesen war. Und das ihr gemeinsamer Sohn nach bestandendem Abitur Berufsoffizier bei der NVA wurde. Gelegentlich erzählte sie uns davon, welche Fürsorge und Unterstützung sie durch Partei und Staat erhalten hatte. Aber auch viele westdeutsche Genossen und Freunde bekundeten ihr immer wieder ihre Solidarität.

**Gernot Bandur, Berlin**

Ich verfolge aufmerksam die lebhaftige Diskussion über den Artikel von Generalleutnant a. D. Karl Leonhardt zur Mitgliedschaft ehemaliger Angehöriger der NVA und der Grenztruppen im Deutschen Bundeswehrverband und zur Rolle seines langjährigen Vorsitzenden Oberst Gertz. Auch ich gehörte zu denen, die nach dem Anschluß der DDR an die BRD mit bestimmten Erwartungen und persönlichen Zielstellungen Mitglied des DBwV geworden waren, aber meine Mitgliedschaft dauerte nur bis zum Golfkrieg.

Ohne damals schon die von General Leonhardt in seinem Artikel geäußerten Gedanken zu kennen, hatte ich im Ergebnis dieses Krieges und der Haltung der Bundesregierung zu ihm meinen Austritt aus dem DBwV sinngemäß mit den gleichen Worten begründet, die General Leonhardt am Schluß seines „RotFuchs“-Artikels zum Ausdruck bringt.

**Oberst a. D. Hans Fricke, Poppendorf**

Ich war Angehöriger der Grenztruppen der DDR und persönlich über sechs Jahre durch ein Ermittlungsverfahren wegen Anstiftung und Beihilfe zum Totschlag im Zusammenhang mit meinem Dienst an der Staatsgrenze der DDR betroffen. Ich arbeite seit 1992 aktiv in der GRH mit, war auch Mitglied im DBwV und bin wegen der Beteiligung der Bundeswehr am Jugoslawienkrieg ausgetreten. Ich halte Zweifel und Denkanstöße bezüglich der Mitgliedschaft im DBwV schon für berechtigt, aber Vorwürfe wie im Redaktionsschreiben („Farbenblindheit“, „Fehlen des einfachsten politischen Unterscheidungsvermögens“ usw.) an irgend jemanden wegen seiner Mitgliedschaft im DBwV sollten wir uns ersparen.

Es ist nun mal Tatsache, daß Hunderte ehemalige Angehörige der NVA (meist Offiziere) Mitglied im DBwV geworden und in den Kameradschaften „Ehemalige“ an den früheren Standorten der NVA organisiert sind. Häufig sind es gerade jene, die politisch aktiv bleiben wollten, sich ihrer militärischen Tradition verbunden fühlen und Kontakt zu ihren bisherigen Genossen (nun Kameraden) behalten wollten. Viele von ihnen haben durchaus linke Positionen, die sie auch im DBwV vertreten, nahezu alle lehnen die Auslandseinsätze der Bundeswehr ab.

Ich kenne übrigens mehrere engagierte „RotFuchs“-Abonnenten, die Mitglied im DBwV sind und sich dort im Sinne ihrer Überzeugung einbringen. Also so einfach mit rechts-links ist die Frage nicht zu beantworten, und potentielle Verbündete sollte man mit Schlagworten nicht ausgrenzen und vor den Kopf stoßen. Jeder muß das nach seinem eigenen Gewissen entscheiden, ob er noch Platz für sich und seine Überzeugungen in diesem Verband sieht. Ich räume dabei ein, daß dieser Platz wohl immer enger wird.

Es ist ein eklatanter Mangel, daß es 1989/90 nicht gelang, in der DDR einen eigenständigen militärischen Traditionsverband zu gründen, daß weder damals noch in den Folgejahren dazu nicht einmal der Versuch unternommen wurde. Das müssen sich auch jene Generale a. D. als Mangel anrechnen lassen, die heute über die Mitgliedschaft ihrer ehemals Unterstellten im DBwV klagen.

**Oberst a. D. Dr. Rolf Ziegenbein, Dresden**

Der Beitrag „Der Auftrag der Antifaschisten in der Sowjetunion“ hat mich besonders interessiert. 1944, im 9. Lehrgang, war ich Kursant dieser Schule. Ich kann nur unterstreichen, was in dem Beitrag über unsere Dozenten gesagt wird. Das trifft vor allem für Prof. Nikolai Janzen zu. Er war Oberstleutnant der Roten Armee und leitete zeitweilig eine Kampfgruppe mit Angehörigen des NKFD im Raum südlich von Leningrad. (...) Es wird berichtet, Janzen habe nach den Einsätzen manchmal selbstverfaßte Gedichte vorgetragen, die z. T. seiner Frau gewidmet waren. Mit Nikolai Janzen, der ursprünglich in Estland Theologe gewesen war und jetzt den Marxismus-Leninismus leidenschaftlich vertrat, verband mich seit 1944 ein besonderes Verhältnis. Nach der Befreiung war er einige Jahre in der DDR als Dozent tätig, so u. a. am Literaturinstitut der Universität Leipzig, wo der Schriftstellernachwuchs ausgebildet wurde.

Prof. Janzen arbeitete später als Leiter der deutschsprachigen Sendungen des Moskauer Rundfunks und danach als Lehrstuhlleiter für Philosophie an der KPdSU-Parteihochschule

(bis zu seinem Tode). In all den Jahren blieben wir durch Korrespondenz eng verbunden.

#### **Hans-Joachim Laue, Suhl**

Nach der Befreiung beteiligte ich mich als 16jähriger aktiv an den Veranstaltungen der Antifa-Jugend in Chemnitz.

Wir Jungen und Mädels trugen zum Teil, obwohl parteilos, Abzeichen der KPD – wie ich – oder der SPD. Maßgeblich für den Unterschied war meist die Haltung der Eltern oder guter Bekannter. In unserer Einstellung spielte das kaum eine Rolle. Wir waren Antifaschisten. In den Veranstaltungen sprachen zu uns sowohl Kommunisten als auch Sozialdemokraten. Ich hatte mit meinem Vater einige Probleme. Er, Mitglied der KPD seit 1920 und 1933 als einer der Ersten von SA-Leuten in „Sicherheitsverwahrung“ genommen (ins KZ Sachsenburg verschleppt und dort gepeinigt), konnte es sich nur schwer vorstellen, mit ihm bekannten Sozialdemokraten in einer Partei zu sein. Ich habe darüber mit ihm viel diskutiert, so vielleicht dazu beigetragen, daß er zu einem aktiven Genossen der SED wurde. Mit 18 Jahren, Ende 1947, wurde auch ich Genosse und blieb das, bis sich die Führung der PDS für die Vereinigung von KPD und SPD entschuldigte.

#### **Dr. Werner Ettelt, Berlin**

In meinem 17. Lebensjahr wurde ich im Suhler Oberland in die KPD aufgenommen. Vorausgegangen waren Diskussionen in der Familie. Mein Onkel war aus einem Nebenlager des KZ Buchenwald gekommen und hatte von einem Schwur berichtet, den Bruderkampf mit den Sozialdemokraten zu beenden. Beide Arbeiterparteien müßten gemeinsam die Ursachen für Krieg und Faschismus tilgen. So trat ich mit der sicheren Erwartung der KPD bei, bald Mitglied einer vereinigten sozialistischen Partei zu sein. Wir jüngeren, völlig unbelastet von den Streitfällen vergangener Jahrzehnte, haben erfolgreich zu einem neuen Miteinander beigetragen.

#### **Prof. Dr. Heinz Hümmler, Berlin**

Meine Eltern traten im April 1945 in die – damals unter US-Besatzung noch illegale – KPD ein und hatten viele Funktionen. Mein Vater gehörte zu jenen Leipziger Antifaschisten, die Anfang Juli ein Plakat unterzeichnet hatten, das überschrieben war: „Wir begrüßen die Rote Armee!“ So etwas war eine Ausnahme.

Für meine Eltern war die Vereinigung so selbstverständlich, daß ich nichts davon bemerkte. Hatte sich doch ihr antifaschistischer Freundeskreis, der sich wöchentlich traf, aus Mitgliedern oder Sympathisanten beider Parteien zusammengesetzt. Einige meiner damaligen „Onkels“ treffe ich heute noch in Leipzig: als Namen auf Straßenschildern.

#### **Dieter Kulaszewski, Berlin**

Nach vorbereitenden Versammlungen auf den Betriebshöfen und Dienststellen fand schon am 6. Januar 1946 die erste große gemeinsame Veranstaltung der KPD- und SPD-Genossen der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) im Friedrichstadt-Palast statt. Als Vertreter der KPD sprach Genosse Franz Dahlem. Als erster Betrieb Berlins beschritt die BVG den Weg der Vereinigung der beiden großen Arbeiterparteien. Die erste vereinigte Betriebsparteiorganisation von KPD und SPD in Berlin entstand dort.

Am 17. Februar 1946 veröffentlichte die „Deutsche Volkszeitung“ eine Erklärung von 40 Straßenbahnern: „Wir, die noch unorganisierten Kollegen vom Straßenbahnhof Köpenick, begrüßen den Zusammenschluß beider Arbeiterparteien und hoffen, daß bis zum 1. Mai 1946 der endgültige Zusammenschluß organisatorisch erfolgt. Die unterzeichnenden Kollegen des Bahnhofs Köpenick (BVG) erklären, wenn KPD und SPD vereinigt sind, ihren Beitritt zur geeinten Arbeiterpartei.“ Bis zum April 1946 hatten sich in der BVG alle Genossen der KPD und 90 % der SPD-Mitglieder aus den Dienststellen des Ostens von Berlin sowie 70 % aus denen der Westsektoren zur SED

zusammengeschlossen, insgesamt mehr als 2000 Mitglieder. Das war ein freiwilliger Zusammenschluß sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter. **Werner Schneider, Berlin**

Prof. Heiner Fink hat sich in einer Gastkolumne des ND gegen die „unverständliche und unangemessene Entscheidung des Bundestages“ gewandt, den 8. Mai als politischen Gedenktag zu streichen.

Mir als 87jährigem wird dieser Tag bis an mein Lebensende von besonderer Bedeutung sein, erlebte ich ihn 1945 doch bereits in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Auch sie wird mir trotz vieler Entbehrungen in den fünf Jahren, die sie währte, in guter Erinnerung bleiben, weil ich in dieser Zeit in der Forstwirtschaft und der Industrie nützliche Arbeit als kleinen Beitrag zur Wiedergutmachung der unermesslichen Schäden, die die hitlersche Kriegsführung in der damaligen Sowjetunion hinterlassen hatte, leisten konnte. Auch diese Zeit und die damit verbundene Aufbauarbeit ist durchaus des Gedenkens wert. Nicht nur für die heute noch lebenden Angehörigen meiner Generation, sondern auch für eine wahrhaftige Geschichtsschreibung und deren Vermittlung an unsere Jugend.

#### **Horst Zimmermann, Cottbus**

„Privatisierung ist Diebstahl öffentlichen Eigentums!“ So lautete der Text eines Plakats der Linkspartei.PDS, das zur Bundestagswahl 2005 landesweit und zur Landtagswahl 2006 in Sachsen-Anhalt zum Einsatz kam. Soweit die Theorie. In Berlin gab die regierungsbeteiligte PDS unlängst grünes Licht zu Verkauf von weiteren Teilen des kommunalen Wohneigentums an Immobilienhaie. Das zweite Privatisierungsbeispiel folgte auf dem Fuß – diesmal in Dresden. Auch hier wurde das gesamte Wohneigentum der Stadt mit Zustimmung der meisten PDS-Stadträte verschertelt – an US-Spekulanten. Das ist die Praxis.

Woher sollen PDS-Wähler die Gewißheit haben, welche Politik nun die echte ist: die theoretische oder die praktische?

„Weder die Wähler noch die PDS haben die Abgeordneten für den Verkauf von kommunalen Wohnungen in die Parlamente entsandt. Wer das will, ist in anderen Parteien besser aufgehoben“, erklärte Oskar Lafontaine. Recht hat er.

#### **Achim Kreuzer, Weimar**

Mit Interesse und Vergnügen habe ich Bruni Steinigers Artikel „Lügner am Pranger“ gelesen. Wie Ihr wohl aus der Presse wißt, werde ich z. Z. persönlich massiv angegriffen, weil ich auf einer öffentlichen Podiumsdiskussion am 14. März u. a. die DDR und das MfS diskriminierende und verleumderische Auslassungen verschiedener Redner kritisierte und bezüglich der heute gängigen Geschichtsverfälschung auf Herrn Knabes „Gruselkabinett“ verwiesen habe. Da war das Gejohle der zahlreich erschienenen „Opfer“ und berufsmäßigen Delegitimierer groß, und die Medien stürzten sich im nachhinein darauf. Mit den Diskussionsbeiträgen anderer Genossen, die an der Veranstaltung teilnahmen, wird ebenso verfahren. Gegenwehr ist angesagt.

#### **Dieter Skiba, Berlin**

Ergänzend zu den von Armin Lufer und Gert Thiede (RF Nr. 100) beschriebenen und bewerteten verleumderischen Attacken gegen ehemalige MfS-Mitarbeiter möchte ich an Äußerungen gleichen Niveaus des Berliner SPD-Politikers Momper erinnern. Anlässlich einer öffentlichen Lesung im Berliner Abgeordnetenhaus zur Thematik MfS und Umgang mit der Geschichte bezeichnete er in seiner kurzen Ansprache MfS-Mitarbeiter als „Stasi-Schergen“, „Folterknechte“ und meinte, sie würden zum Stasi-Pöbel“ gehören. (Vgl. ND vom 6. 4. 2006)

In einem an Momper gerichteten Brief habe ich ihn zunächst darauf hingewiesen, daß das von ihm verwendete Vokabular weder mit politischer

Kultur der deutschen Sozialdemokratie noch mit der Unantastbarkeit der Würde des Menschen (Art. 1 GG) zu vereinbaren ist. Darüber hinaus forderte ich ihn auf, gerichtswertbare Beweise und Belege für seine in der Öffentlichkeit verbreiteten Verbalinjurien zu präsentieren. Immerhin ist die Anwendung von Folter eine strafrechtlich relevante Verhaltensweise, die zwingend mit entsprechenden Konsequenzen verbunden ist. Schließlich muß sich auch der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses an die in der BRD geltenden rechtsstaatlichen Prinzipien gebunden fühlen.

Einer Antwort des Herrn Momper sehe ich noch immer mit Interesse entgegen.

#### **Prof. Dr. Manfred Naundorf, Rangsdorf**

Das ND reiht sich in die neue Welle von Haß und Verleumdung gegenüber der DDR ein. Andere Medien – vor allem das öffentlich-rechtliche Fernsehen – tun zur gleichen Zeit alles, um den Faschismus wieder hoffähig zu machen. Jede Woche läuft bei ihnen ein neuer oder aufgewärmter Hitler-Film. Verächtlichmachung der DDR heißt die Devise. Diese Kampagne soll die Bevölkerung auf neue Kriegsabenteuer vorbereiten. Naiv, wie wir waren, dachten wir 1945, der Spuk wäre für immer vorbei. Doch das Karussell beginnt sich von neuem zu drehen. Das Schlimmste ist das Gefühl der Ohnmacht gegenüber dieser Entwicklung. Trotzdem muß man versuchen, für Wahrheit und Recht nach Kräften zu kämpfen.

Dabei ist uns der „RotFuchs“ ein guter Wegweiser.

#### **Reinhard Wecker, Falkensee**

Mit großem Erkenntnisgewinn lese ich seit zwei Jahren Eure Zeitung. Als westdeutscher Kommunist finde ich es besonders nützlich, aus erster Hand von Genossen des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden Analysen und Einschätzungen zur DDR und zu aktuellen Entwicklungen verfolgen zu können. Die Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ) und den „RotFuchs“ halte ich für die heute wichtigsten Zeitungen in der BRD.

#### **Hartmut Horst, Berlin**

Seit April 2005 erhalte ich den „RotFuchs“. In seinen Beiträgen schätze ich besonders das Fachwissen zu Ursachen und Hintergründen gesellschaftlich wichtiger Ereignisse. Daß keine unrealistischen Hoffnungen auf eine schnelle Veränderung der Verhältnisse geweckt werden, ist richtig und erspart Enttäuschungen oder Resignation. Dennoch kommen mir, obschon mit 15jähriger „Gewöhnung“, die gegenwärtigen und die zu erwartenden Umstände immer fremder und unerträglicher vor. Man müßte schon Adam Riese fragen können, wie lange diese menschenbedrohende Brutalität und Profitgier, die irrealer Techno-Courths-Mahler-„Kultur“, die auf Zwietracht und Verdummung setzende Politik noch dauern kann, bevor alles im Chaos oder Schlimmerem enden wird.

#### **Werner Bisch, Stendal**

Durch die Anzeige im ND (zum Glück in dessen Samstagausgabe) stieß ich auf den RF. Die Annonce hat mich sofort angesprochen und neugierig gemacht – also hab ich mich gleich an den PC gesetzt und den RF bestellt sowie einige „ältere“ Exemplare ausgedruckt. Jetzt warte ich jeden Monat gespannt auf die neueste Ausgabe mit eben den Informationen, die ich sonst nirgendwo finde.

Der RF nennt die Dinge beim richtigen Namen und bietet neben vielen Betrachtungen über die DDR auch exzellente, weil verständliche und prägnante Analysen über die gesellschaftlichen Vorgänge in der Gegenwart – zwingt damit zur aktiven Auseinandersetzung.

Ich habe schon zwei weitere Abonnenten gewinnen können und werde weiter aktiv die Werbetrömmel rühren, damit die Wahrheit verbreitet werden kann und den Menschen wieder ein Weg gewiesen wird.

#### **Albrecht Hönisch, Stollberg (Erzg.)**

„Notwendiger und für die Zukunft wichtiger ist die Analyse unseres eigenen Versagens.“ Diese Formulierung traf Klaus Neuber aus Bad Dürrenberg in der April-Ausgabe des „RotFuchs“. Analysieren ist unbedingt angebracht und notwendig. Man kann es auch als Vergangenheitsbewältigung deklarieren! Jedoch, so steht für mich fest, kann und darf sich diese Analyse nicht erst mit den Jahren 1989/1990 beschäftigen. Unser Versagen hat viel früher angefangen: Bereits 1956 wurden durch den XX. Parteitag der KPdSU die Weichen für die Abkehr vom Sozialismus gestellt.

**Fred Winter, Goseck**

In seiner Betrachtung zur Bundeswehr (April-RF) benennt Peter Oldenburg eine Reihe von militärischen Standorten, die nach wie vor „traditionell“ nach hitlertreuen Militärs benannt sind. Für mich unerträglich ist es, daß man uns die Tradition der Bundeswehr auch im Osten überstülpen will. In unserem rot-rot-regierten Bundesland Mecklenburg-Vorpommern gibt es in Laage bei Rostock das Jagdgeschwader 73 „St.“. Dieses Kürzel steht für Johannes Steinhoff, Jagdflieger im Zweiten Weltkrieg, Kommodore des Jagdgeschwaders 77, mit höchsten faschistischen Orden dekoriert. Auch in der BRD kam er zu hohen Ehren, wurde zum General ernannt, konnte Inspekteur der Luftwaffe und Vorsitzender des Ständigen Militärausschusses der NATO werden. Nein, für einen DDR-Bürger kann das keine Traditionslinie sein!

Ich würde gern einmal von offizieller Schweriner Seite hören, wann das Jagdgeschwader 73 umbenannt wird.

**Horst Hahn, Rowa**

Was wir bei der „friedlichen Revolution“ 1989/90 verloren haben, ist kaum zu beschreiben. Ein vorrangiges Ziel der Imperialisten, den vielen ehrlichen Menschen ihren Glauben an eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu nehmen, schien vorerst zu greifen. Sie verloren den Stolz auf Errungenes und ihre Menschenwürde. Die Arbeitskollektive wurden zerrissen, indem man die Betriebe stilllegte. Genossenschaftsland ging an Alteigentümer. Die alten Bundesländer sicherten sich gut ausgebildete DDR-Bürger als „billige und willige“ Arbeitskräfte. Familien wurden in alle Himmelsrichtungen verstreut. Verödete Dörfer, kein Konsum, kein Kulturhaus, keine Post mehr. Der Hochadel bezieht wieder Burgen und Schlösser. Nazis marschieren unter Polizeischutz durch unsere Straßen. Wer hätte sich das unter DDR-Bedingungen auch nur im Traum vorstellen können?

**Elisabeth Monsig, Schwedt**

Es ist gut zu wissen, daß in einer Zeit, in der dem Volk die Alternativlosigkeit der weltweiten „neoliberalen Globalisierung“ schmackhaft gemacht wird, Unerschrockene diese Politik entlarven und einen linken Ausweg aus ihr zeigen. Vielen Dank für die Übersendung des „RotFuchs“.

**Dieter Wendt, Neuenhagen**

Vergessen wir niemals die Worte, die Fidel Castro am 16. Oktober 1989 an den Verteidigungsminister der DDR, Genossen Armeegeneral Heinz Keßler, richtete: „Was immer Ihr auch tun werdet, was immer Ihr auch tun müßt – vergeßt eines nicht: Wer auch nur ein wenig, nur ein Stück der Macht aus der Hand gibt, ist im internationalen Klassenkampf verloren. Und es ist Klassenkampf!“ Die Geschichte zeigt: Er hatte und hat recht. Und Lenin, Marx und Engels ebenso.

**Adolf Eduard Krista, Worbis**

Der Beitrag von Dr. Klaus Huhn macht wieder einmal deutlich, welche Funktion Gauck, Birthler und andere krankhafte Kommunistenhasser in diesem Staat haben. Jetzt warnen sie schon Kinder davor, dem zu glauben, was ihnen die Eltern über die DDR erzählen. Es übersteigt jedes normale Vorstellungsvermögen, wozu Typen dieses Schlages fähig sind. Doch es sind nicht

nur solche Gestalten. Das kapitalistische System ist es, das sie unablässig hervorbringt.

**Roland Winkler, Remseck**

Der Kapitalismus ist ein Wirtschaftssystem, in dem immer über Jahrzehnte hinweg etwas aufgebaut wird, das dann in wenigen Jahren zerstört werden muß, um es neu aufbauen zu können. Der Kapitalismus ist ein Sozialsystem, das sich von Zeit zu Zeit seines Bevölkerungs-„Überschusses“ entledigen muß, indem es diesen in provozierten Weltkriegen verheizt.

**Friedrich Seibert, Rostock**

Die Berufung eines „BND-Untersuchungsausschusses“ verblüfft mich. Wieviel Naivität gehört dazu zu glauben, daß bei einer „Anhörung“ von Bediensteten des BND irgendwelche Tatsachen zutage gefördert werden. Ist es objektiv überhaupt möglich, einen Geheimdienst mit parlamentarischen Mitteln zu kontrollieren?

**Oberst a. D. Peter Oldenburg, Schwerin**

Gabi Zimmer steckt tiefer im Parlamentarismus eines „neoliberalen“ Gremiums, des Europaparlaments, als man einer ehemaligen PDS-„Chefin“ zutrauen sollte. Sie will uns erzählen, daß der gegen Kuba gerichtete Antrag, dem sie zugestimmt hat, nicht ganz so kubafeindlich gewesen ist, wie das ursprüngliche Papier des Kuba- und Castro-Hassers Salafraanca.

Wann endlich bringen die Linken im EP eine Resolution ein, die die Aggressionspläne des Friedensfeindes Bush verurteilt, der dem kubanischen Volk die Segnungen der USA-Imperialisten zurückbringen will und das KZ Guantánamo auf ganz Kuba ausweiten möchte.

**Egon Eismann, Wernigerode**

Heute habe ich wie so oft die „junge Welt“ gekauft. Ich war überrascht, die April-Ausgabe des Journals „RotFuchs“, das ich bisher überhaupt nicht kannte, darin zu finden. Ich möchte Sie bitten, mir die Zeitschrift von nun an regelmäßig zu schicken. Ich bin seit einigen Jahren in der PDS Braunschweig politisch aktiv und gehöre zur Kommunistischen Plattform dieser Partei. Der insbesondere in der Alt-BRD gepflegte Antikommunismus geht mir auf den Senkel.

**Klaus Hoenen, Braunschweig**

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat sich unlängst beim EU-Kommissionsvorsitzenden Barroso über die Benachteiligung der deutschen Sprache beklagt, und zwar im Namen aller Fraktionen. Das Parlament werde sich künftig – so droht er – nur noch mit EU-Texten befassen, wenn diese auch in deutscher Übersetzung übermittelt würden ...

Mein erster Gedanke beim Lesen der Nachricht war: Jetzt wissen wir endlich, warum beispielsweise die EU-Richtlinie aus dem Jahre 2000 zu einem Antidiskriminierungsgesetz bis heute noch immer nicht in nationales Recht umgesetzt werden konnte. Schon Lammerts Vorgänger Thieme (SPD) hatte sie liegenlassen.

**Rolf Lorenz, Berlin**

Habe den „RotFuchs“ erhalten. Besten Dank! Genau die Medizin, die einen am Leben erhält. Steckbrief: Halbweise, Sohn einer ungelerten Arbeiterin, durch die Arbeiter-und-Bauern-Macht Möglichkeit des Abiturs an der ABF – nach Berufsabschluss und dreijährigem freiwilligem Grenzdienst. Studium an der Universität Jena. 20 Jahre Lehrer für Geschichte und Sport an einer POS, davon 10 Jahre als stellvertretender Direktor. 1987 wissenschaftlicher Mitarbeiter für Geschichte des Mittelalters an der Uni Jena. 1993 Evaluierung als einer der letzten ostdeutschen Mitarbeiter. Ab 2000 Frührente. Von ihrem Autorenkreis kenne ich Peter Franz gut. Würde mich gerne an der Autorenschaft beteiligen.

**Klaus-Peter Lange, Jena**

Im „RotFuchs“ 4/06 beschreibt Walter Rudelt die Geschichte des Arbeitsrechts der DDR. Das Arbeitsgesetzbuch von 1977 wurde vor Inkraftsetzung öffentlich diskutiert. Das gilt auch für beide Verfassungen der DDR sowie das Familiengesetzbuch und das Zivilgesetzbuch. Man gab der Bevölkerung Gelegenheit, unmittelbar darauf Einfluß zu nehmen. Die Verfassung von 1961 wurde sogar durch Volksentscheid angenommen, der in der BRD nicht erlaubt ist.

An der Gestaltung des Zivilgesetzbuchs war ich ein wenig beteiligt. Als Justitier einer Bank erhielt ich den Auftrag, den Entwurf mit etwa einem Dutzend Gewerkschaftsgruppen zu diskutieren. Danach habe ich dem Justizministerium 18 Änderungsvorschläge unterbreitet. Es hat 17 davon angenommen und in die dann von der Volkskammer verabschiedete Fassung eingearbeitet.

In der BRD gibt es so etwas auch, aber nicht für Gewerkschaftsgruppen, sondern nur für die Lobbyisten der großen Wirtschaftsbesse. Das eine war Demokratie – das andere ist „Demokratie“.

**Gerhard Wenzel, Berlin**

Herr Schäuble meinte, die DDR-Bürger seien total abgeschottet gewesen, hätten keinerlei Kontakte zu Ausländern gehabt.

Sollte das sein wirklicher Wissenstand sein, dann steht es schlecht um Deutschland. Fast jeder DDR-Bürger weiß, daß wir in Ungarn, Bulgarien, Rumänien, der Tschechoslowakei, Polen, der Sowjetunion, der Mongolei und Jugoslawien Urlaub machen konnten. Außerdem gab es Zehntausende ausländische Studenten und Arbeiter in unserem Land – neben Hunderttausenden Touristen aus aller Welt. Bei Buckert im Brandenburgischen erholten sich z. B. Briten. Im Preß- und Schmiedewerk Brand Erbsdorf arbeiteten Algerier. Groß war die Zahl der Mocambique- und Namibier, die in der DDR lernten und ausgebildet wurden. In der Forstschule Tharandt studierten Vietnamesen, in Dresden Nordkoreaner, in Freiberg wurden junge Mongolen als Lederwerker ausgebildet. Es gab viele Griechen in der DDR – meist Kinder von Partisanen. Im Wismut-Schacht „Reiche Zeche“ in Sachsen arbeitete ich gemeinsam mit Sowjetbürgern aus zehn Unionsrepubliken.

**Wolfram Tornow, Wandlitz**

Wie lebten die Menschen im „real existierenden Sozialismus“? Dieser längst beantworteten Frage geht eine neue Multimedia-DVD der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ nach. 80 von 16 Millionen Zeitzeugen kommen zu Wort. Aber man muß das nicht unbedingt über sich ergehen lassen. Wer die unsäglichen Talkshows zum gleichen Thema verfolgt, weiß auch ohne großes Nachdenken, was ihm auf dieser DVD offeriert wird.

Herr Fips Fleischer war z. B. ein zu DDR-Zeiten hofierter und geschätzter Leiter eines ausgezeichneten Tanzorchesters. Was meint er jetzt? Die „SED-Machthaber“ wollten keine Westschlager, sondern mit Gewalt eine DDR-Musikkultur, gibt er zum besten. Es bestand die diktatorische Vorgabe von 60 (Ost) zu 40 (West). So die Moderation der Talkshow-Masterin. Ob er deswegen schon mal verhaftet worden sei, wollte sie wissen. Antwort: Natürlich! Nach einer Vorstellung hätte er mit seinem Orchester noch im Hotel gefeiert. Die Kollegen hätten ihre Instrumente ausgepackt, um ein bißchen zu spielen. Westschlager natürlich. Man war ja in der Hotelhalle unter sich. (Die DDR mußte bei jeder öffentlichen Aufführung Tantiemen an die GEMA in „West-Geld“ zahlen.) Was passierte tatsächlich? Die trinkfreudigen Musiker hatten zu nachtschlafender Zeit in einem Hotel gejazzt. Der Portier bat um Ruhe. Die Gäste wollten schlafen. Seine Bitte wurde ignoriert. Da griff die VP ein und nahm den volltrunkenen Orchesterleiter zur Ausnüchterung mit. Das war Fips Fleischers „Verhaftung“ wegen Westschlager-Spielens.

**Joachim Loeb, Berlin**



Der Auftrag

Grafik: Klaus Parche

Am **9. Juni um 16.30 Uhr** findet in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, eine Veranstaltung der **Regionalgruppe Berlin** statt.

Genosse **Nikos Papageorgakis** (Geschichtskommission des ZK der KKE) spricht zum Thema:

## Der Kampf der KP Griechenlands für eine breite antimperialistische Einheitsfront

Für den **10. Juni, 10.00 Uhr**, lädt die **Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen** in das RotHaus, Lohstraße 2 (Getreidemarkt), Chemnitz, ein.

Der frühere NDPD-Politiker **Dr. Wilfried Meißner** spricht zum Thema:

## Gedanken und Erfahrungen der Bündnispolitik in der DDR

### Die Regionalgruppe Rostock

lädt für den **28. Juni um 15.30 Uhr** nach Evershagen (Jugendklub Pablo Neruda) herzlich ein.

**Dr. Klaus Blessing** hat sich das Thema gewählt:

## Wie der Westen den Osten ausplündert

Gäste sind willkommen.

## IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

**Herausgeber:** „RotFuchs“-Förderverein e. V.

**Chefredakteur:** Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)  
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,  
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965  
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de  
(Redaktionsadresse)

**Layout:** Egon Schansker

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund

**Internet:** www.rotfuchs.net

### Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki  
Rolf Berthold  
Dr. Manfred Böttcher  
Dr. Vera Butler (Melbourne)  
Wolfgang Clausner  
Prof. Dr. Götz Dieckmann  
Ralph Dobrawa  
Dieter Fechner  
Dr. Peter Fisch  
Bernd Fischer  
Peter Franz  
Günter Freyer  
Dr. Ernst Heinz  
Hans-Dieter Hesse  
Manfred Hocke  
Hans Horn  
Dr. Klaus Huhn  
Dieter Itzerott

Dr. Erhard Kegel  
Dr. Hans-Dieter Krüger  
Prof. Dr. Hans Lutter  
Wolfgang Mäder  
Bruno Mahlow  
Dr. Bernhard Majorow  
Wolfgang Metzger  
Prof. Dr. Harry Milke  
Frank Mühlefeldt  
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)  
Dr. Norbert Pauligk  
Richard Georg Richter  
Prof. Dr. Werner Roß  
Gerhard Schmidt  
Prof. Dr. Horst Schneider  
Fritz Teppich  
Dr.-Ing. Peter Tichauer  
Prof. Dr. Ingo Wagner  
Prof. Dr. Günter Wilms

### Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger  
Klaus Parche  
SHAHAR

**Internet-Präsentation des „RotFuchs“:**  
Sylvia Feldbinder

**Versand und Vertrieb:**  
Armin Neumann  
Salvador-Allende-Straße 35  
12559 Berlin ☎ 030/6545634  
arminneumann@web.de  
Marianne Ahrens,  
Sonja Brendel, Bruni Büdler,  
Christa und Bernd Koletzki

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

**Unser Konto:** „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400  
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)